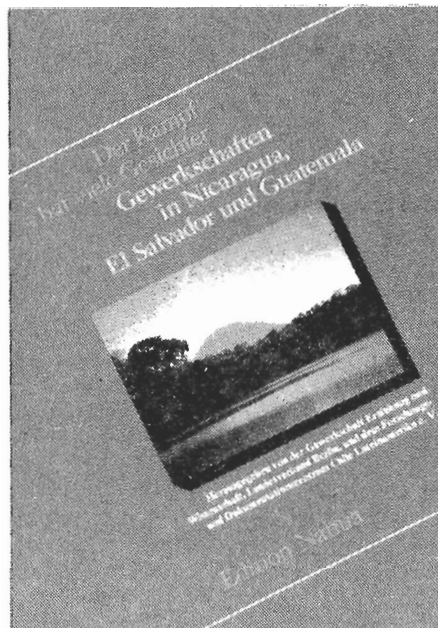


INTERVENTION

Provokation und Aggression
gegen Nicaragua
zeichnen in diesen Wochen die
Sprache der Reagan-Regierung aus.
Und ihre Handlungen:
Sperrung von Krediten,
wirtschaftliche Sanktionen,
Unterstützung von Exil-Söldnern,
Drohungen eines militärischen
Eingreifens,
finanzielle Unterstützung der
Diktaturen in den Nachbarländern.
Regionaler Krieg ist Realität.
Intervention ist Realität.
Dies begleitet von einer Pressekampagne,
die auch hier massiv spürbar ist.
Davon sollten wir uns distanzieren,
durch Öffentlichkeitswort.
Durch Spenden.
Durch Stabilisierung des Wiederaufbaus.
Denn Nicaragua
hat eine Schlüsselstellung
im Krisenherd Zentralamerika.



Informationsbüro Nicaragua e.V.
Friedrichstr. 10 · 5600 Wuppertal 1
Stadtsparkasse Wuppertal
Konto 976736 (BLZ 33050000)
Spendenquittung möglich.



180 Seiten, für 14.- DM
über das FDCL zu beziehen!

SOZIALWISSENSCHAFTLICHE LITERATUR ZU LATEINAMERIKA UND KARIBIK

Verlagsführer über 27 mexikanische Verlage mit weit
über 500 Titeln zu Bildung, Kommunikation, Kultur,
Geschichte, Wirtschaft, Agrarprobleme, Gesundheit,
Gesellschaft, Soziologie, Politik und Anthropologie in
Lateinamerika und Karibik.

(1982, 60 S. gebunden, DM 15, -- gegen Vorausscheck
an Willi Zurbrüggen, Bergheimer Str. 25, 69 Heidelberg)

Der drohenden US-Intervention vielfach entgegenarbeiten!

Solidarität mit GUATEMALA

Dokumentation der linksprotestantischen Monatszeitschrift
"Junge Kirche" (Herausgeber u. Mitarbeiter: H. Gollwitzer,
M. Niemöller, D. Solle, V. Delle u. a.) und der Friedens-
preis-Initiative für das Komitee Pro Justicia y Paz (FJP)
Essen u. a.). - 50 Seiten, Preis 2.50 DM; ab 10 Exempl.
2.00 DM. Bestellungen über: Junge Kirche, Mathildensstr.
86, 2900 Bremen, Tel. 0421/71648.

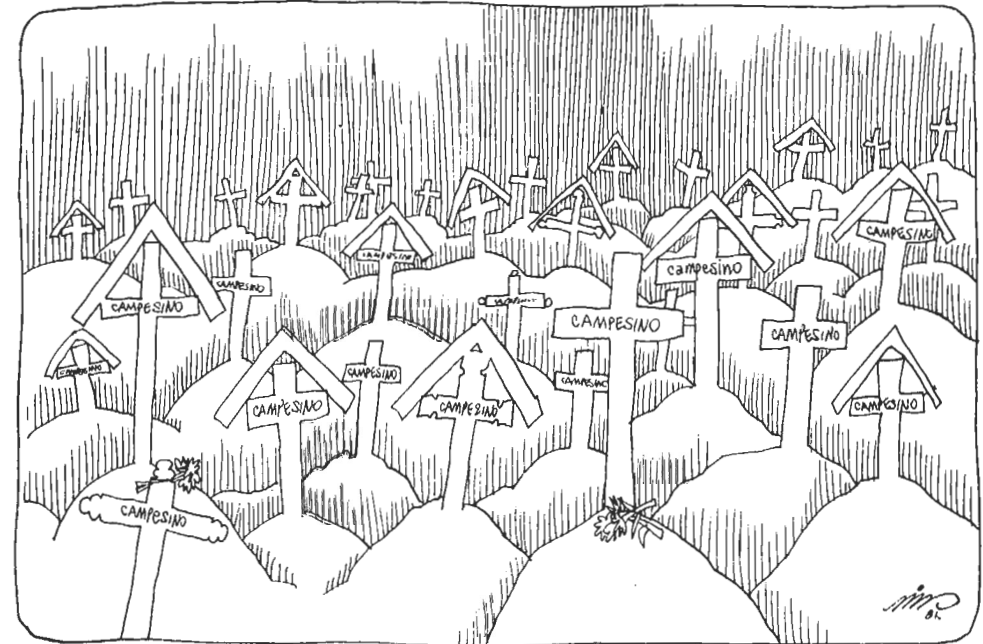
LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 105

9. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

Juli 1982

Solidaritätspreis DM 3.-



GUATEMALA: STOPPT DAS MORDEN!

Aus dem Inhalt dieser Nummer:

GUATEMALA: Hilferuf – **CHILE:** Reallöhne – **VENEZUELA:** Studentenproteste – **ARGENTINIEN:** Kriegsfolgen – **NICARAGUA:** E. Pastora – **KOLUMBIEN:** Prozeß gegen M-19 – **BRASIL:** Indianer – **MEXIKO:** Landwirtschaft – **JAMAICA:** Manley's Landreform

INHALTSVERZEICHNIS

Zu diesem Heft	3
I. BERICHTE	
– GUATEMALA: Drei Monate nach dem Putsch der »jungen Offiziere« Erklärung der Besetzer der brasilianischen Botschaft	5 10
– CHILE: Wie senkt man den Reallohn?	16
– VENEZUELA: Sparetat und Protest – Demonstrationen an der Andenuniversität	18
II. HINTERGRUND	
– ARGENTINIEN: Die Folgen des Krieges	21
Leserbrief	28
Dieser Krieg ist nicht mein Krieg	30
– NICARAGUA: Mit der Sozialistischen Internationale für mehr Unternehmerfreiheit?	33
– KOLUMBIEN: Massenprozeß gegen Mitglieder von M-19	38
Sieg der Konservativen	43
– BRASILIEN: Indianerpolitik und indianischer Widerstand	47
– MEXICO: Modernisierung und Hunger – die mexikanische Landwirtschaft	54
– JAMAICA: Was wurde aus Manley's Landreform?	64
III. SOLIDARITÄT	
– FDCL-Frauengruppe stellt sich vor	73
– Spendenaufruf für Nicaragua	74
– Partnerschaftsaktion Argentinien	76
– Palästina: Spendenaufruf	77
IV. ZEITSCHRIFTENSCHAU	78

Redaktionsschluß dieser Nummer: 24. 6. 1982

Impressum

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN

Jahrgang 9 der
CHILE-NACHRICHTEN

erscheint monatlich
(mindestens 11 mal im Jahr)

Redaktion:

Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.: Gisela Sommer

Redaktionsschluß dieser Nummer: 18.3.1982

Abo-Preis: DM 35,—

Zahlung nach Erhalt der Rechnung
Spendenkonto des Chile-Komitees—»Hilfe für Chile«
PSA Berlin West, Eilfriede Kohut, Nr. 380087-108
Bankleitzahl 10010010

Adresse:

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN

c/o FDCL

Savignyplatz 5

1000 Berlin 12

Tel.: 030/3135065

Vertrieb für Buchhandlungen, Biblio-

theken und Institutionen im Bundesge-

biet über:

con Medien- und Vertriebsgesellschaft,

Postfach 106545,

Westerdeich 38, 2800 Bremen

Der Nachdruck von Artikeln aus den
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
ist mit Quellenhinweis gestattet. Be-
legexemplare erbeten.

Zu diesem Heft

Am 10. Juni demonstrierten 350.000 Menschen in Bonn und 100.000 Menschen in Berlin gegen die kriegerische Politik des US-Präsidenten Reagan. Die Berliner Demonstration während des Aufenthaltes Reagans am 11.6. in der Stadt wurde polizeilich und gerichtlich verboten – für einige Stunden war in Berlin das verfassungsmäßige Recht auf freie politische Meinungsäußerung zugunsten der vom Senat organisierten Jubelshow für Reagan außer Kraft gesetzt. Die trotzdem auf dem Nollendorfplatz versammelten ca. 5.000 Demonstranten wurden in minutenschnelle mit Natostacheldraht eingekesselt, danach brach der Straßenkampf aus, dessen Bilder hinlänglich bekannt sind. Auch in anderen Stadtteilen fanden sich Demonstranten immer wieder zu Protestversammlungen zusammen, die in den meisten Fällen von der Polizei mit Tränengas und Knüttel-einsatz "aufgelöst" wurden. Schon mehr als drei Monate vor dem Besuch prophezeiten Polizeileitung, Innensenator Lummer und die von Springer beherrschten Medien der Stadt den Aufstand der "radikalen Minderheit". Bei verschiedenen Demonstrationen probte die Polizei den Einsatz für den 11. Juni. Zusätzlich aufgeheizt wurde das Klima durch den zeitweise absurden "Lappenkrieg" – die Verhinderung der freien Meinungsäußerung zum Besuch Reagans auf Transparenten durch die Berliner Ordnungsmacht.

Die interessierten Politiker und Medien nahmen die Gelegenheit, die ihnen die Straßenschlachten gaben, wahr, die reinste Kriegsberichterstattung über die Ereignisse am Freitag zu machen – und politische und strafrechtliche Folgen für die aufrufenden Gruppen zu fordern. Sogar ein Verbot der Alternativen Liste war im Gespräch. Die diffamierenden Hetzkampagnen gegen die AL sind einer der Hauptgründe für den Brandanschlag auf das Büro der Partei.

Die Situation, in der die Abrüstungs- und Friedensrhetorik des NATO-Gipfels über alle Sender und Medien verbreitet wurde, beschreibt treffend der Bonner Korrespondent des STERN: "Fünf Tage lang haben die CDU, die NATO, die Friedensbewegung und der amerikanische Präsident ihren Willen bekundet, den 3. Weltkrieg zu verhindern. In diesen fünf Tagen starben 190.000 Kinder weltweit an den Folgen des Hungers. In diesen fünf Tagen wurden für 18 Mrd. DM Waffen hergestellt und Rüstungsgüter. Der deutsche Anteil daran ist mit etwa 300 Mio. DM nicht einmal sehr hoch. In diesen fünf Tagen begann Israel den 5. Nahostkrieg, tobte eine Luftschlacht über dem Libanon, starben 110 Menschen in El Salvador und eine unbekannte Zahl von Menschen auf den Falklands, in Afghanistan, in Guatemala, auf den Philippinen, im Tschad, in Kambodscha und im Irak. Der dritte Weltkrieg hat längst begonnen, an dem Tag, als der Zweite aufhörte. Der dritte Weltkrieg besteht aus den 133 Kriegen, die seit-her geführt wurden. Wir Deutschen nehmen daran nur geschäftlich teil. Der dritte Weltkrieg hat bisher 35 Mio. Menschen das Leben gekostet, aber er sichert auch rund 200.000 deutsche Arbeitsplätze."

Während also Reagan der SU Gespräche auf höchster Ebene über Abrüstung und "Friedenssicherung" anbietet, unterstützt die Regierung der USA militärisch und finanziell den Vernichtungskrieg der Diktaturen in El Salvador und Guatemala gegen die Befreiungsbewegung, unterstützt sie durch ihr Schweigen und das Weiterlaufen von Militär- und Finanzhilfen den Vernichtungskrieg Israels gegen die Palästinenser im Libanon. Die Politik dieses Präsidenten steht für die Unterstützung der blutigsten Diktaturen der ganzen Welt und den Feldzug gegen die Befreiungsbewegungen: Die Wiederaufnahme der Waffenlieferungen an Argentinien, die Hilfe beim Krieg gegen das eigene Volk in El Salvador, die Ankündigung militärischer Hilfe für das guatemalteckische Regime, der Versuch, Nicaragua wirtschaftlich und politisch zu destabilisieren – um nur einige lateinamerikanische Beispiele zu nennen.

Hier muß sich die Friedensbewegung fragen lassen, ob sie sich weiter so stark auf die Forderung nach Rücknahme des NATO-"Nach"-Rüstungsbeschlusses und zum Abbau der Atomwaffen beschränken kann, ohne unglaublich zu werden. Frieden ist weitaus mehr als - um es polemisch verkürzt zu sagen - die Abwesenheit eines Atomkrieges in Europa. Die NATO hat am 7. Mai im Zuge des Malvinenkrieges beschlossen, in Zukunft die ganze Welt als ihr "Operationsgebiet" zu betrachten, wenn vitale Interessen der NATO-Partner berührt sind. Die Friedensbewegung darf sich nicht erst dann ernsthaft mit dem Befreiungskampf der Völker der 3. Welt auseinandersetzen, wenn dort europäische NATO-Gruppen eingesetzt werden. Und dazu reicht das Auftreten eines Redners, der am Ende der Kundgebung auch noch das Anliegen der Befreiungsbewegung benennen darf, nicht aus.

Wir haben in dieser letzten Ausgabe der LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN vor der Sommerpause zwei Schwerpunkte. Zwei kontroverse Beiträge beschäftigen sich mit unserer Haltung im Krieg um die Malvinen. Der Leserbrief eines in der BRD lebenden Argentiniers kritisiert die Position der LN, weil wir in diesem Krieg das innenpolitisch motivierte Manöver einer Militärdiktatur und einer konservativen Regierung sehen. Er fordert die Unterstützung in diesem "nationalen antiimperialistischen Kampf der argentinischen Nation". In unserem Artikel begründen wir unsere Meinung, daß das argentinische Militärregime aufgrund der Klasseninteressen, die es repräsentiert, keinen antiimperialistischen Kampf führen kann.

In diesem Zusammenhang werden auch kurz die Probleme angesprochen, die wir mit der Haltung Nicaraguas und Cubas haben. So einleuchtend die machtpolitischen Argumente der beiden Staaten - Schwächung der Position der USA - auch sein mögen, so fragwürdig bleibt die Politik, die eine Militärdiktatur unterstützt. Leider konnten wir keinen Artikel mehr bekommen, der die Haltung Cubas oder Nicaraguas aus deren Situation erklärt. Wir hoffen, daß diese Diskussion weitergeführt werden kann, da sie u.E. zu den wichtigsten Fragen der Solidaritätsbewegung gehört.

Ende März dieses Jahres hat in Guatemala eine neue Militärjunta durch einen Putsch die Macht übernommen. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Lucas García versteht es der neue Diktator Ríos Montt, die Politik seines Regimes als "die Menschenrechte achtend" zu verkaufen. Der Artikel, den wir aus Guatemala erhielten, und die Erklärung der Besetzer der brasilianischen Botschaft in Guatemala Stadt zeigen, wie grausam die Unterdrückung und wie notwendig unsere Solidarität ist. Der Brief unseres Freundes aus Guatemala endet mit dem Aufruf: "Leute, tut endlich was gegen das Morden in Guatemala!"

Daß sich die Titelbilder dieser und der letzten LN ähneln, ist nicht die Folge unserer Phantasielosigkeit, sondern die Folge dessen, daß der menschenverachtende Krieg im Südatlantik zeitweise das brutale Morden in Mittelamerika überdeckte. Gerade deshalb gilt diesmal unser Titelbild der Repression in Guatemala.

Wir möchten an dieser Stelle noch besonders auf zwei Spendenaufrufe hinweisen. Der Krieg gegen die Palästinenser im Libanon und das Schweigen der Öffentlichkeit haben uns erschreckt. Wir als LN wollen unsere Augen nicht vor den Greueln in anderen Teilen der Welt verschließen. Als ganz kleinen Beitrag veröffentlichten wir deshalb den Spendenaufruf eines palästinensischen Ärztekomitees.

Die Flutkatastrophe in Nicaragua hat auch die Arbeit eines Frauenprojekts in Nicaragua gefährdet, das versucht, ehemaligen Prostituierten durch eine Berufsausbildung eine bessere Lebensperspektive zu ermöglichen. Die neugegründete Frauengruppe des FDCL bittet deshalb um Spenden. Die Spenden werden an die Frauenorganisation in Corinto gegeben, die sie an bedürftige Frauen und das Prostituiertenprojekt weiterleitet.

GUATEMALA

Drei Monate nach dem Putsch der »jungen Offiziere«

Guatemala-Stadt, Anfang Juni 82

Liebe Freunde,

ich schicke Euch nachfolgenden Bericht über die ersten 3 Monate nach dem Putsch in Guatemala. Bewußt habe ich ausführlich die Greueln im Altiplano dargestellt. Die Fakten sprechen für sich und geben ein erschreckendes Bild. Könnt Ihr Euch das vorstellen, Kinder, schwangere Frauen, Männer, in Plastiksäcken abtransportiert?

Perfide ist, daß die Militärjunta seit dem 23. März, dem Tag des Putsches, im Ausland die "Wahrung der Menschenrechte" heuchelt. Ich halte es für wichtig, daß Ihr in Europa alles dafür tut, damit diese Propaganda scheitert.

Von hier aus kann man schwer überschauen, wie das mit der Guatemala-Solidarität in der BRD steht. Freunde berichten, daß ziemlich auf Sparflamme gekocht wird. Warum? Die Greueln des Regimes und die Bedeutung des Freiheitskampfes in Guatemala stehen den Prozessen in El Salvador und Nicaragua in keiner Weise nach.

Am 8.6. habe ich in der Zeitung "La Razón" einen Bericht über eine Veranstaltung - der Horizonte '82 in Berlin gelesen. Da wurde eine Resolution zitiert, in der die BRD-Regierung aufgefordert wird, sich von der US-Politik in Zentralamerika zu distanzieren und die mexikanisch-französische Haltung der Anerkennung der FDR-FMLN als repräsentative politische Kraft zu unterstützen. Einige Tage zuvor fand ich eine Notiz in der Presse, daß aus Schweden tausende von Unterschriften gegen die Ma_ssaker den Präsidenten erreicht hatten.

Dies zeigt mir, daß solche Proteste nicht immer für den Papierkorb sind und durchaus hier Notiz davon genommen wird. Zuweilen geben sie dem einen oder anderen Journalisten Gelegenheit, Sätze zu zitieren, die er niemals schreiben könnte.

Warum macht Ihr, die Guatemala-Komitees oder auch andere in der BRD, nicht auch eine Unterschriften- oder Postkartenaktion? Die Menschen hier, die Indios, haben Eure Solidarität verdient! Ein Zeichen von Euch bedeutet für viele hier auch eine Hoffnung, eine Unterstützung ihres Kampfes! Organisiert Protest-Unterschriften oder -Postkarten und schickt sie an folgende Adressen:

General Erfraín Ríos Montt
Presidente de la Junta Militar de Gobierno
Palacio Nacional
Guatemala Ciudad / Guatemala C.A.

Asociación de Periodistas de Guatemala
11. Calle 3-28, Zona 1
Guatemala-Ciudad / Guatemala C.A.

Leute, tut was gegen das Morden in Guatemala!

Das alte, blutige Gesicht der Regierungen Guatemalas ist schon wieder da. Morde sind an der Tagesordnung wie zu Lucas Zeiten. Die Opfer sind besonders die Indios im Altiplano, im Hochland. Die Gewerkschaft FTG (Arbeiterföderation von Guatemala) spricht von über 500 ermordeten Indios seit dem Militärputsch allein in der Provinz El Quiché.

Sicher, einiges hat sich verändert in den letzten drei Monaten. Angefangen hatte es am 23. März '82 mit dem Versprechen der Junta, die Menschenrechte zu wahren. Keine Morde mehr in diesem Land, keine Entführungen, keine Folter. Radikaler Wandel mit der Politik des Lucas-Regimes wurde verkündet. Geblieben ist wenig mehr als Kosmetik, Wechsel der Taktik.

Massaker

Offensichtlich bemüht sich die neue Regierung, die Hauptstadt in relativer Ruhe und Sicherheit erscheinen zu lassen. Guatemala-Stadt mit ihren fast 2 Mio. Einwohnern als Spiegelbild des Landes für die nationale und internationale Öffentlichkeit. Ich weiß nicht, was die Besetzer der brasilianischen Botschaft vom 12.5. nach ihrer Ankunft in Mexiko gesagt haben. Die Informationen in der guatemaltekischen Presse waren äußerst dürftig. "Mitglieder der CUC und der FP-31 klagen die Massaker an ihren Brüdern und Schwestern an". Einzelheiten gab es nicht.

Typisch ist, daß aus dem Hochland kaum Nachrichten in die Hauptstadt dringen. In die marginalen Vorstädte kommen jedoch immer häufiger Flüchtlinge aus dem Landesinneren. Ihre Berichte und die wenigen Zeitungsmeldungen lassen Schlimmes Erahnen.

- 2 Familien aus dem Ort Macanché, Provinz El Petén, insgesamt 5 Erwachsene und 7 Kinder, wurden am 26.4. von Männern in "olivgrünen Uniformen" erschossen.
- Am gleichen Tag traf eine Bombe einen LKW nahe der Ortschaft San Andrés Sajcabajá, El Quiché. 12 Campesinos, darunter 3 Frauen und 2 Kinder, wurden schwer verletzt und anschließend geköpft.
- Nur einen Tag später, am 27.4., in Santa Rosa Chujuyub, El Quiché. Ein LKW wurde angesteckt. 12 mitreisende Indios verbrannten bei lebendigem Leib.
- 28.4., Chipiácul, Kreis Patzún, Cimaltenango. In einer Nacht starben 20 Campesinos. 4 von ihnen wurden in ihrem Bett erschossen. Die restlichen 16 waren Mitglieder einer "freiwilligen Wache", die sie auf Geheiß der örtlichen Behörden bilden sollten, "zu ihrem Schutz". In dieser Nacht versammelten sie sich im Gemeindesaal, unbewaffnet, wo sie mit Maschinengewehren getötet wurden.
- Am 29.4. wurden 13 Campesinos in San Martín Jilotepeque, Provinz Chimaltenango, nachts aus ihren Hütten geholt, an die Wand gestellt und erschossen. In Nachbardörfern geschah ähnliches. Die Bewohner dieser Gegend sind fast alle emigriert.
- Eine Mutter mit drei Kindern wurde am 5.5. in San Pedro Jocopilas, El Quiché, aus ihrer Hütte auf die Straße gezerrt. Die Kinder wurden vor ihren Augen angeschossen und mit der Machete getötet, bevor sie selbst ermordet wurde.
- In La Democracia, Huehuetenango, wurden 13 Einwohner am 6.5. erschossen. Ihre Häuser und die Leichen steckte man in Brand.
- Auf die gleiche Weise straben am 10.5. in Salacuim, Alta Verapaz, 20 Campesinos, darunter Frauen und Kinder. Mehr als 30 blieben verletzt zurück.
- 7 Campesinos fand man in Cuyotenango, Suchitepéquez, mit tödlichen Schußverletzungen.
- Am 15.5. wurde aus mehreren Dörfern der Provinz Huehuetenango die Ermordung von 13 Campesinos gemeldet.
- In Chichicastenango, El Quiché, starben am gleichen Tag 8 Mitglieder einer Familie, darunter ein 18 Monate altes Kind. Eine neunjährige Tochter fand man erhängt.
- Aus Santa Cruz Muluá, Retalhuleu, berichtete man ebenfalls am 15.5. von 5 in ihren Häusern erschossenen Indios.

- In dem Dorf Saquillá, El Quiché, wurden am 18.5. alle noch dort Lebenden getötet. Opfer waren 43 Bewohner, darunter 26 Kinder von 4 Monaten bis 14 Jahren, 3 Männer und 14 Frauen. 4 der Frauen waren schwanger. Die Toten konnten nicht identifiziert werden. Vielen Kindern wurde mit einer Machete der Schädel zertrümmert.
- Am gleichen Tag fand man in verschiedenen Ortschaften der Provinz El Quiché weitere 52 Leichen.

Dies sind nur einige bekannt gewordene Beispiele. Sicher gibt es mehr. Warum diese Aufzählung, fragt man sich vielleicht. Betreffen uns die Leiden so vieler Menschen nicht mehr? Die Schrecken? Nun schon seit Jahrzehnten grausamer Alltag in Guatemala. Sicher, für uns in Europa mag das weit weg sein. Massaker gibt es in vielen Teilen der Welt. Wofür ist das ein Argument? Lebt man in Guatemala, dann fragt man sich: Warum sind es so wenige, die aufschreien vor Empörung?

Taktikwechsel

In Verdrehung der Tatsachen macht die Junta die Guerrilla für den Schrecken verantwortlich. Das ist neu. Unter der Regierung Lucas waren es immer "Unbekannte", die scheinbar wahllos, doch nach einem genauen Plan, mordeten. Heute ist es laut offizieller Propaganda direkt die Guerrilla. "Das Militär informiert. EGP tötet 20 Campesinos", so die Schlagzeile der "Prensa Libre" vom 11.5. In den meisten der oben aufgeführten Fälle seien die Täter "Männer in olivgrünen Uniformen" gewesen, soll heißen Guerrilleros. Aus dem Dorfe Saquillá berichtete ein zufällig Überlebender von Militäruniformen. Flugs wurden daraus "als Soldaten verkleidete Subversive".

Neu an der Strategie der Militärjunta ist die offene Kriegserklärung an die Guerrilla, militärisch wie propagandistisch. Öffentlich wird die Existenz eines faktischen Kriegszustandes in den Provinzen El Quiché, Huehuetenango, San Marcos und Chimaltenango eingestanden. Die Regierung Lucas hatte das immer bestritten.

Dementsprechend änderte sich auch die militärische Taktik, z.B. die Aufstellung von zivilen Verteidigungsgruppen, der "grupos de vigilancia". Schlecht bewaffnet und ausgerüstet, angeführt von Reservisten, sollen sie der Subversion entgegen treten. Die Bildung dieser Gruppen ist durchaus keine freiwillige Angelegenheit. Das Massaker von Chipiácul vom 28.4. geht auf das Konto des Militärs, so hört man in Guatemala. Die Opfer sollen sich geweigert haben, der "freiwilligen Wache" beizutreten. Diesen "grupos de vigilancia" kann wohl kein großer militärischer Wert beigemessen werden. Absicht ist eher, der Guerrilla eine bewaffnete Konfrontation aufzuzwingen, an der das Heer nicht direkt beteiligt ist. Indios sollen auf Indios schießen, was propagandistische Munition gegen die "Subversion" liefert. So die Hoffnung der psychologischen Kriegsstrategie.

Bohnen und Gewehre

Die neue militärische Taktik beinhaltet auch eine Wiederauflage der "acciones civico-militares" ("zivil-militärische Aktionen"). Ríos Montt nennt sie die "Politik der Bohnen und Gewehre". Unter großer Aufmachung erscheinen in der guatemaltekischen Presse Berichte folgender Art:

- Das Heer hilft den Campesinos von Las Trojes. Sie erhalten Reis, Mais, Bohnen, Zucker und Trinkwasser.
- Militärärzte untersuchen in der Gemeinde Tecpán 15 000 Menschen, denen auch gratis Arzneimittel gegeben werden. Bohnen, Milchkpulver und Mehl wird verschenkt, für die Kinder gibt es Süßigkeiten und Getränke.
- In Playa Grande, im Norden von El Quiché, soll ein Krankenhaus gebaut werden. Das Geld gibt eine ausländische Ölgesellschaft.
- Welternährungsprogramm der UNO stiftet mehr als 2 Mio Dollar, um die Flüchtlinge im Hochland mit Nahrungsmitteln zu versorgen.

Das Militär sorgt für Euch, lautet die Devise. Um dem Nachdruck zu verleihen, werden Soldaten in die olivgrünen Uniformen gesteckt und zum Töten in die Dörfer geschickt. "Das war die Guerrilla", sagen die offiziellen Kommuniqués. Es gibt durchaus Menschen, die dem Glauben schenken, vor allem Teile der Mittelschicht in der Hauptstadt.

Eindrücke

Wenn man dieser Tage die Straße nach der Provinzhauptstadt Santa Cruz del Quiché fährt, die ehemalige Touristenattraktion Chichicastenango passiert, bekommt man einen kleinen Eindruck von der offenen Kriegssituation. Aufgerissener Asphalt. Baumstämme am Straßenrand, die als Barrikaden dienten. Ausgebrannte Autowracks. Zerstörte Häuser, verbrannte Felder und Wälder. Selten sieht man noch Bewohner. Auf der Straße, vorsichtig um sich schauend, Soldaten. El Quiché, das ist heute Niemandsland, die Dörfer sind fast ausgestorben. Vietnam-Visionen werden wach.

Flüchtlinge

Da das Militär die Guerrilla nicht wirklich schlagen kann, hält es sich an die Zivilbevölkerung. Wer eine Möglichkeit sieht, verläßt seinen Heimatort. Die Bischofskonferenz von Guatemala spricht von 200 000 Flüchtlingen und schätzt die Anzahl derer, die aus ihrer Heimat vertrieben wurden, auf mehr als eine Million. Das sind über 20% der Landbevölkerung. Da die Gewalt und das Flüchtlingselend sich nicht über das ganze Land erstreckt, dürfte der Prozentsatz in den betroffenen Provinzen wesentlich höher sein! Vernichtete Ernten oder durch den Krieg verhinderte Aussaat, das bedeutet Hunger im Hochland. Vorräte haben die Indios nicht, dazu ist der Boden zu arm. Und im Mai beginnt dort der Winter, dann ist es bitterkalt. Wer kann das Leiden hungernder und frierender Flüchtlinge, der vielen Frauen mit kleinen Kindern messen?

Und die Guerilla?

Nach dem 23. März war die Guerrilla spürbar zurückhaltend, vor allem in der Hauptstadt gab es kaum Aktionen. Offensichtlich wollte man abwarten, wie die Junta zu ihrem Wort steht. Eine Probe war wohl die Anschuldigung von Bewohnern aus Joyabaj und San Andrés Semetabaj, El Quiché, gegen 164 "comisionados militares" der Gegend. Diese Zivilagenten der Armee sind verantwortlich für die Rekrutierung und die Berichterstattung an die regionalen Hauptquartiere. Die Campesinos klagten die "comisionados" des Mordes, Diebstahls, Vergewaltigung, Brandstiftung an Ernten und Häusern an. Die Regierung antwortete mit einer Erklärung, nach der eine Vereinigung von Katecheten die wahren Verantwortlichen der Gewalt seien. "Sie erhalten direkte Anweisungen von der Nonne María de Jesus Bolado und dem Padre McKena, beide Kommandanten der Guerrilla." Damit war für die Regierung die Angelegenheit erledigt.

Später konzentrierte sich die Guerrilla hauptsächlich auf die Departements El Quiché, Huehuetenango, San Marcos und Chimaltenango. Bewaffnete Propagandaaktionen, in Brand gesteckte Omnibusse und mit Zucker oder Baumwolle beladene LKWs, besetzte Fincas, gesprengte Brücken auf der wichtigen Straße "Interamericana". Im April ein abgeschossener Militärhubschrauber nahe von Nebaj, El Quiché. Radiostationen wurden besetzt und bis zu 30 Minuten revolutionäre Propaganda ausgestrahlt.

Von Guatemala-Stadt aus ist es schwierig, das wahre Ausmaß der Kampfhandlungen einzuschätzen. "30 getötete Subversive", behauptet die "Prensa Libre" vom 24.5. Der EGP (Guerrillaheer der Armen) sagt dagegen in seinen Kommuniqués, daß hier ermordete Zivilisten als Guerrilleros präsentiert werden. Es gibt aber auch andere Nachrichten. In einem kleinen Artikel vom 4.5. in der "Prensa Libre" berichten Großgrundbesitzer, die in die Hauptstadt geflohen sind: "Huehuetenango ist ein verlorenes Gebiet für die Guatemalteken. Die Guerrilla hat sich das Land angeeignet. Auf vielen Fincas gibt es Felder mit Getreide, Mais, Bohnen, aber man

kann sie nicht abtransportieren wegen der Kontrolle, die die subversiven Gruppen auf den Straßen besitzen." Sie zählen 19 Dörfer auf, die von der Guerrilla kontrolliert werden. "Wir können noch mehr Haciendas, Höfe und Dörfer aufzählen. Wir als Guemalteken, die wir unseren Schweiß (?) auf diesen Feldern gelassen haben, wissen, daß wir den Süden von Huehuetenango verloren haben. Die Feindseligkeit der Guerrilla geht bis tief in den Süden. Sie benutzen Taktiken, um das Militär zu verwirren. Das ist die Wahrheit, obwohl sie vielen nicht gefällt."

Keine Bestrafung der alten Funktionäre

Die Junta war mit dem Versprechen angetreten, die Verantwortlichen des alten Greuel-Regimes zu bestrafen. Von den in den ersten Wochen nach dem Putsch festgenommenen zweitrangigen Funktionären ist bis heute der größte Teil wieder freigelassen worden. Verurteilungen gab es nicht. Das ist sogar der Christdemokratie nicht recht, die vehement Anklage fordert gegen den General Germán Chupina (ehemaliger Polizeichef), Donaldo Alvarez Ruiz (Ex-Innenminister) und Pedro García Arredondo (ehemals Chef der Kriminalpolizei). Charakteristisch ist der Fall von Manuel Colom Argueta. Der frühere Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei FUR und Vizepräsidentenchaftskandidat von Rios Montt 1974 wurde im März '79 ermordet. Sein Bruder, heute im Exil in Costa Rica, erneuerte vor kurzem die Anklagen gegen General Lucas, seine Ex-Minister der Verteidigung und des Innern, seinen Generalstabschef und den Chef der Luftwaffe. Sie seien die Verantwortlichen für den Tod seines Bruders. Lapidare Antwort der Junta: Man könne damit nichts anfangen. Argueta müsse nach Guatemala kommen und persönlich seine Beweise vortragen.

Dies alles scheint Berichte der mexikanischen Zeitung "Excelsior" (8.5.) zu bestätigen. Danach hat es am 23. März ein Abkommen der Junta mit der Regierung Lucas gegeben, demzufolge die alten Funktionäre nicht bestraft werden sollen. Natürlich wird die Existenz dieser Absprache dementiert.

Menschenrechte

Im Ausland geht die neue Regierung mit der Behauptung hausieren, sie respektiere die Menschenrechte. Anfang Juni nahm zum ersten Mal seit vielen Jahren wieder ein Vertreter Guatemalas an einer Sitzung der UNO in Genf teil, wo er über die Situation der Menschenrechte in seinem Land berichtete. UNO-Vertreter wurden eingeladen, um sich selbst vor Ort ein Bild zu machen. Gleichzeitig jedoch bekannte Töne von Rios Montt: "Bei den Menschenrechten handelt es sich um eine gut abgestimmte Propaganda der Kommunisten, das ist das Problem. Es ist ein Thema von internationalem Charakter, womit man einem Volk und einer Regierung auf die Nerven gehen will, die gegen den Kommunismus sind." (Prensa Libre, 10.5.)

US-Botschafter Frederick Chapin würdigt die neue Haltung der Junta und kündigt baldige Militärhilfe an. Faktisch jedoch hat die Unterstützung der USA gleich nach dem Putsch angefangen. In der Abenddämmerung landen auf dem Militärflughafen in Guatemala-Stadt Transportmaschinen unbekannter Nationalität. Es ist nicht schwer zu erraten, wo sie herkommen.

Handfeste Beweise über die Verletzung der Menschenrechte werden von der Regierung schlicht ignoriert. Ein Komitee der Angehörigen von Verschwundenen und die AE (Universitäre Studentenvereinigung) beklagen in einer Dokumentation mehr als 30 000 Verschwundene in den letzten 8 Jahren. Nach Augenzeugenberichten wurden viele von ihnen von dem berüchtigten "Kommando 6" und dem "cuerpo de detectives" entführt.

Amnestie und Ausnahmezustand

Man erwartet, daß die Junta ihre Politik legal absichert. Ein Schritt dazu ist die Amnestie für die Dauer von 30 Tagen (1. - 30. Juni). Sie soll nur für "politisch motivierte Gewalttäter" gelten. Sogenannte "normale Kriminelle" sind nicht einbezogen, obwohl gerade sie eine allgemeine Amnestie gefordert hatten. "Viele sind unter falschen Anschuldigungen in Haft", so ein Sprecher des Komitees von Familienangehörigen der Gefängnis-Finca El Pavón.

Große Erfolge rechnet sich die Junta mit ihrem Amnestie-Dekret wohl selbst nicht aus. Denn gleichzeitig wurde ab 1. Juli der Ausnahmezustand in den Provinzen El Quiché, Huehuetenango, San Marcos und Chimaltenango beschlossen. In einem Kommuniqué betont der EGP, daß Amnestie und Ausnahmezustand "der Regierung die Legalität verschafft, Dörfer anzugreifen, die sich nicht in den Schutz des Militärs begeben wollen. Die Massaker werden dann dargestellt als militärische Triumphe über angebliche Einheiten der Guerrilla." Schlimmes ist zu befürchten im Hochland von Guatemala.



Spendet für den Widerstand

Pschk. München 208159-802
Informationsstelle Guatemala e.V.
Friedrichstraße 25, 8000 München 40

Erklärung der Besetzer der brasilianischen Botschaft

Vom GUATEMALA KOMITEE BONN erhielten wir die Dokumente zugeschickt, deren Veröffentlichung die Besetzer der Brasilianischen Botschaft in Guatemala Ciudad, Mitglieder des VEREINIGTEN LANDARBEITERKOMITEES CUC (Comité de Unidad Campesina), von der Militärjunta Mitte Mai gefordert hatten. Die Übersetzung der Texte verdanken wir Marlies Daubermann de Vasquez.

Wir, indianische Landarbeiter und arme Mestizen, organisiert im Vereinigten Landarbeiterkomitee CUC, möchten unserem Volk und den Völkern der Welt bekannt machen, unter welcher brutaler Repression durch die Streitkräfte der Militärjunta wir, die Indianergemeinden Guatemalas, leiden. Die am 27. März 1982 neu gebildete Militärjunta setzt nicht nur die bisherige Politik der Massaker und der Zerstörung fort, sondern hat in einigen Regionen die Massaker in einem bisher nicht erlebten Ausmaß intensiviert. Sie wenden bei ihren Angriffen neue grauenerregendere Methoden an, um unseren Kampfegeist zu brechen. Auf der anderen Seite verkleiden sie ihre Verbrechen mit Demagogie, indem sie von Gott und von Menschenrechten reden, um einige Leute in Guatemala und die internationale öffentliche Meinung irrezuführen.

Damit niemand irreführt wird, möchten wir, daß die furchtbare Wirklichkeit heute in Guatemala bekannt wird.

Die Massaker der Militärjunta

Seit dem 23. März haben die Streitkräfte der Junta die Massaker fortgesetzt und intensiviert. Die Militärs haben unsere Dörfer in Chimaltenango, im El Quiché, in Sololá, Huehuetenango, Alta und Baja Verapaz und in anderen Gebieten besetzt und die Bevölkerung massakriert. Mehr als 3000 Personen (Männer, Kinder, alte Leute) wurden seit dem Putsch bis Mitte Mai getötet, von den Soldaten der Junta gefoltert, geköpft oder gar lebendig verbrannt. Wir erleben, wie die Streitkräfte in die Dörfer eindringen, die Häuser und die gesamte Maisernte verbrennen, unsere Geräte zerstören, Kleider und andere Wertgegenstände rauben und unsere Hühner und Schweine rauben oder töten.

Im Bezirk CHIMALTENANGO sind wir in den letzten Wochen einem wahren Völkermord ausgesetzt. In LA ESTANCIA DE LA VIRGEN, CHICOCON, CHUATALUN, CHIPILA und anderen Dörfern in der Nähe der Kreisstadt SAN MARTIN JILOTEPEQUE ermordete das Militär in der letzten Märzwoche mehr als 250 Personen. Sie verbrannten fast alle Häuser und mehr als 1000 Quintal Mais. Die Überlebenden Familien mußten nach SAN JUAN SACATEPEQUEZ und in andere Dörfer flüchten. Am 26. März drang eine Gruppe Soldaten in Zivil in den Weiler PACOJ ein, welcher zum selben Kreis gehört, massakrierte neun Familien und entführte 3 Landarbeiter. In den Weilern VARITUC drang das Militär am 28. April nachts ein, ermordete 13 Landarbeiter und entführte viele andere.

Am 15. April, morgens um 7.30 Uhr, massakrierte das Militär im Weiler AGUA CALIENTE DE SAN JOSE POAQUIL 23 wehrlose Landarbeiter und verfolgte die in die Berge flüchtenden Überlebenden mit einem Hubschrauber, aus dem heraus sie mit Maschinengewehren schossen. Anschließend verbrannten sie die Häuser des Weilers.

Am 26. April kamen sie in den Weiler CHITUN, Kreis PATZUN, pferchten 20 Personen, darunter Frauen und Kinder in ihren Häusern ein und verbrannten sie bei lebendigem Leib.

Am 3. Mai wurden in PARRAMOS 15 Landarbeiter ermordet. Das Militär versuchte dies zu vertuschen, indem es von einem Zusammenstoß mit Guerrilleros sprach.

Seit dem 23. März wurden in den Weilern PARRAXTUT, EL PAJARITO und PICHQUIL im Zentrum der Provinz EL QUICHE in der Nähe von HUEHUETENANGO mehr als 500 Personen massakriert.. Diejenigen, die die Massaker der Militärs überlebten, wanderten aus oder halten sich in den Bergen versteckt, wo sie unter großen Strapazen zu überleben versuchen. Zwischen dem 3. und 5. April wütete das Militär gegen die Bevölkerung von CHAJUL, im Norden der Provinz EL QUICHE. Sie kamen zunächst friedlich in die Weiler CHEL, JUA und AMACHEL und trugen die Nationalfahne. Doch nach einigen Stunden fingen die Soldaten an, die Leute zu massakrieren. In einem dieser Weiler sperrten sie die gesamte Bevölkerung ins Gerichtsgebäude ein, vergewaltigten die Frauen, enthaupteten die Männer und zerschmetterten die Kinder an den Steinen des nahen Flusses. Auf dem Gelände eines Großgrundbesitzes ließen sie alle Arbeiter antreten. Dann erschossen sie alle mit Maschinengewehrsalven ohne Mitleid. In CHEL verbrannten sie die Häuser und ermordeten alle Landarbeiter, die sie antrafen. Im Weiler MANGAL töteten sie mehr als 100 Personen, in der FINCA CORADONGA 35 Männer.

In der gesamten Region EL QUICHE werden ohne Unterbrechung seit Oktober vergangenen Jahres bis heute Massaker verübt. Unter der neuen Regierung hat sich nichts verändert.

Am 15. April wurde das Dorf SEMEJA I, Kreis CHICHICASTENANGO, von Soldaten angegriffen, 20 Bewohner wurden an die Pfosten ihrer Hütten gebunden und lebendig verbrannt. Am selben Tag enthauptete eine Patrouille Soldaten 9 Personen, darunter ein 10jähriges Mädchen, mit Macheten, als sie in einer Hütte beteten. So zeigt die Militärjunta, was sie wirklich über christliche Werte denkt.

Während der Osterwoche besetzte das Militär die Stadt CONCEPCION im Bezirk SOLOLA. Am Karfreitag, dem 2. April, drangen 250 mit Maschinengewehren bewaffnete Soldaten und Mitglieder paramilitärischer Banden ins Dorf EL ADELANTO, Kreis PUJUIL, ein.

Die Mehrzahl der Bevölkerung konnte fliehen. 10 Frauen aber mit ihren Kindern wurden in zwei Hütten gesperrt. Dort mußten sie der Truppe zu essen geben. Mittlerweile sammelten die Soldaten trockene Tannenzweige, Blätter und Stroh und legten sie um die Hütten. Nach dem Essen schossen sie Frauen und Kinder nieder und verbrannten die Leichname samt den Hütten. Am 15. April drangen erneut Soldaten ins Dorf ein und erschossen 30 der zurückgekehrten Bewohner oder erlegten sie mit Macheten: 16 Frauen, 9 Kinder und 5 Männer. Überlebende entdeckten ein Kind von 9 Monaten, das -mit einer Machete erschlagen- immer noch ein Stück der Brust seiner Mutter im Mund hatte. Die Truppen verbrannten anschließend die 27 Hütten, den gesamten Mais, die Bohnen, den Weizen, Kleider, Schuhe, Geräte, die Mäismühle, das Geschäft und raubten alle Haustiere und Geld.

Am 24. März verbrannten Truppen alle Häuser der Weiler SACATALJI, SAN ISIDRO und SAMUC DE COBAN in der Region ALTA VERAPAZ. Zwischen dem 24. und 27. März wurden die Weiler LAS PACAYAS, CISIRAM, EL RANCHO, QUIXAL, CHIUUC und andere in der Region SAN CRISTOBAL VERAPAZ von Hubschraubern aus bombardiert. Dabei starben über 100 Personen. In CHIANTLA, Kreis HUEHUETENANGO, wurden mehrere Familien ausgelöscht. Am 22. April starben dabei im Weiler SAN NICOLAS Kinder von 4 und 6 Jahren mit ihren Eltern. In den Regionen BAJA VERAPAZ, SAN MARCOS, SACATEPEQUEZ, QUETZALTENANGO, TOTONICAPAN und der gesamten Südküste gehen die Morde und Entführungen weiter.

Die neuen Gesichter der Repression

Dies sind Beispiele für die Repression, unter der wir nach dem Regierungswechsel leiden. Aber wir leiden nicht nur unter Mord, Entführung, dem Häuserverbrennen, dem Raub des wenigen, was wir durch unsere Arbeit kaufen können, sondern wir sind einem systematischen Morden ausgesetzt mit dem Ziel, speziell die Indianervölker zu vernichten, damit die Generäle und die Reichen in Ruhe leben können.

Das Militär verfolgt uns heute überall, ermordet uns in unseren Häusern, auf unseren Wegen, bei unserer Arbeit und im Wald. Manchmal kommen sie und versprechen uns Frieden, brechen dann ihre eigenen Versprechen und ermorden dann diejenigen, die ihren Lügen geglaubt haben. Wir sterben für das Vergehen, daß wir arm sind und daß wir Indianer sind. Anschließend lügen sie erneut, wenn sie behaupten, daß ihre Massaker Zusammenstöße zwischen Soldaten und Guerrilleros waren. Oder aber, wenn diese Lüge zu unglaubwürdig aussieht, behaupten sie, die Guerrilleros hätten die Massaker verübt.

Jetzt haben sie sich eine neue Lüge ausgedacht: Sie präsentieren die Massaker als Zusammenstoß zwischen Guerrilla und zivilen Banden, wobei dann Landarbeiter beider "Banden" starben. Dies erklärten sie zu den Vorfällen in CHINIQUE, Provinz EL QUICHE, zwischen dem 30. März und dem 2. April, als zivil gekleidete Soldaten 55 Menschen ermordeten. Diese "Zivil"Patrouillen sind nichts anderes als paramilitärische Banden von Soldaten und Spitzeln aus den jeweiligen Dörfern, die von Militärbeauftragten geleitet werden. In vielen Dörfern hat das Militär die Landarbeiter gezwungen, sich an diesen Banden zu beteiligen. Sie sagen uns, daß wir alle als Subversive ermordet und unsere Häuser verbrannt werden, wenn wir nicht mitmachen. Sie versprechen dann die Ernte, das Hab und Gut, ja sogar die Frauen der Landarbeiter, die sie massakrieren. So wollen sie erreichen, daß Arme gegen Arme kämpfen. Sie wollen uns zu Kanonenfutter machen.

Eine weitere Taktik der Militärs sind von ihnen organisierte Versammlungen in den Dörfern, wobei sie -wie es schon die letzte Regierung machte- alle Bewohner zwingen mitzumachen. Diese Versammlungen nennen sie dann Versammlungen der "ZIVIL-PATROULLIEN" (Bürgerwehr). So machten sie es in NEBAJ und CHAJUL. Sie zwangen die Bewohner, die nicht in die Berge fliehen konnten, sich zu versammeln und "Pro-Militär-Parolen" zu lernen. Dabei mischen sie Soldaten in Zivil unter uns, um uns zu kontrollieren. Wer nicht mitschreit, wird hinterher ermordet. Auf diese Weise wollen sie eine Unterstützung des Militärs durch das Volk vortäuschen. Zu solcher Komödie laden sie Journalisten und nordamerikanische Militärs ein, die versprochen haben, Waffen und andere "Hilfe" im Kampf gegen unser Volk zu geben.

Neuerdings haben sie die sog. "Programme der Bürger-Aktion" in unseren Dörfern und Weilern wieder eingeführt. Diese Programme lösen in keiner Weise unsere Probleme, wie das Fehlen von bebaubarem Land, wie die menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen, das Fehlen von Gesundheitsfürsorge und Erziehungsprogrammen oder die Ausbeutung, unter der wir leiden, oder die Auswirkungen der Besetzung unserer Dörfer durch die Militärs. Vielmehr dienen diese Aktionen dazu, daß sie noch mehr Spitzel in unsere Dörfer schleusen können.

Mord durch Hunger

Angesichts dieses Terrors haben wir uns, die Mehrheit der indianischen Landarbeiter, organisiert, um in die Wälder fliehen zu können, wenn sich das Militär nähert. So haben wir verhindert, daß die Massaker noch mehr Opfer forderten. Wir nehmen so viel Essen mit, wie wir tragen können, außerdem noch unsere Kinder. Wir haben kleinere Mengen an Verpflegung versteckt, dazu Kleidung, Töpfe und sonstige Geräte, um überleben zu können, bis sich die Soldaten zurückgezogen haben. Aber das Militär verbrennt und zerstört nicht nur alles, was es in unseren Dörfern findet. Es sucht und zerstört auch unsere versteckten Vorräte und erklärt dann, Schlupfwinkel der Guerrilla aufgedeckt zu haben. Mit Maschinengewehren und Bomben verfolgen sie uns in die Berge und vereiteln oft damit unsere Flucht. Jetzt beginnen sie auch damit, unsere Wälder abzubrennen und sagen dann, es seien natürliche Waldbrände oder von der Guerrilla gelegte Brände. Die Hälfte des Waldbestandes um CHICHICASTENANGO wurde in diesem Jahr auf diese Weise vernichtet. Uns fehlt damit das Holz zum Kochen, und sie vernichten Naturreserven, die wir in Zukunft brauchen werden.

Die, die wir uns verstecken, leiden unter den schlimmsten Entbehrungen. Wir haben kein Essen. Wir essen zum Teil nur noch Wurzeln und Kräuter, um zu überleben. Das Militär hat unsere Maisreserven vernichtet. Das Wenige, das nicht verbrannt, haben wir unter uns aufgeteilt. Aber es sind zu viele Mäuler und zu wenig Lebensmittel. Wir haben keine Hütten mehr. Wir hungern und frieren. Unsere Kinder sterben an Unterernährung oder an Krankheiten wie Masern und andere Hautausschläge. Mit Beginn der Regenzeit wird sich unsere Situation noch verschlimmern, vor allem für die Kinder und Alten. Wir befürchten, daß Epidemien ausbrechen können.

Viele von uns, die jedes Jahr zu den großen Fincas an der Südküste fahren, um einige Pfennige bei der Baumwoll-, Zuckerrohr- und Kaffeernte zu verdienen, können jetzt nicht mehr fort aus Angst, auf dem Weg oder in den Fincas ermordet zu werden.



Ermordet aus dem einfachen Grunde, daß wir arme Indianer sind oder weil wir aus ganz bestimmten Gegenden kommen. Besonders schlimm ergeht es uns, wenn wir aus El Quiché, Chimaltenango und Huehuetenango kommen. Das Militär und die Privatbanden der Großgrundbesitzer bezichtigen uns, subversiv zu sein und ermorden uns.

Ebenso ergeht es uns, die wir in anderen Orten oder in der Hauptstadt unsere Produkte verkaufen. - Wir mußten den Handel aufgeben. Soldaten kamen in die Stadt, begleitet von Spitzeln, um die Leute aus ganz bestimmten Gegenden auszumachen, - um uns zu töten. So passierte es z.B. zwei Mitgliedern der Familie Lainez aus dem Weiler La Estancia, El Quiché. Sie wurden am 27. April von den Sicherheitskräften der Regierung ermordet, mitten in der Hauptstadt, nachdem sie vor der großen Repression des Militärs in ihrem Dorf geflohen waren. Sogar wenn wir das Land verlassen, verfolgen uns Banden der Militärs, die als Zivilisten mexikanischen Boden betreten, um Flüchtlinge zu ermorden oder die Mexikaner, die uns helfen. So gibt es für uns keinerlei Möglichkeit mehr unsere Familien zu erhalten.

Wenn wir in den Dörfern bleiben, die vom Militär besetzt sind, müssen wir in diesem Jahr noch mehr Hunger leiden und noch mehr Strapazen durchstehen. Das Militär läßt uns nicht säen. Alle, die sie auf dem Weg zum Feld oder bei der Arbeit antreffen, beschuldigen sie, Guerilleros zusein und töten sie. Daher kommt es, daß wir jetzt, wo wir an vielen Orten unseren Mais aussäen müßten, noch nicht einmal den Boden säubern konnten. An anderen Orten säen wir nachts oder versteckt. So wird die Ernte dieses Jahr sehr arm sein und unsere Familien müssen noch mehr hungern. Auf diese Weise will das Militär mit uns Schluß machen, daß wir nach und nach durch den Hunger getötet werden.

Nicht die Repression, nicht die Lügen werden unseren Kampf aufhalten

Unsere Indianervölker widerstehen und kämpfen hunderte von Jahren gegen die Militärs, die versucht haben uns zu beugen. Wir werden jetzt weiterkämpfen, damit die Mörder, die Militärs aus unseren Gemeinden verschwinden. Wir wollen weder ihre Bürgeraktion, noch ihre Kommandos, noch ihre Organisation von paramilitärischen Banden, nicht ihre billige Propaganda. Wir wollen nicht, daß das Militär und die kriminelle Junta weiterhin scheinheilig von Menschenrechten, der Familie und von Gott redet, während sie gleichzeitig die schlimmsten Massaker in der Geschichte Guatemalas begehen, unsere Familien zerstören und unsere Kinder foltern.

Wir werden weiter kämpfen, damit es in Guatemala eine Regierung gibt, die die Interessen der Armen und der Arbeiter verteidigt und nicht die großen reichen Familien noch reicher macht. Eine Regierung, die den Landarbeitern und allen Armen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht, mit Land, Krediten, Erziehungswesen, angemessenen Wohnungen und Gesundheitsfürsorge. Eine Regierung, die unsere ist, wo Indianer teilhaben und auch Mestizen, wo alle patriotischen und demokratischen Teile des Volkes Stimme haben werden. Eine Regierung, wo das Militär dazu dient unsere Souveränität zu verteidigen und nicht dazu da ist zu massakrieren und zu rauben. Eine Regierung, die unser Leben respektiert, unsere Kultur, unsere eigene Identität, unsere Religion, die heute von der Regierung mit Füßen getreten werden, einer Regierung, die uns unterdrückt, diskriminiert, unsere Gotteshäuser ansteckt, Priester und Katechisten ermordet und auch uns ermordet, weil wir Teil des armen Volkes sind, Indianer, entschieden zu kämpfen.

Angesichts der bestialischen Repression des Militärs der kriminellen Junta bitten wir um eine breite nationale und internationale Solidarität mit den guatemalteki-schen Landarbeitern, speziell mit den indianischen Völkern. Wir bitten darum, daß sich in ganz Guatemala und in der ganzen Welt, Stimmen erheben, die fordern, daß die Mörder der Militärjunta aus unseren Gemeinden verschwinden; Daß überall diese kriminellen Taten der Militärjunta bekannt werden, damit niemand mehr durch ihre Demagogie betrogen wird, mit der sie versuchen das Ansehen der Regierung, vor allem im Ausland zu verbessern.

Wir rufen das nordamerikanische Volk und alle Völker der Welt auf, mit aller Kraft zu verhindern, daß noch mehr Militärhilfe für die Junta gewährt wird. Besonders rufen wir den Kongreß der Vereinigten Staaten auf, keine Hubschrauber, Flugzeuge, Waffen und Geld mehr an diese Junta zu geben. Diese werden allein dazu benutzt, uns weiterhin zu massakrieren. Sie bringen unserem Volk in keiner Weise etwas Gutes, sondern bergen nur die Gefahr der Ausweitung des größten und schrecklichsten Krieges in Zentralamerika.

Was wir vor allem möchten ist, daß unser Volk und die Völker der ganzen Welt uns ihre Hilfe geben, für unseren gerechten Kampf. Es soll für immer Schluß sein mit der Repression, der Ausbeutung und Diskriminierung unter der wir leiden, damit wir die Regierung haben können, die wir wollen, um ein neues Guatemala aufzubauen, in Frieden und mit einer Hoffnung für unsere Kinder

MILITÄRS, MÜRDER, RAUS AUS UNSEREN GEMEINDEN !
SCHLUSS MIT DEM MORD AN UNSEREM VOLK !
MACHEN WIR DIE MASSAKER DER DERZEITIGEN MILITÄRJUNTA BEKANNT!

Comité de unidad campesina (CUC)

(Komitee der vereinigten Landarbeiter)

Mitglied des Frente Popular 31 de Enero (FP 31)

(Volksfront 31. Januar)



CHILE

Wie senkt man den Reallohn?

Zu Beginn des Jahres noch hatte Staatspräsident Pinochet jede Änderung des Dollar-Wechselkurses "selbstmörderisch" genannt. Jetzt wurde der chilenische Peso um 18 Prozent abgewertet. Diese Maßnahme des neuen Kabinetts, seit Monaten von der gesamten Opposition und den meisten Sektoren der Wirtschaft gefordert, bedeutet jedoch keinerlei Abkehr von der bisherigen monetaristischen Wirtschaftspolitik. Es handelt sich vielmehr nur um die einfachste Methode, die Reallöhne ohne großes Aufsehen herabzusetzen.

Seit Juni 1979 lag der Wechselkurs für einen US-Dollar fest bei 39 chilenischen Pesos. Dabei ist zu bedenken, daß die Inflationsrate in Chile in den Jahren 1979 und 1980 noch bei über 30 Prozent jährlich lag, erst 1981 weiter fiel und dann im ersten Halbjahr 1982 einer vollen Preisstabilität Platz machte.

Vergleicht man diese Entwicklung mit der Inflationsrate in den USA, die in diesen Jahren um die 10 Prozent jährlich schwankte, so ergibt sich daraus, daß die starre und unflexible Wechselkurspolitik der chilenischen Regierung den ausländischen Konkurrenten der einheimischen Wirtschaft in den letzten drei Jahren einen großen und wachsenden Wettbewerbsvorteil eingeräumt hat. Um gegen ausländische Waren in gleicher Weise wie vor drei Jahren konkurrieren zu können, mußte man zuletzt um etwa dreißig Prozent billiger produzieren. Und dabei sind die inzwischen eingetretenen erheblichen Abwertungen der Deutschen Mark, des Yen und anderer wichtiger Währungen gegenüber dem Dollar noch nicht einmal mitberücksichtigt.

Das Ergebnis war einerseits, wie schon angedeutet, der totale Sieg der Chicago Boys über die Inflation. Seit Anfang 1982 sind die Preise im Durchschnitt nicht nur nicht mehr gestiegen, sondern sogar leicht gefallen. Das Land, das zwischen 1973 und 1976 den Inflations-Weltrekord mit Inflationsraten bis knapp tausend Prozent jährlich hielt, ist jetzt dabei, einen Weltrekord an Preisstabilität zu liefern. Aber um welchen Preis?

Die Wirtschaftsexperten der Militärregierung glaubten lange Zeit, für diese Geldwertstabilität jeden Preis zahlen zu müssen, und machten die Beibehaltung des Dollar-Wechselkurses geradezu zum wichtigsten Punkt ihres monetaristischen Credo. Das Ergebnis war, daß sich 1981 das Wachstum der chilenischen Wirtschaft zunächst erheblich verlangsamte und 1982 in fast allen Bereichen ein starker Rückgang der Produktion zu verzeichnen ist. Die inländischen Produzenten konnten sich gegen die immer billiger werdenden Einfuhren kaum zur Wehr setzen und erst recht nicht ihre Exporte steigern. Die ohnehin schon sehr häufigen Konkurse großer und kleiner Firmen nahmen noch mehr zu. Besonders aber stieg die Arbeitslosigkeit: In Santiago hat die offizielle Arbeitslosenquote mit über 19 Prozent schon wieder das Niveau der schlimmsten Krisenzeit nach dem Putsch von 1973 erreicht. Zusammen mit der versteckten Arbeits-

losigkeit und dem sogenannten Programm der Minimalbeschäftigung erreicht die wirkliche Arbeitslosenquote leicht über dreißig Prozent.

Die Erklärung dieser krisenhaften Situation, zu der noch das steigende Außenhandelsdefizit, die zunehmende Auslandsverschuldung und verschiedene Bankenzusammenbrüche zu zählen sind, fiel den tonangebenden smarten jungen Herren im Finanzministerium, in der Zentralbank und in der Zeitung der Großbourgeoisie, dem 'Mercurio', niemals schwer! Es handelte sich einfach um die Auswirkungen der gegenwärtigen weltweiten Rezession, die auch vor Chile nicht halt machte. Vor dieser Situation durfte man nach Meinung dieser Herren in keinem Falle kopfscheu werden. Die Krise würde reinigend und be-reinigend wirken und über eine Anpassung des gesamten Preisgefüges an die neue Situation zur Vollbeschäftigung aller Produktionsfaktoren und zu einem neuen Aufschwung führen.

Mit wenigen Ausnahmen waren fast alle Sektoren der Industrie, des Handels, der Landwirtschaft, der Gewerkschaften und die Parteien der illegalisierten Opposition entschieden anderer Meinung. Die Abwertung des Peso und die Einführung eines gewissen Schutzzolles wurden in den letzten Monaten immer lauter und dringender als unausweichliche Sofortmaßnahmen zur Rettung der Wirtschaft gefordert. Und als dann im April 1982 das Kabinett umgebildet wurde und an die Spitze der Ministerien für Wirtschaft und Planung mit den Generalen Danus und Frez zwei Leute traten, die sich bisher nicht eindeutig mit der Linie der Chicago Boys identifiziert hatten, da glaubten viele an einen Kurswechsel, der über einen neuen Wechselkurs sogar noch hinausgehen würde. Sie hatten sich geirrt. Denn erstens blieben im Finanzministerium und in der Zentralbank überzeugte Monetaristen, und zweitens erklärte der General Danus sehr bald laut und deutlich, daß die Wirtschaftspolitik auch unter ihm die gleiche bleibe.

Tatsächlich bedeutet die jetzt, Mitte Juni vorgenommene Abwertung des Peso um 18 Prozent keine wirkliche Abkehr von der bisherigen wirtschaftspolitischen Linie, sondern nur eine erzwungene Abwendung von einer dogmatischen Formulierung und Zuspitzung dieser Linie. Inzwischen haben nämlich die Chicago Boys entdeckt, daß sie selbst eine bestimmte Sorte Preise dem freien Spiel der Kräfte auf dem Markt entzogen hatten, nämlich die Löhne. In ihrem sogenannten 'Plan Laboral' hatten sie nämlich einen regelmäßig stattfindenden automatischen Inflationsausgleich für die Löhne vorgesehen. Damit waren Tarifverhandlungen über Lohnsenkungen praktisch ausgeschlossen. Mit dem angestrebten Rückgang der Inflation verschwand nun auch die Möglichkeit, die Reallöhne wenigstens kurzfristig über steigende Preise zu senken. Bei starrem Wechselkurs stiegen dann sogar noch die Löhne im internationalen Vergleich. Kurz gesagt, die einzige Möglichkeit, die Reallöhne noch zu senken, lag jetzt in der Abwertung des Peso bei gleichzeitiger Aufgabe des automatischen Inflationsausgleichs. Und das hat man jetzt getan. Um jede Spekulation zu vermeiden, war es dazu nötig, bis zum letzten Moment jeden Gedanken an eine mögliche Abwertung entrüstet von sich zu weisen. In Zukunft soll nun jeden Tag eine Mini-Abwertung stattfinden, bei deren Höhe auch die Wertveränderungen der Mark, des Yen, des britischen Pfundes und des Franc berücksichtigt werden sollen.

Die Opposition der Christdemokraten und der Linken, die diese Maßnahmen in den letzten Monaten immer heftiger gefordert hat, täte falsch daran, diesen Schritt als die erste Etappe auf dem Weg zur Überwindung des ultra-liberalen Modells zu feiern. Die Monetaristen an der Macht haben nur einen Konstruktionsfehler korrigiert, um den Klassenkampf von oben besser führen zu können.

VENEZUELA

Sparetat und demonstationen an der Andenuniversität —

Ein Brief

Die Finanzkrise der venezolanischen Universitäten hat im April/Mai dieses Jahres unvorstellbare Ausmaße angenommen. Der unten abgedruckte Brief berichtet von den Problemen und Protestdemonstrationen an der Andenuniversität von Mérida. Uns scheint dieser Bericht besonders interessant zu sein, weil er auf die Ursachen des Konflikts, auf die Kampfformen und die Reaktionen in der Öffentlichkeit eingeht. Außerdem kann man sagen, daß die Probleme der Andenuniversität typisch für viele lateinamerikanische Universitäten sind: Die massiven Einsparungen des Staats führen allerorten dazu, daß sich die soziale Lage der Studenten verschlechtert, daß die Studienbedingungen immer miserabler werden und daß die Hochschulbildung, die in den letzten Jahrzehnten auf neue soziale Schichten ausgedehnt worden ist, wieder ein Privileg der kleinen Oberschicht werden wird. Da die Sparmaßnahmen oft nur zwangsweise durchgesetzt werden können, bleibt ein wichtiger Teil der politisch so wichtigen Universitätsautonomie auf der Strecke.

Mérida/Venezuela, Ende Mai 1982

Lieber.....

"...Anscheinend ist ja nun auch Kunde von unseren Studentenunruhen bis nach Deutschland gedrungen: Mérida hat international Presse, wie es scheint. Nun, das Jahr hat bisher einen recht unregelmäßigen Verlauf genommen: Ende des vergangenen Jahres wies die Regierung der ULA (Andenuniversität Mérida) einen Haushalt von 530 Mio.Bs. (1 Bolívar=0,56 DM) zu; dieser Haushalt enthielt starke Kürzungen, obwohl die Regierung ihre Ausgaben auf anderen Gebieten erheblich steigerte. Die notwendigen Sparmaßnahmen wollte niemand verantworten, und so versuchte die Universität, diesen Haushalt einfach abzulehnen. Die Antwort der Regierung: Wenn ihr keinen ausgeglichenen Haushaltsplan in der zugewiesenen Höhe vorlegt, gibt's keinen Pfennig. Auch andere Unis waren betroffen, aber nicht so stark! Als erste kapitu-

lierte die UCV (Zentraluniversität Caracas); dann unter Protest die LUZ (Universität von Zulia, Maracaibo); und schließlich, als allerletzte, gegen Ostern, die ULA Mérida, deren Haushaltslücke die größte war.

Der Grund für diese große Haushaltslücke liegt vor allem darin, daß die ULA immer die Uni war, die ihr Personal am miesesten bezahlte und keine "prestaciones sociales" oder Sozialversorgung (Krankenkasse, Altersvorsorge etc.) hatte; die in den letzten Jahren angestrebte Angleichung mit Caracas hatte den Haushalt der ULA ungeheuer anschwellen lassen. Zudem haben wir hier jetzt ca. 30.000 Studenten). Vor vierzehn Tagen (=Anfang Mai) wurden dann endlich wieder die Gehälter und Löhne bezahlt, nachdem alle Uni-Mitglieder seit Dezember kein Geld gesehen hatten. Tja, dann fingen die Vorlesungen endlich an (bis Mitte April hatte man stillschweigend gestreikt); und nun kamen die zu erwartenden Proteste gegen die Form, in der die Sparmaßnahmen vorgenommen worden waren. Es wurden nämlich vor allem für die Studenten eine Vielzahl von neuen Gebühren eingeführt: Immatrikulation, Sozialbeitrag, Notenbescheinigungen, Studienbescheinigungen, Sonderexamen, Titel — alles muß jetzt bezahlt werden oder ist erheblich teurer geworden. Die Stipendien wurden an Leistungsprinzipien gekoppelt (75% Erfolg, guter Notendurchschnitt) und die Zahl der Stipendien reduziert. Das Mensaessen wurde von 2 Bs. (1,16 DM) auf 6 Bs. (3,48 DM) pro Mahlzeit erhöht. Den Professoren wurden die Stipendien gekürzt, das Forschungs-Freijahr eingefroren, Ferien- und Weihnachtsgeld um die Hälfte gekürzt, Beförderungen um 1 Jahr verschoben etc.etc.

Die Studenten forderten, wie zu erwarten war, die Wiederabschaffung der Gebührenordnung und die Freigabe der Stipendien. Als sie vor vierzehn Tagen eine Demonstration organisierten, um ihre Forderungen dem Universitätsrat zu überbringen, verlegte dieses Gremium seine Sitzung kurzerhand in ein Hotel auf dem Land, in weiser Voraussicht, daß da wohl einiges passieren würde. Nun, am letzten Donnerstag wurde wieder zu einer Demo gegen die Gebührenordnung aufgerufen, und man roch schon vorher, daß da etwas passieren würde. Es ging recht übel zu: Die Demonstration bzw. diejenigen, die dazu entschlossen waren, stürmte das Rektorat, verwüstete einige Büros



und Sitzungsräume; andere Gruppen - da gehen die Ansichten darüber auseinander, ob das Studenten waren oder aber organisierte Gruppen aus den Barrios, die gleich nebenan sind - plünderten mehrere Geschäftshäuser im Zentrum (Fotoapparate, Bekleidung) und zerschlugen Fensterscheiben; andere stürmten die Parteihäuser von AD (=Acción Democrática, reformistisch orientierte Oppositionspartei) und COPEY (=christdemokratische Regierungspartei) und zündeten die Archive an oder gleich das ganze Haus (im Fall von AD zerstörten sie eines der ältesten Kolonialhäuser, das Mérida noch besitzt). Nun, da sich das alles im Stadtzentrum rund um die Plaza Bolívar konzentrierte, verwandelten Polizei und Nationalgarde diesen Bereich in eine Wolke aus Tränengas und scharfen Schüssen; es soll zehn verletzte Studenten geben. Ach ja, die Karosse des Gouverneurs des Staats Mérida, Edecio LaRiva Araujo, eines der rechtesten Christdemokraten, wurde in einer Reparaturwerkstatt verbrannt; und außerdem steckte man mangels besserem -Müllautos an... (wozu das gut sein sollte?).

Resultat: die Uni wurde vorläufig und auf unbestimmte Zeit geschlossen; die Studentenvertretung spaltete sich, es drohen neue Auseinandersetzungen. Das Semester wird praktisch schon nicht mehr bis zu den Ferien durchführbar sein... Das schlimme ist, daß diese Aktionen dem alten Mechanismus der Studentenkämpfe hier folgen: Die Massen der Studenten demonstrieren, haben Recht und sind kombativ; aber die "avangardistischen" Aktionen vorher verschworener "Elite-"Gruppen trennen sich von der Basis und versuchen, die Aktionen für ihre Ziele zu okkupieren; ihre Methoden sind so gewalttätig, daß die Studenten sich dann wieder zurückziehen und hilflos zuschauen, wie die Avantgarde sich mit der Polizei herumschlägt. Also das Gegenteil von dem, was sich bei Euch in Europa als neue spontane Kampf-form entwickelt hat...

Ach ja, die Begründung, die man heute für die Minderung der Uni-Haushalte anführt, ist der Rückgang der Öleinnahmen. In der Tat hat das Sinken der Preise und der Produktionsrückgang die Einnahmen um ca. 20 Mrd. Bs. (auf jetzt 80 Mrd. Bs.) geschmälert. Aber einerseits wurde die Senkung der Haushalte schon viel früher beschlossen, als man mit dem Rückgang noch nicht rechnete, und andererseits ist es immer noch Resultat von Regierungsentscheidungen, wo sie einspart... Und warum sie z.B. nicht die Einkommensteuern auf hohe Gewinne im Lande erhöht, um das Defizit zu decken etc. etc. Interessant ist, daß das Argument der sinkenden Einnahmen von der Öffentlichkeit mit angstvoller Lähmung hingenommen wird - als wenn Gott nun eine der sieben Plagen Ägyptens schicke; und alle Maßnahmen der Regierung lassen sich damit rechtfertigen... So sehr sitzt die Angst vor dem Tag, an dem das Öl ausgehen wird, in den Knochen, daß sie die Leute manipulierbar macht; und gleichzeitig leben alle kräftig davon, ohne Alternativen zu bedenken, solange es noch dauert..."

ARGENTINIEN

Die Folgen des Krieges um die Malvinen

Der Krieg im Südatlantik um die Malvineninseln ist mit der Kapitulation der argentinischen Invasionstruppen zu Ende gegangen. Er hat - nach offiziellen Angaben - über 1 000 Menschen das Leben gekostet. Als unmittelbare Folge der militärischen Niederlage trat der Oberkommandierende des Heeres und Staatspräsident General Galtieri von beiden Ämtern zurück. Nach einem tagelangen heftigen Gerangel zwischen den drei Waffengattungen um die Nachfolge Galtieris im Präsidentenamt, hat sich das Heer unter dem neuen Oberbefehlshaber General Cristino Nicolaides mit der Ernennung von General a.D. Bignone durchgesetzt. Marine und Luftwaffe hatten die Ernennung eines zivilen Präsidenten favorisiert. Daraufhin erklärte Luftwaffenchef Lami Dozo den Rückzug seiner Waffengattung aus der Junta der Oberkommandierenden, was die de-facto-Auflösung des obersten Entscheidungsgremiums des Militärregimes bedeutet. Damit ist eine weitere Destabilisierung und eine Verschärfung der internen Widersprüche in den Streitkräften zu erwarten. Ob das Regime die Zeit bis zu den für 1984 angekündigten Wahlen überstehen wird, ist mehr als fraglich. Wegen der fehlenden genauen Informationen müssen wir eine ausführliche Berichterstattung über die Folgen dieser Entscheidungen auf die nächste LN (nach der Sommerpause) verschieben.

Der folgende Artikel entstand aus einer Diskussion in der Redaktion der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN, in der wir über die möglichen Folgen des Krieges für Argentinien und Lateinamerika nachdachten. An ihn schließt sich ein Leserbrief an, der sich kritisch mit unserer Position im Malvinenkonflikt auseinandersetzt. Wir würden uns freuen, wenn die beiden kontroversen Beiträge in einer weiteren Diskussion mit unseren Lesern aufgenommen würden.

Umorientierung der Außenpolitik Argentiniens?

Die eindeutige Stellungnahme der USA im Konflikt um die Malvinen für den NATO-Partner Großbritannien, führte in Argentinien zu verärgerten politisch-diplomatischen Reaktionen, die einen Bruch in den Beziehungen beider Staaten darzustellen scheinen.

Es wäre sicher eine grobe Überschätzung der politischen Auseinandersetzungen, wenn man unterstellen würde, daß damit jede Gemeinsamkeit

zwischen dem argentinischen Militärregime und den USA aufgekündigt wäre. Die Diktatoren in Argentinien haben natürlich auch weiterhin ein vitales Interesse an der Unterdrückung der Befreiungs- und Volksbewegungen in ganz Lateinamerika. Und an diesem Punkt werden sich die Interessen der beiden Mächte auch in Zukunft treffen.

Diese gemeinsamen Interessen haben auch in der Vergangenheit politische Differenzen zwischen beiden Regierungen nicht ausgeschlossen. Besonders deutlich zeigte sich dies, als die Carter-Administration gegen die Sowjetunion das Getreideembargo wegen des sowjetischen Einmarschs in Afghanistan verhängte; trotz der ideologischen Feindschaft gegen die UdSSR ergriffen die argentinischen Generäle sofort die Möglichkeit, durch argentinische Getreidelieferungen den Großgrundbesitzern ein ausgezeichnetes Geschäft zu verschaffen. Auch die "Menschenrechtspolitik" Carters - die mit einem Waffenembargo gegen die argentinische Diktatur verbunden war - konnte den innenpolitischen Kurs des Regimes nicht wesentlich beeinflussen. Ein weiterer großer Konfliktpunkt war schließlich das Abkommen mit der KWU über den Bau von Atomkraftwerken, gegen das die USA in Argentinien und der BRD heftig protestiert hatten.

Eine der wichtigsten politischen Folgen der Haltung der USA im Malvinenkrieg ist der Abzug der argentinischen Falterspezialisten und Militär"berater" aus Mittelamerika. Dies ist ein erstes Symptom dafür, daß sich die argentinischen Regierungen in Zukunft bei der Definition ihrer Außenpolitik gegenüber Lateinamerika nicht mehr so stark an der US-Außenpolitik orientieren wollen. Die Annäherung an den Andenpakt - ein Beitritt zu dieser regionalen lateinamerikanischen Wirtschaftsgemeinschaft wird ernsthaft erwogen - und die Ankündigung, man wolle in Zukunft stärker mit der Bewegung der Blockfreien Staaten zusammenarbeiten, sind weitere Indizien für die Absicht einer Neuorientierung der Außenpolitik. Allerdings sollte man sich über die Reichweite einer derartigen Umorientierung keine Illusionen machen: die politischen und wirtschaftlichen Gemeinsamkeiten der Interessen der Herrschenden in Argentinien und den USA sind gewichtiger als die kurzfristige Interessenübereinstimmung mit Staaten wie Kuba und Nicaragua. Einer tiefgreifenden Neudefinition der Außenpolitik sind - von den politisch-ideologischen Beschränkungen abgesehen - auch wirtschaftliche Grenzen gesetzt.

Möglichkeiten einer Änderung der Außenwirtschaftspolitik

Nachdem die USA und die Europäische Gemeinschaft während des Malvinenkrieges ein Wirtschafts- und Waffenembargo gegen Argentinien verhängt hatten, gab die Junta bekannt, sie wolle sich in Zukunft stärker auf den Handel mit lateinamerikanischen Ländern und den Staaten des realen "Sozialismus" stützen. Welche reale Chancen hat eine solche Politik?

Die Wirtschaft Argentiniens ist in hohem Maße von Importen aus den westlichen kapitalistischen Industrienationen abhängig. Über 60% der argentinischen Importe kommen aus den USA, der EG und Japan, 40% des Exports gehen in die genannten Länder. Außerdem stammt der größte Teil der 32 Mrd. Kredite, die derzeitige Auslandsschuld, von Bankkonsortien aus der EG und den USA. 26% der argentinischen Exporte werden in lateinamerikanische Länder geliefert, von denen Argentinien ca. 20% seiner Importe bezieht. Dieser Handel läßt sich langfristig ausweiten, doch ist es fraglich, ob lateinamerikanische Länder instande sein werden, die Investitionsgüter zu liefern, auf die die argentinische Industrie angewiesen ist.

Die Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion wurden in den letzten Jahren infolge des US-Getreideembargos stark ausgebaut. Argentinien wurde zum wichtigsten Getreidelieferanten der UdSSR. 1981 lieferte Argentinien Getreide im Wert von 3,4 Mrd. Dollar, importierte dagegen Waren im Wert von nur 18 Mio Dollar. Die UdSSR hat ein großes Interesse daran, ihr Handelsdefizit zu verringern, indem sie verstärkt Ausrüstungsgüter und Waffen an Argentinien liefert. Aber eine Umorientierung der Investitionsgüterimporte auf die Sowjetunion ist - wenn überhaupt - nur langfristig möglich, da die sowjetische Technologie nicht ohne weiteres mit der von westeuropäischen und US-amerikanischen Firmen in Argentinien installierten Technologie vereinbar ist.

Auch der Kauf von Waffen in der Sowjetunion erscheint nicht sehr wahrscheinlich, da dies Probleme des Nebeneinanders allzu verschiedener Waffensysteme in den argentinischen Streitkräften mit sich brächte. Zudem gelten die sowjetischen Waffen bei Militärspezialisten als den "westlichen" Waffensystemen unterlegen. Es ist auch sehr fraglich, ob sich die antikommunistischen Militärs auf eine Abhängigkeit von Waffenlieferungen aus der SU einlassen würden; schon heute gibt es in den Streitkräften Kritik an den Handelsbeziehungen mit dem "kommunistischen Feind". Wirtschaftliche Vorteile sind bisher zwar allemal überzeugender als ideologische Argumente, aber eine stärkere Hinwendung zur UdSSR hätte sicher eine Verschärfung der Auseinandersetzungen über diese Frage zur Folge. Um bei einem möglichen künftigen Konflikt nicht zu sehr von einem neuerlichen Waffenembargo getroffen zu werden - immerhin importiert Argentinien 33% seiner Waffen allein aus der BRD, die damit das wichtigste Lieferland für die Diktatur ist -, werden nun die Militärs darauf dringen, sich bei der Entwicklung und Produktion von Rüstungsgütern stärker auf die nationale Produktion in dem militärisch-industriellen Komplex der Fabricaciones Militares zu stützen.

Einer realen Umorientierung der Außenwirtschaftspolitik Argentiniens sind von daher zumindest mittelfristig enge Grenzen gesetzt. Eine weitere Möglichkeit - der Versuch, einerseits die Handelsbeziehung zu diversifizieren und andererseits die Produktion der nationalen Industrie zu stärken - setzt eine vollkommene Änderung des wirtschaftlichen Konzepts und damit auch der Regierung voraus. Aber selbst wenn es nach der militärischen Niederlage zu einer baldigen Bildung einer zivilen bürgerlichen Regierung kommt, könnte auch sie ausgehend von der katastrophalen Wirtschaftssituation des Landes mittelfristig nicht auf Importe und weitere Kredite aus den kapitalistischen Industrieländern verzichten.

Daraus soll nun nicht mechanisch der Schluß gezogen werden, daß die Außenpolitik der künftigen argentinischen Regierung bruchlos der wirtschaftlichen Abhängigkeit folgt und ohne Umschweife wieder US- und EG-freundlich wird. Eine Militärregierung wird gegenüber den USA mißtrauisch bleiben, und auch eine zivile Regierung kann die Haltung der USA im Malvinenkonflikt nicht gutheißen. Die sonstige Unterstützung der USA für die Militärdiktatur ist ein weiterer Faktor, der die politisch-diplomatischen Beziehungen zwischen der US-Regierung und einer zivilen argentinischen Regierung erschweren wird. Das wahrscheinlichste Ergebnis ist, daß sich die argentinische Regierung in Zukunft stärker an der außenpolitischen Rhetorik der Bewegung der Blockfreien Staaten orientieren wird, die sich zwar ständige diplomatische Auseinandersetzungen mit den USA und der EG erlaubt, ohne deshalb auf wirtschaftliche und militärische Beziehungen zu diesen Ländern zu verzichten.

Lateinamerika und die USA nach dem Krieg

Die Haltung der USA im Malvinenkrieg provozierte - wie man vor allem an den verschiedenen Sitzungen der Organisation Amerikanischer Staaten sehen konnte - den Unwillen der meisten lateinamerikanischen Regierungen, die darin eine Verletzung des Geistes des Interamerikanischen Beistandspaktes TIAR (vgl. LN 103) sehen. Nach Beendigung der Kämpfe stellt sich die Frage, ob diese politischen Differenzen die Politik der USA in Lateinamerika dauerhaft erschweren werden, oder ob die wirtschaftlichen und politischen gemeinsamen Interessen schnell wieder zu einer Einigung führen.

Genausowenig wie bei Argentinien kann man auch bei den anderen lateinamerikanischen Ländern nicht davon sprechen, daß die Differenzen mit den USA eine völlig neue Gegebenheit wären. Diese Beziehungen waren nie frei von Komplikationen, was sich an den unterschiedlichen Reaktionen auf Carters "Menschenrechtspolitik und Reagans Unterstützung der Militärdiktatoren zeigt. Da aber die meisten lateinamerikanischen Länder auch weiterhin auf wirtschaftliche und militärische Unterstützung von Seiten der USA angewiesen sind, dürfte sich der Konflikt wohl nur in Form von politisch-diplomatischen Schwierigkeiten ausdrücken, die aber kaum zu einer radikalen Neubestimmung der Außenpolitik der lateinamerikanischen Regierungen führen werden.

Auch die plötzliche Annäherung zwischen Kuba, Nicaragua und Argentinien nach dem Hilfsangebot von Kuba und Nicaragua im Malvinenkrieg wird nur von kurzer Dauer sein. Der Grund für die Hilfsangebote an die argentinischen Militärdiktatoren ist in der Vorstellung zu suchen, daß jede Schwächung der Position der USA - vor allem auch in Mittelamerika - den beiden Ländern nützen muß. Diese Haltung mag machtpolitisch zunächst einleuchten, doch wirft sie für uns die gleichen Probleme auf wie etwa die Haltung der VR China, die mit ihrer Theorie des Hauptfeinds ihre Unterstützung der chilenischen Diktatur zu rechtfertigen sucht. Es wird sich zeigen müssen, ob Kuba und Nicaragua auch nach Beendigung der Kämpfe um die Malvinen aus den genannten machtpolitischen Erwägungen heraus die argentinische Militärdiktatur unterstützen und damit der argentinischen Opposition ihre Solidarität entziehen, oder ob die beiden Staaten nun zu einer neuen Haltung kommen, in der die - moralisch-politische - Unterstützung des Kampfes gegen die Diktatur Vorrang erhält.

Der »Anti-Imperialismus« der Militärs — ein Denkfehler

Infolge der Berichterstattung in allen uns zugänglichen Medien geraten wir in die Gefahr, uns bei der Diskussion über den Krieg im Südatlantik auf die Logik der Auseinandersetzung zwischen den Kriegerstaaten einzulassen. Dies wurde in vielen Diskussionen deutlich, die wir hier in Berlin geführt haben. Da tauchte dann die Frage auf, ob wir - als Solidaritätsbewegung - nicht in dieser Situation die Militärdiktatur unterstützen müssen, deren Sturz wir seit 1976 fordern. Dahinter steht folgende Argumentation: Die Malvinen sind ein koloniales Relikt, beherrscht von der imperialistischen Großmacht Großbritannien. Der Krieg um die Malvinen ist deshalb ein anti-imperialistischer Kampf, egal von wem er geführt wird. Und ein anti-imperialistischer Kampf ist auf jeden Fall begrüßens- und unterstützenswert, weitere Forderungen nach Demokratie und Sozialismus müssen deshalb im Interesse der Nation zurückgestellt werden (vgl. dazu auch den folgenden Leserbrief).



Diese Argumentation enthält u.E. einen Denkfehler, denselben, den schon die SPD 1914 gemacht hat. Es ist nützlich, sich an Rosa Luxemburg zu erinnern, die 1914 schrieb: "Wir dürfen uns weder von dem Geschrei des Kaisers noch von dem Gekreisch der britischen Admiraltät einschüchtern lassen; stattdessen sind wir verpflichtet zu analysieren, welche Interessen der Bourgeoisie und des Imperialismus auf dem Spiel stehen."

Wir müssen uns fragen, was unter den gesellschaftlichen Bedingungen in Argentinien der Begriff "anti-imperialistischer Kampf" bedeuten kann. Kann die Militärdiktatur überhaupt einen anti-imperialistischen Kampf führen? Seit ihrer Machtübernahme vertritt das Militärregime die Interessen der Auslandskapitale und der Agraroligarchie gegen das argentinische Volk, gegen die Interessen der nationalen Industrie. Das Regime wird - wenn es an der Macht bleibt - diese Interessen auch weiterhin vertreten. Daran hätte auch die Rückeroberung der Malvinen nichts geändert. Der "Anti-Imperialismus" des Militärs beschränkt sich ausschließlich auf einen TERRITORIALEN NATIONALISMUS. Dieser Nationalismus endet da, wo die Wirtschaftsinteressen der herrschenden Klassen in Argentinien und die des Auslandskapitals anfangen. Der "Anti-Imperialismus" der Militärs ist nichts weiter als eine geschickte Demagogie, mit der an die Tradition des populistischen - peronistischen - Anti-Imperialismus angeknüpft wird, ohne dabei dessen weitere Forderungen nach nationaler wirtschaftlicher Souveränität und sozialer Wohlfahrt (nicht nach einer sozialistischen Veränderung!) aufzunehmen. Der territoriale Nationalismus ist der kleinste gemeinsame Nenner, den alle politischen Gruppen in Argentinien mit dem Militär gemeinsam haben. In dem Augenblick aber, wo die oppositionellen Gruppen auch die anderen Forderungen erheben, wird der angebliche "Anti-Imperialismus" wieder in die Repression umschlagen, falls er der Opposition nicht gelingt, im politischen Kampf die Macht zu gewinnen.

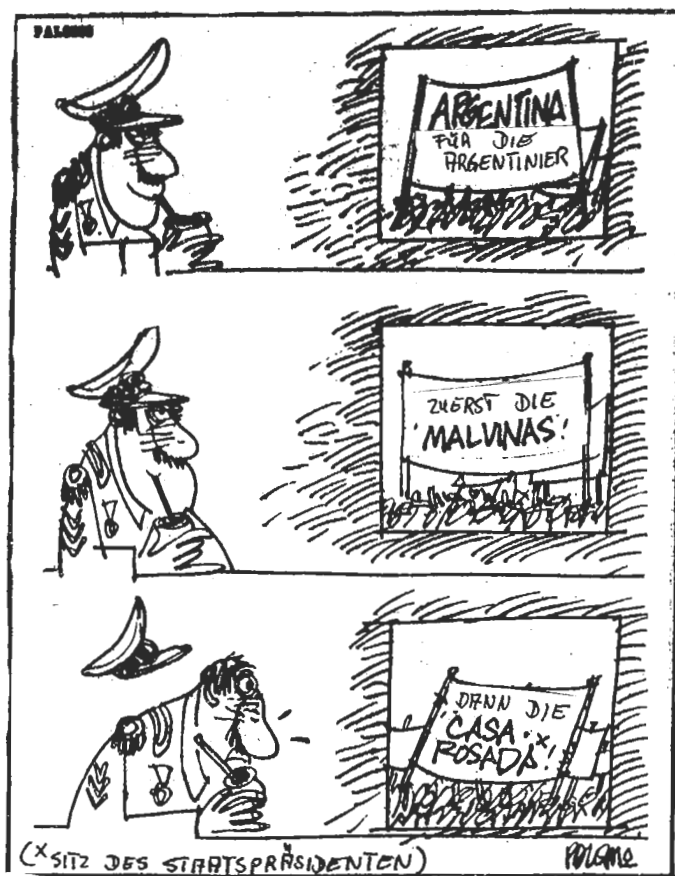
Aus diesem Grund ist es ein gefährlicher Trugschluß zu meinen, man könne Erfolge erzielen, indem man zuerst gemeinsam den "anti-imperialistischen Kampf" führt und dann die weiteren Forderungen des Volkes auf die Tagesordnung setzt. Diese Phasenstrategie führt nur zur Stärkung der Herrschenden, wenn es ihnen gelingt, die territoria-

len Ansprüche durchzusetzen. Das wurde nun lediglich deshalb verhindert, weil die argentinischen Streitkräfte eine militärische Niederlage erlitten haben.

Für die Solidaritätsbewegung heißt dies: in einem kriegerischen Konflikt zwischen zwei kapitalistischen Staaten kann es nicht darum gehen, sich auf die Seite eines STAATES zu schlagen. Wir müssen die hinter diesem Konflikt stehenden Klasseninteressen analysieren und diejenigen Gruppen unterstützen, die den Kampf um Demokratie und soziale Gerechtigkeit führen - nicht aber eine der sich bekriegenden herrschenden Klassen.

In Argentinien scheint die einzige Gruppe, die sich nicht auf das "Spiel" der Krieger einläßt, die Gruppe der Mütter der Plaza de Mayo zu sein, die konsequent ihre Forderungen nach der Aufklärung des

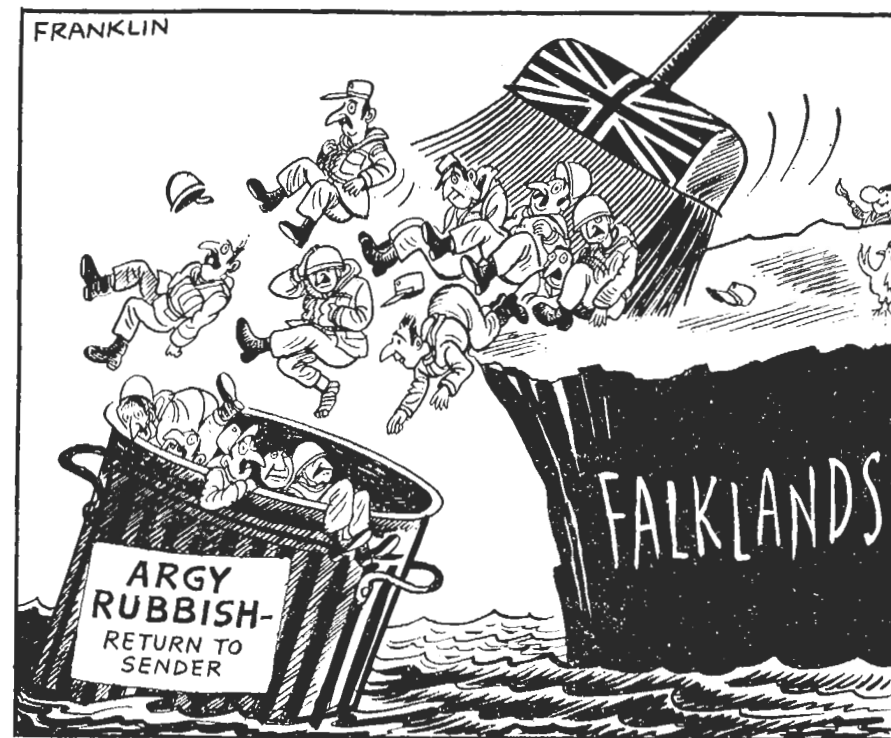
Wie sich ein mexikanischer Karikaturist die Folgen des Malvinen-Krieges vorstellte



Schicksals der Verschwundenen und der Freilassung der politischen Gefangenen auch in Kriegszeiten gestellt haben. Die zivilen bürgerlichen Politiker dagegen wittern die Morgenluft der Beteiligung an der Regierung - und scheinen zum größten Teil bereit zu sein, darüber die Verbrechen der Militärs gegen das eigene Volk zu vergessen.

Der erste Nord-Süd-Krieg und die NATO

Die Friedensbewegung in der BRD hat sich zu dem Krieg im Südatlantik ausgesprochen. War er zu weit weg, um sich betroffen zu fühlen? Dabei ist im Zuge des Krieges am 7. Mai von der NATO beschlossen worden, daß in Zukunft NATO-Truppen die ganze Welt als ihr Operationsfeld betrachten werden, wenn vitale Interessen der Bündnispartner gefährdet sind. Damit übernimmt die NATO nun als Gesamtorganisation die Doktrin der USA, die sich in der Gründung der "Schnellen Eingreiftruppe" manifestierte. Der Krieg um die Malvinen war der erste Nord-Süd-Krieg, in dem NATO-Truppen aus einem europäischen Land gegen die Streitkräfte eines Landes in der Dritten Welt kämpften. Werden eines Tages NATO-Truppen in Mittelamerika, in Afrika oder im Nahen Osten kämpfen, weil die vitalen Interessen des NATO-Partners USA dort gefährdet sind?



ARGY - MOLL (Argentinier) ZURÜCK AN ABSENDER.
Entnommen der britischen Tageszeitung SUN vom 16.6.

Leserbrief

Liebe Freunde,

Beim Lesen der letzten Nummer Eurer Zeitschrift habe ich beschlossen, Euch eine kritische Meinung zu schreiben. Ich glaube, daß Eure sehr gute Arbeit ihr Ziel verfehlen kann, wenn sie auf eine Orientierung festgelegt wird, die die lateinamerikanische Realität nicht richtig betrachtet.

Ihr habt Euch auf die Analyse der lateinamerikanischen Problematik spezialisiert. Aber die Position, die Ihr zum Konflikt um die Malvinen einnehmt, veranlaßt mich zu dem Gedanken, daß Ihr Euch auf bestimmte Aspekte der Realität beschränkt und über andere Faktoren hinweggeht, die manchmal fundamental sind.

Die Diktaturen sind eine wichtige Realität in Lateinamerika, aber weder die einzige noch die wichtigste. Das Zentrum der lateinamerikanischen Problematik resultiert aus der Abhängigkeit vom Imperialismus. Und der fundamentale Kampf unserer Völker geht um die Befreiung von der Unterdrückung und die Wiedergewinnung dessen, was ihnen jahrhundertlang durch den Raub und die Durchdringung von seiten der Hegemoniemächte des Westens geraubt worden ist.

Dieser Kampf hat einen tiefen nationalen Inhalt und berührt alle Bereiche: die Wirtschaft, die Politik, die Kultur und auch das Territorium. Wenn in Lateinamerika ein Kampf in dem genannten Rahmen entsteht und sich in einen offenen Konflikt zwischen einer Nation und dem gesamten Kontinent einerseits und dem alten Kolonialismus und modernen Imperialismus andererseits verwandelt, dann ist daran der Hauptaspekt die nationale und kontinentale Konfrontation mit diesen Mächten, während der Charakter der Regierung, die die Krise auslöst, und deren Hintergedanken lediglich Nebenaspekte sind.

Ihr konstatiert richtige Fakten über den reaktionären und blutig repressiven Charakter der Diktatur unter der Führung von Galtieri. Das Schlechte daran ist, daß Ihr über diese Wahrheit andere und vielleicht gewichtigere Wahrheiten vergesst. Warum ist es ein Irrtum, den Malvinenkonflikt nur als eine Konfrontation zwischen einer argentinischen Militärdiktatur und einer konservativen britischen Regierung darzustellen? Vor allem ist dies ein Konflikt zwischen einer ganzen Nation und dem Kolonialismus.

Die oligarchischen Interessen, die die Militärdiktatur repräsentiert, sind der Hauptgrund für die Verletzung der Menschenrechte in Argentinien. Aber die Verteidigung dieser Interessen führt nicht zu einer Konfrontation mit den hegemonialen Mächten des westlichen Kapitalismus, wie der, die aus dem Versuch der Militärs entstand, die Malvinen zurückzugewinnen. Die niedrigen politischen Hoffnungen, die die argentinischen Militärs zu dieser Aktion veranlaßten, wurden schnell durch die Entwicklung einer historischen Konfrontation übergegangen, die nichts mit derartigen kurzfristigen Projekten zu tun hat. Die argentinische Anklage der kolonialistischen und imperialistischen Unterdrückung - die auch die Frage der Malvinen beinhaltet - beginnt nicht mit dieser vergänglichen Diktatur und endet auch nicht mit ihr. Und die Geschichte wird zeigen, daß das argentinische Volk die Diktatur verurteilen wird - nicht deshalb, weil sie versucht hat, die Inseln

militärisch zurückzugewinnen, sondern weil sie diese Aktion nicht konsequent durchgeführt hat.

Es ist sehr verständlich, daß die fortschrittlichen Deutschen die Forderung nach der Souveränität über die Malvinen assoziieren mit ihrer eigenen historischen Erfahrung, die zeigt, wie bei verschiedenen historischen Anlässen der imperialistische Expansionsismus in Deutschland und anderen europäischen Ländern territoriale Forderungen für aggressive Absichten instrumentalisierte. Aber bei diesem Gedanken muß man unbedingt den großen Unterschied in Rechnung stellen, der zwischen dem Nationalismus der imperialistischen und dem Nationalismus der abhängigen Länder besteht. Während der erste expansionistisch und damit reaktionär ist, ist der zweite befreiend.

Die Gewalt, mit der sich der englische Kolonialismus die Malvinen angeeignet hat, hat einen anderen Charakter als die Gewalt, mit der Argentinien versucht, sie zurückzugewinnen. Und das gilt, obwohl letztgenannte Gewalt von einer Militärdiktatur angewendet wird. Die Geschichte des Kolonialismus im Allgemeinen und die Verachtung, mit der die Briten in den letzten 150 Jahren die von Argentinien vorgebrachten Forderungen bezüglich der Malvinen behandelt haben, zeigen, daß die Gewalt im Befreiungskampf der unterdrückten Völker eine Notwendigkeit ist. Als die argentinischen Streitkräfte ihren ganzen Apparat für die Repression gegen das Volk einsetzten, trugen sie dazu bei, das Land in der Abhängigkeit zu halten. Aber als sie ihn zur Eroberung der Malvinen einsetzten, stellten sie sich zum ersten Mal in vielen Jahren - und auch nur für sehr kurze Zeit - in den Dienst eines historischen Anliegens des argentinischen Volkes. Es war vorzusehen, daß die Militärs in dem Augenblick, wo sie keine schnelle Lösung des Konflikts erreichen konnten, aus der sie politisch hätten Kapital schlagen können, ohne die Konfrontation mit den hegemonialen Mächten des Westens zu vertiefen, versuchen würden, mit allen Mitteln aus der Klemme herauszukommen - selbst auf Kosten einer Kapitulation. Das ist ihre Schuld (...)

Für diejenigen, die zu dem Konflikt Stellung nehmen wollten, gab es wenige Alternativen. Wenn Ihr konsequent sein wollt bei Eurer Verurteilung der argentinischen "Aggression", müßt Ihr die englische Reaktion rechtfertigen, da kein Land angesichts einer Aggression passiv bleiben kann. Und genau das ist der Gesichtspunkt des englischen Imperialismus, der mit seiner ganzen militärischen Macht reagiert, um sein Eigentum - seine Eroberungen - zu verteidigen, wenn sie angegriffen werden.

Wir dagegen, die wir die Existenz eines echten Kolonialproblems in den Malvinen, daher eine Konfrontation mit dem Imperialismus akzeptieren, müssen den von der argentinischen Nation begonnenen Kampf um ihr Territorium gegen die Kolonialmacht unterstützen - so sehr wir die Diktatur, ihre Absichten und den gewählten Zeitpunkt auch in Frage stellen. Und zu dieser Infragestellung, die wir schon immer gemacht haben, kommt nun die Infragestellung der zweideutigen Haltung in diesem Kampf hinzu.

Natürlich ist es immer möglich, Zwischenpositionen einzunehmen, d.h. die eine oder andere Sache zurückzuweisen. Aber dies führt - unter den gegebenen Umständen - dazu, sich von der authentischen nationalen Konfrontation gegen den Imperialismus abzuwenden; das führt dazu, die lateinamerikanische Problematik nicht begreifen zu können.

Carlos, 15.6.1982

Dieser Krieg ist nicht mein Krieg

Der folgende Bericht einer anonymen Argentinierin beschreibt die Lebenserfahrung vieler junger Menschen, die einen großen Teil ihres Lebens unter wechselnden Militärdiktaturen verbracht haben, die vom Peronismus enttäuscht wurden und die heute nicht - wie es die Bilder der fähnenschwingenden Massen suggerierten - gedankenlos den Krieg um die Malvinen bejahen. Dieser Bericht ist ein wichtiges Zeugnis; deshalb haben wir ihn - entgegen unseren sonstigen Gewohnheiten - aus dem STERN vom 16.6.82 übernommen.

"Senor, Sie kommen aus Deutschland hierher und fragen mich, was ich von diesem Krieg halte. Mein Gott, was für eine Frage! Ich denke den ganzen Tag darüber nach, und die Antwort fällt mir schwer. Aber gut, ich werde es versuchen. Denn es ärgert mich, daß Europa uns immer nur als Schablone wahrnimmt - alle sind hier Evita, alle tanzen Tango, alle singen "Las Malvinas Argentinas". Glauben Sie, 28 Millionen Argentinier würden abends mit der Fahne ins Bett gehen und morgens mit der Nationalhymne aufstehen?

Ich zum Beispiel halte diesen Krieg für ein großes Unglück, und ich werde Ihnen sagen, warum. Ich bin 31 Jahre alt, und seit ich denken kann, regieren die "Milicos", die Militärs. Von meiner Geburt bis heute hat Argentinien 14 Präsidenten gehabt, fast alle waren Generäle.

Als ich in die Oberstufenklasse ging, wurde einer der wenigen gewählten Präsidenten gestürzt. Er hieß Illia, ein bürgerlicher Republikaner. Wir verteilten Flugblätter gegen den Militärputsch, und ich geriet in eine Straßenschlacht mit der Polizei.

Die folgenden Jahre waren düster. Ich studierte Philosophie, und wir alle empfanden die allgemeine Repression nicht nur als bedrückend, sondern auch als beleidigend. Man wachte morgens auf und las in der Zeitung, daß wieder einmal der Mann an der Spitze des Staates ausgewechselt worden war, wie der Kommandeur eines Infanteriebataillons, ohne daß irgendjemand gefragt worden wäre. Wir radikalisierten uns mehr und mehr. Ich erinnere mich, daß es erbitterte Diskussionen darüber gab, wer besser wäre: Mao oder Trotzki.

In dieser Zeit entstand die Stadt-Guerrilla. Es hatte immer schon politischen Terrorismus in Argentinien gegeben, aber jetzt fing ein systematischer Untergrundkampf an. Ich haßte Gewalt, auch die Gewalt gegen die Gewalt, und ich trennte mich damals von einigen Freunden, die in ihr Verderben rannten.

Dann kehrte Peron aus dem Exil zurück. Er war ein Mythos. Er war gestürzt worden, als ich vier Jahre alt war, und mein Vater hatte Tränen in den Augen, wenn er von ihm sprach. Die Militärs, die mit ihrem Latein am Ende waren, schrieben Wahlen aus. Es war das erste und bisher einzige Mal in meinem Leben, daß ich mein verfassungsmäßiges Bürgerrecht ausüben durfte. Natürlich wählte ich Peron. Er erhielt 62 % der Stimmen. Ich war so glücklich wie nie. Kurz darauf heiratete ich.

Sie fragen, was das alles mit den Malvinen zu tun hat. Sie werden es verstehen, wenn Sie mir noch fünf Minuten zuhören.

Peron wurde die größte Enttäuschung meines Lebens. Er starb ein dreiviertel Jahr nach seiner Wahl, aber die Enttäuschung begann schon, als er noch lebte. Er hatte "Freiheit, Gerechtigkeit und Souveränität" versprochen.

Doch er tat buchstäblich nichts. Das Land versank im Chaos. Linke Peronisten kämpften gegen rechte, beide gegen die peronistische Gewerkschaft CGT und die Killerkommandos der Polizei gegen alle drei. Alle beriefen sich auf den Willen des Volkes, aber ich begriff, daß ich meine Stimme verschenkt hatte.

Als Peron starb, ging ich nicht zu seinem Begräbnis. Ich beschloß an diesem Tag, mich nicht mehr mißbrauchen zu lassen, von niemandem mehr. Nach Perons Tod band sich seine Frau Isabelita die Präsidentenschärpe um. Sie war nichts weiter als das Werkzeug einer Machtclique unter der Führung ihres Liebhabers. Sie war geschmacklos genug, den Leichnam ihrer Vorgängerin Evita aus dem Exil zurückbringen zu lassen.



Ich habe mich damals in die lange Schlange gestellt, um die einbalsamierte Evita in ihrem Glassarg zu sehen. Sie hatte noch immer dieses schöne Gesicht, das ich von den Fotos kannte. Ich dachte: das hat sie nicht verdient, von dieser anderen beerdigt zu werden.

Die Zeit unter Isabelita war ein Alptraum. Im Landesinneren tobte ein regelrechter Guerrillakrieg, und in Buenos Aires gab es jeden Tag Attentate. Ich arbeitete damals in einem Büro, und meiner Kollegin wurde bei einem Bombenattentat nachmittags um drei Uhr ein Bein abgerissen. Sie war nur auf die Straße gegangen, um Kuchen für uns zu holen. Danach hörte ich auf zu arbeiten. Ich erwartete unser erstes Kind. Wenn es an der Wohnungstür klingelte, begann ich zu zittern. Überall verschwanden Leute, überall tauchten Leichen auf. Man wußte nicht, wer schlimmer war, die Montoneros oder die Polizeikommandos. Man konnte mit den besten Freunden nicht mehr normal reden. Ich hatte nur noch den Wunsch, daß alles ein Ende haben sollte. Ich ertappte mich dabei, daß ich die Milicos zurückwünschte.

1976 kamen die Milicos schließlich wieder aus den Kasernen und verhafteten Isabelita. Ganz Argentinien atmete auf. Wer das heute bestreitet, der lügt oder hat es verdrängt.

Wieso ich dann heute nicht begeistert mein Fähnchen schwenke, fragen Sie. Die ganze frustrierende Erfahrung wiederholte sich. Kein Versprechen wurde erfüllt, außer dem einen, den Terrorismus auszurotten. Aber um welchen Preis, wieviele Tote! Damals sind zehnmal so viele junge Menschen ums Leben gekommen wie in diesem Krieg. Ich habe die Augen zugemacht, und die Ohren zugehalten, so wie alle. Mit dem Land ist es nur noch bergab gegangen. Sie kennen ja die Zahlen - aber wissen Sie wirklich, was 150 Prozent Inflation bedeutet? Das bedeutet, daß Sie jeden Monat ärmer sind. Wir mußten unsere kleine Eigentumswohnung aufgeben, weil die Grundschild der Inflation angepaßt wurde, die Gehälter aber nicht. Mein Vater hat sein Leben lang gearbeitet, und jetzt beträgt seine Pension 170 000 Pesos im Monat - 12 Dollar nach heutigem Tageskurs.

Früher gab es trotz allem noch Lebenslust und Hoffnung. Aber diese letzten Jahre haben uns ins ins Mark getroffen. Argentinien ist ein trauriges Land geworden. Dann haben sie diesen Krieg gemacht. Jetzt wollten sie mich auf die billigste Weise mißbrauchen, durch eine kleine Bestechung mit den Malvinen.

Mein Gott, was gehen mich die Malvinen an! Gut, sie gehören uns, und die Thatcher ist verrückt, aber wir sind 149 Jahre ganz gut ohne die Malvinen ausgekommen. Und ehrlich gesagt, ich glaube nicht, daß irgend-ein Argentinier sie wirklich vermißt hat. Mein Vater sagte früher oft: Dieses Land braucht einen richtigen Krieg, um endlich zur Vernunft zu kommen. Viele Leute redeten das so dahin, ohne zu wissen was es bedeutet. Na gut, jetzt haben sie ihren Krieg. Aber es ist nicht mein Krieg - no, Senor, es ist nicht mein Krieg. Und ich kann ihnen sagen, es gibt viele, die so denken - Millionen.

Sie fragen, wie es weitergehen soll. Ich weiß es nicht, niemenad weiß es. Ich bin schon froh, wenn dieses Unglück endlich zu Ende ist. Adios, und bitte, schreiben Sie meinen Namen nicht.



NICARAGUA Mit der Sozialistischen Internationale für mehr Unternehmerfreiheit

Weitgehend unbeachtet von den hiesigen Zeitungen traf sich kürzlich Willy Brandt, ehemaliger Initiator des Komitees zur Verteidigung der nicaraguanischen Revolution in der Sozialistischen Internationale, mit Edén Pastora, dem früheren Vizeverteidigungsminister Nicaraguas, der vor zwei Monaten zum bewaffneten Kampf gegen Nicaragua aufgerufen hatte. Wie ist es zu dieser Entwicklung gekommen?

Edén Pastora: zur Person

Edén Pastora, bekannt als "Comandante Cero", hatte nie zu den führenden Theoretikern der FSLN gehört. Bekannt und als Volksheld berühmt wurde er 1978 durch die Stürmung des nicaraguanischen Nationalpalastes. In dieser spektakulären Aktion gelang es ihm, mit 30 Leuten 3000 Anwesende, darunter das gesamte Parlament und einige Familienangehörige Somozas, als Geiseln zu nehmen und freien Abzug mit sämtlichen noch lebenden politischen Gefangenen Nicaraguas und einer halben Million Dollar Lösegeld zu erreichen. Als er später an der "Südfront" (entlang der Grenze zu Costa Rica) kämpfte, soll er sich weiterhin mehr durch militärisches Draufgängertum und Vorliebe zur Selbstdarstellung als durch Fähigkeit zur harten politischen Kleinarbeit ausgezeichnet haben.

Politisch war er der "Tercerista"- oder Aufstandstendenz zuzuordnen, die das Ziel hatte, in einer breiten Allianz mit allen antisomozistischen Sektoren durch spektakuläre Aktionen einen schnellen Aufstand gegen das Somozaregime herbeizuführen, ohne ein klares politisches Konzept für die Zeit danach zu haben.



Dabei verschont er allerdings die Brüder Ortega, ehemalige Terceristas, von dieser Kritik; sie würden noch relativ bescheiden leben. Mit diesem Auftritt in der Öffentlichkeit wird das Profilierungsstreben Pastoras zu einem nicht zu unterschätzenden Problem. Welche Reaktionen das Abspringen des Volkshelden Pastoras bei der Bevölkerung Nicaraguas auslöste, ist schwer abzuschätzen. Zwar sah sich die FSLN veranlaßt, eine Kampagne gegen die übermäßige Heldenverehrung im Allgemeinen und im Besonderen zu starten. Aber aus dem Ausland konnte Pastoras Einfluß nicht sehr groß sein, und es fiel der FSLN leicht, ihn mit den im Ausland lebenden Ex-Somozisten in Verbindung zu bringen und als Instrument des CIA darzustellen.



Foto: Cordelia Dilg

Anspielung auf den Decknamen Pastoras: Comandante Cero (Null)
 "Für die Konterrevolution ... da fehlt noch etwas"
 "so ist es besser ..."

Nach dem Sieg vertrat Pastora Nicaragua auf mehreren Tagungen der SI, da er gute Kontakte zu sozialdemokratischen Parteien hatte. Innenpolitisch mag ein gewisses Mißtrauen der FSLN-Führung ihm gegenüber dazu geführt haben, daß er nur zum Vizeverteidigungsminister und Chef der Milizen wurde. Pastora beschwert sich heute darüber, daß sein Einflußbereich immer weiter eingeschränkt wurde, indem man die fertig ausgebildeten Milizen als Reservebataillone dem Heer unterstellte und damit seinem Einflußbereich entzog. So verließ Pastora dann im August 1981 Nicaragua, weil er sich überflüssig vorkam und außerdem schon immer hatte "sandinistischen Internationalismus" praktizieren wollen, um sich einer ausländischen Guerilla anzuschließen. Die FSLN äußerte Verständnis für seine "persönliche Entscheidung". Pastora arbeitete mit der guatemaltekischen Guerillaorganisation OPRA (Organisation des Volkes in Waffen) zusammen und reiste in verschiedene Länder, um für die finanzielle Unterstützung der Guerilla zu werben.

Im September 81 wurde in Managua ein Komplott von Angehörigen der ehemaligen Tercerista-Fraktion aufgedeckt. Der Ex-Vizehandelsminister Leonel Poveda und einige Staatsfunktionäre hatten Flugblätter verteilt und Wände bemalt mit der Parole: "Edén kehrt zurück". "Von irgendetwas Ort der Welt aus" distanzierte sich Pastora aber sehr schnell von dieser Aktion. Selber schrieb er aber eine Reihe von Briefen nach Managua, um die FSLN-Führung von ihren "politischen und moralischen Abweichungen" abzubringen. Mit verschiedenen FSLN-Abgesandten, unter anderem mit dem Innenminister Tomás Borge, führte er Gespräche, bei denen sie ihn überreden wollten, nach Nicaragua zurückzukehren. Aber Pastora wollte sich "dem Kurs der Revolution nicht mehr verpflichten". Nach Angaben seines damaligen Begleiters José Valdivia, der sich später von ihm distanzierte und nach Nicaragua zurückkehrte, soll Pastora im Dezember 81 von einigen lateinamerikanischen Politikern beeinflusst worden sein und auch Geld erhalten haben. Er habe sogar mit amerikanischen Regierungsvertretern Gespräche geführt. Die FSLN verdächtigte ihn jedenfalls inzwischen der Konterrevolution und legte ihm Steine in den Weg, indem sie ihn bei der guatemaltekischen Guerilla anschwärzte und nicht nach Nicaragua einreisen läßt, als er 5 Millionen Dollar, die Libyen für die guatemaltekische Guerilla gegeben hat, dort abholen will.

Ich werde die Sandinisten aus ihren Villen holen

"Ich bin mir dessen bewußt, daß sich mit dieser Erklärung die Geschichte in Lateinamerika entscheiden wird"! Mit diesen unbescheidenen Worten eröffnet Pastora am 15.4.1982 eine Pressekonferenz in San José, die in Costa Rica und Honduras live übertragen wird, und ruft zum bewaffneten Kampf gegen Nicaragua auf. Er wirft den Sandinisten vor, die Prinzipien des demokratischen Pluralismus mißachtet zu haben und sich zu stark an den Ostblock anzulehnen. Um wieder einen wirklichen Sandinismus in Nicaragua zu errichten, schlägt er ein 7-Punkte-Programm vor: 1. ein System der gemischten Wirtschaft, 2. einen tatsächlichen, ideologischen Pluralismus, 3. mittelfristig freie und demokratische Wahlen, 4. die Respektierung der Rechte des Individuums um jeden Preis, 5. völlige Religionsfreiheit, 6. Pressefreiheit, 7. ein Grundrechtsstatut.

Vor allem aber will er, das ist der Schwerpunkt, auf den er bei allen Interviews und öffentlichen Reden immer wieder gern ausführlich zurückkommt, "die Sandinisten aus ihren Villen holen", sie sollen auch nicht mehr im Mercedes Benz fahren, sondern leben wie das einfache Volk.

Eher als für die Bevölkerung stellte Pastora für die Unternehmerschaft eine Alternative dar. "Wie Aspirin" habe Pastoras Erklärung "auf ihr Kopfzerbrechen gewirkt", äußerte sich ein Unternehmer, da sie endlich eine Möglichkeit gesehen hätten, aus der politischen Isolierung heraus zukommen.

Und so führte Pastora auch Gespräche mit dem inzwischen in Costa Rica lebenden Führer der Unternehmerpartei MDN, Alfonso Robelo. Dieser hoffte, daß ihm die sozialdemokratischen Länder bei der Durchsetzung von mehr Unternehmerrechten in der gemischten Wirtschaft behilflich sein könnten, da die USA durch ihren Wirtschaftsboykott sich auch die Einflußmöglichkeiten in Nicaragua genommen hätten. Pastora schien ihm der geeignete Mann, um auf die SI in dieser Hinsicht Einfluß zu nehmen, weil er nie Somoquist war und bei der SI Vertrauen genießt.

Die sozialdemokratischen Parteien verhielten sich allerdings zunächst abwartend Pastora gegenüber, der inzwischen in Costa Rica und angeblich auch in Honduras mit den konterrevolutionären Ausbildungslagern zusammenarbeitete. Als es mit Nicaragua wegen dieser Lager zu diplomatischen Konflikten kam, ließ Costa Ricas Staatschef, der Sozialdemokrat Monge, Pastora sogar des Landes verweisen.

Dann wurde Pastora aber doch von der eng mit der portugiesischen Sozialistischen Partei verbundenen Stiftung für Auslandsbeziehungen nach Lissabon eingeladen. Wahrscheinlich, um sich ins Gespräch zu bringen (da er die Meldung später dementiert), verkündet er die Bildung einer Exilregierung, in der er selbst für eine Übergangszeit von 6 Monaten die Ämter des Staatsoberhauptes, des Regierungschefs und des Chefs der Streitkräfte bekleiden will.

Von Portugal aus kann er dann eine Rundreise durch Europa antreten; nach Mario Soares, dem Führer der portugiesischen Sozialistischen Partei empfängt ihn auch Felipe Gonzalez, der spanische Sozialistenführer und schließlich auch Willy Brandt in Bonn.

Die Probleme der SI-Parteien mit Nicaragua

Die Anzeichen einer zunehmenden Abwendung verschiedener, der SI angehöriger Parteien von Nicaragua waren schon seit einiger Zeit zu beobachten gewesen. Im August 81 auf einem Treffen des SI-Komitees zur Verteidigung der nicaraguanischen Revolution waren noch alle anwesenden Vertreter voll des Lobes für die sandinistische Revolution gewesen.

Im Februar 82 kam es zuerst zwischen Venezuela und Nicaragua zum diplomatischen Konflikt, als venezolanische Diplomaten an Sabotageplänen gegen die Erdölraffinerie und Zementfabrik Nicaraguas beteiligt waren, und Innenminister Tomás Borge daraufhin durch undiplomatisches Vorgehen die Venezolaner verärgerte.

Bei der Planung der SI-Konferenz, die im Februar in Venezuela stattfinden sollte, versuchten dann Costa Rica und Venezuela, die Teilnahme Nicaraguas zu verhindern, woraufhin Willy Brandt als Vorsitzender der SI die Konferenz absagte.

In Europa wurde der Unmut über Nicaragua zunächst noch nicht in der Öffentlichkeit geäußert. Felipe Gonzalez lobte nach einer Nicaragua-reise im Februar die Revolution, zeigte sich aber im internen Kreis "verärgert". Rainer Offergeld, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, äußerte sich im November dem nicaraguanischen Landwirtschaftsminister Jaime Wheelock gegenüber besorgt über die Menschenrechtsslage in Nicaragua, was später dementiert wurde, und kehrte von einer Nicaragua-reise im März dieses Jahres mit "zwiespältigen Eindrücken" zurück.

Ursache für diese zunehmende Distanzierung verschiedener SI-Parteien von Nicaragua dürfte neben dem diplomatischen Druck der USA vor allem die Erkenntnis sein, daß in Nicaragua weitergehende Veränderungen als die Sozialdemokraten erwartet hatten durchgesetzt werden und der Einfluß des Ostblocks zunimmt.

Edén Pastora bietet den Sozialdemokraten jetzt die Möglichkeit, auf Nicaragua Druck auszuüben, mit dem Ziel die Sandinisten wieder auf den richtigen Kurs zu bringen.

Solch ein Versuch erscheint uns aber unrealistisch - nicht nur, weil Pastora politisch zu ungeschickt ist und kein ernstzunehmendes Konzept für Veränderungen in Nicaragua anzubieten hat - sondern weil es ein solches Konzept auch nicht geben kann. Denn die Handlungsspielräume der FSLN sind nie sehr groß gewesen und für eine sozialdemokratische Lösung, bei der die Gewinne der Unternehmer nicht beschnitten werden und trotzdem soziale Reformen durchgeführt werden, fehlt es in Nicaragua schlicht an Geld. So ist auch die gemischte Wirtschaft nicht von der nicaraguanischen Regierung sondern von den Unternehmern aufgekündigt worden, die die FSLN durch Wirtschaftssabotage zu weitergehenden Maßnahmen, also Enteignungen gezwungen haben. Und auch die kritisierte Moskau-Orientierung ist größtenteils Folge der politischen und wirtschaftlichen Isolierung von Seiten der USA.

Diese Tatsache wird aber auch von der deutschen Sozialdemokratie durchaus gesehen. Um die Sandinisten nicht zu isolieren und in die Arme Moskaus zu treiben, sei eine Aufrechterhaltung der Wirtschaftshilfe der BRD erforderlich, äußerte sich Minister Offergeld im März. Und bisher ist von einer Kürzung der Gelder auch noch nicht die Rede.

KOLUMBIEN

Massenprozeß gegen Mitglieder von M-19

Vier Tage vor der Präsidentschaftswahl, am 26. Mai wurde in Bogota überraschend einer der größten und längsten Militärgerichtsprozesse in der Geschichte des Landes abgeschlossen. Wenn am 5. Juni die offiziellen Urteile verkündet werden, geht der "Prozeß des Jahrhunderts" - wie ihn die Zeitung El Tiempo nennt - in erster Instanz zu Ende: Für 217 (!) mutmaßliche oder sich zugehörig bekennende Mitglieder der Guerrilla-Gruppe M-19 (Bewegung des 19. April) wurde Antrag auf Verurteilung gestellt, bei nur 10 Angeklagten lautet der Antrag auf Freispruch. Die in den Prozeß einbezogenen Führer von M-19 haben mit Strafen von über 20 Jahren Freiheitsentzug zu rechnen.

Seinen Beginn nahm dieser Kriegsgerichtsprozeß schon im November 1979. In der Kapelle des Gefängnisses "Picota" im Süden Bogotas, wo die Angeklagten "einsaßen", wurde von Militärs zwei Jahre und sieben Monate über mehr als 200 Zivilpersonen verhandelt.

Ursprünglicher Anlaß des Prozesses war ein spektakulärer Waffenraub der Guerrilla-Gruppe im Januar 1979. Mehr als 5 000 Waffen wurden aus einem Militärlager im Norden Bogotas erbeutet. Kurz darauf erlebte Kolumbien eine der größten Verhaftungs- und Repressionswellen. Laut Angaben des Militärstaatsanwalts im "Picota"-Prozeß wurden während der Ermittlung 1 040 Personen festgenommen, 801 Hausdurchsuchungen durchgeführt, 328 Haftbefehle ausgestellt. Schließlich wurden 166 Personen in Anwesenheit und 53 Personen in Abwesenheit vor das Kriegsgericht gestellt. Die Anklagepunkte waren: Rebellion, militärischer Raub, Entführung, Fälschung und Erpressung.

Von juristischer Seite und von seiten der kritischen Öffentlichkeit wurde von Beginn an die Rechtmäßigkeit und die korrekte Durchführung des Kriegsgerichtsprozesses angezweifelt. Eine große Zahl von Personen verbrachte viele Monate im Gefängnis, ohne dann letztendlich vor Gericht gestellt zu werden. Mehr als 100 der Angeklagten mußten im Verlauf des Prozesses freigelassen werden. Eine Mission von amnesty international, die im Januar 1980 Kolumbien besuchte, erhärtete in zahlreichen Gesprächen mit politischen Gefangenen deren Folterverwürfe und die Aussage, daß "Geständnisse" unter physischem und psychischem Zwang zustande gekommen waren. In den letzten Monaten wurde die Öffentlichkeit von dem Gerichtsverfahren ausgeschlossen. Die längste Zeit der sog. öffentlichen Phase des Prozesses waren die Militärs, die Angeklagten und deren Verteidiger "unter sich". Weder juristische Beobachter noch Journalisten und Familienangehörige wurden zugelassen.

Wir veröffentlichen im Folgenden Auszüge aus einem Interview, das Ende März mit einem der Zivilverteidiger im "Picota"-Prozeß geführt wurde (die LN erhielten das Interview erst jetzt). Dr. Eduardo Umaña Mendoza ist Rechtsanwalt, Universitätsdozent und Experte in kolumbianischem Militärstrafrecht.

Frage: Was führte zu dem Prozeß? Welche politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen gingen dem Prozeß voraus?

Umaña: Der Militärgerichtsprozeß in dem Gefängnis PICOTA gegen mutmaßliche oder sich zugehörig bekennende Mitglieder von M-19 begann am 21. November 1979. Wenn man die in Anwesenheit und die in Abwesenheit angeklagten Personen zusammennimmt, so wurden ursprünglich nahezu 300 Personen in den Prozeß einbezogen. Zwischenzeitlich wurde ca. 1/3 der Personen entlassen. Mehrheitlich stehen Männer vor Gericht und 12 oder 14 Frauen ... Dieses Militärgerichtsverfahren ist eine Fortsetzung von anderen Militärgerichtsprozessen in der gegenwärtigen Periode des Ausnahmezustandes. (1) ... Historisch gesehen, und wenn man den Faktor der Publizität berücksichtigt, so hebt sich dieser Prozeß gegen M-19 durch seine besonderen Umstände hervor: einem POLITISCH-MILITÄRISCHEN EREIGNIS VON AUSSERORDENTLICH GROSSER BEDEUTUNG in der Geschichte unseres Landes - der (wie die politischen Gefangenen es nennen) Enteignung von mehr als 5 000 Waffen aus einem Kanton der kolumbianischen Armee in der Brigade der Militärinstitute in Bogota - begegneten die Militärs notwendigerweise mit einer gewaltigen Reaktion; das Militär war im Herzen seiner Verteidigungs- und Repressionsstrategie getroffen ... Vorher hatte es im Land nur einen sehr "handwerklichen" Stil politisch-militärischer revolutionärer Arbeit gegeben - ohne nationale Reichweite und ohne Auswirkung auf die öffentliche Meinung.

Parallel dazu befand sich Kolumbien Ende 1979 in einer sehr SCHWIERIGEN WIRTSCHAFTLICHEN SITUATION: es gab sehr viele Arbeitsniederlegungen und Streiks, einen neuen Höhepunkt der Bauernbewegung, eine Festigung der Indianerbewegung, Proteste der Volkssktoren gegen die hohen Lebenshaltungskosten und die Steigerung der Preise für die



Militärpatrouillen und Hausdurchsuchungen sind an der Tagesordnung

öffentlichen Dienstleistungen... Dazu kam die beschleunigte Abwertung der nationalen Währung, die Konzentration im Finanzsektor, die Verarmung der mittleren und unteren Mittelschichten ... Diese Phänomene erzeugten notwendigerweise eine Konfrontation der herrschenden Klasse mit großen Teilen des Volkes... Nach dem Waffenraub wurden alle diese Faktoren von der kolumbianischen Oligarchie dazu genutzt, gegen die Volksbewegungen, die Gewerkschaftsbewegungen und die gremialen Bewegungen mit einer allgemeinen Repression vorzugehen. D.h., diese Aktion diente letztendlich als eine Art von Rechtfertigung für die Repression. Und natürlich wurden zu Beginn der Ermittlungen wegen des Waffenraubs nicht nur Personen verhaftet, die in Verdacht standen, zu M-19 zu gehören, sondern die Repression richtete sich gegen Gewerkschafts- und Indianerführer, Bauern, Künstler, Intellektuelle etc.

Frage: Sie haben den Kriegsgerichtsprozeß in der PICOTA als einmalig in seiner Art gekennzeichnet - sowohl was die Behandlung des politischen Delikts betrifft, als auch den Prozeß selbst. Warum diese Einschätzung? Wodurch definiert sich die Einzigartigkeit dieses Prozesses?

Umaña: Nennen wir nur einige wichtige Aspekte: z.B. die ZAHL DER ANGEKLAGTEN, der (in der Ermittlungsphase - LN) Verhafteten und der in Abwesenheit angeklagten Personen innerhalb des Verfahrens. In der Geschichte Kolumbiens ist nur ein Kriegsgerichtsverfahren quantitativ größer gewesen als dieser Prozeß, nämlich das Verfahren gegen mutmaßliche Mitglieder des ELN (Nationale Befreiungsmiliz; castristisch orientierte Guerrillagruppe, der auch der 1967 im Kampf gefallene Priester Camilo Torres angehörte. - LN) in den siebziger Jahren.

Dieses Gerichtsverfahren ist völlig illegal, wenn man vom Gesichtspunkt der AKKUMULATION ODER INTEGRATION DER PERSONEN ausgeht ... Denn man hat die Personen nach einem physischen und nicht nach einem juristischen Kriterium "akkumuliert" (in den Prozeß einbezogen). D.h., um zu zeigen, daß man alle Personen, alle Mitglieder von M-19 verhaftet hat, daß diese Organisation sozusagen ausgelöscht ist, hat man alle Personen nach Bogota gebracht, die zu einem anderen Zeitpunkt, an einem anderen Ort und unter anderen Umständen verhaftet worden waren. (2)

Dann der Zeitraum, die DAUER DES PROZESSES. Gegenwärtig läuft der Prozeß schon zwei Jahre und vier Monate (Ende März '82 - LN)... und es fehlen mindestens noch fünf oder sechs Monate bis zum Abschluß des Verfahrens.

Geht man vom JURISTISCHEN STANDPUNKT aus, dann finden wir eine Reihe absolut absurder Tatbestände. Was die Beweisführung betrifft, so liegen gegen viele Angeklagte nicht die geringsten Beweise vor, aufgrund derer sie verurteilt werden könnten. Einige, die schon entlassen wurden, waren zwei, zweieinhalb, drei Jahre im Gefängnis, ohne daß gegen sie Anklage erhoben wurde. Unter den anderen finden wir Personen mit mehreren Anklageschriften - ohne Beweise, ohne das kleinste Indiz. ... Offensichtlich werden die ANKLAGEN NACH EINEM POLITISCHEN KRITERIUM ausgearbeitet.

Wenn man vom Gesichtspunkt des INTERNATIONALEN RECHTS ausgeht, z.B. vom Völkerrecht, ... so entdecken wir eine völlige Mißachtung des sog. Begünstigungsprinzips, das Art. 26 der Nationalen Verfassung Kolumbiens garantiert ... D.h., auf der Grundlage der Tatsache, daß wir in Kolumbien ein Nebeneinander verschiedener Gesetzgebungen haben, muß jeweils die günstigste Strafe für das verhandelte Delikt ausgesprochen werden. In diesem Militärprozeß wendet man das Prinzip an, aber genau umgekehrt: Dem Angeklagten wird das höchste, nicht das niedrigste Strafmaß zugebilligt (3) ... Außerdem gilt jeder solange als schuldig, wie er nicht seine Unschuld beweisen kann ...

In dem Kriegsgerichtsverfahren in der PICOTA werden Normen, Abkommen und Rechte verletzt, die dem Land öffentlich gegeben wurden ... z.B. billigte der Präsident Dr. Julio Cesar Turbay Ayala direkt nach der Besetzung der Dominikanischen Botschaft (4) zu, daß das Verfahren öffentlich sei, wie jeder andere Prozeß auch, daß internationale Kommissionen - insbesondere die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte der Organisation Amerikanischer Staaten - teilnehmen können... Aber die Wirklichkeit ist die Einsamkeit der Kapelle von PICOTA, in der noch nicht einmal die Rechtsanwälte mit den Gefangenen zusammen sein können. Die Wirklichkeit in diesem Militärprozeß ist die absolute Privatheit, das Schweigen, der sog. "Krieg des Schweigens" der staatlichen Kommunikationsmittel. Niemand, absolut niemand von der öffentlichen Meinung weiß, was in diesem Prozeß vorgeht, sogar viele Familienangehörigen der Angeklagten wissen nicht Bescheid.

Frage: Sie sind Zivilverteidiger in dem Militärprozeß. Wie ist die Situation des zivilen Verteidigers in dem Prozeß? Was beinhaltet die Verteidigung in einem Kriegsgerichtsverfahren?

Umaña: Die Verteidigung in einem Militärgerichtsverfahren ist sehr umfangreich. Es ist eine sehr RELATIVE VERTEIDIGUNG, denn die Möglichkeiten sind sehr eingeschränkt. Z.B. ist das PROBLEM DER INFORMATION, der Kenntnisnahme, in dem Prozeß sehr ernst. Ohne Berücksichtigung der Zahl ihrer Mandanten haben die Verteidiger insgesamt nur 3 (!) Stunden Zeit, um die Akten einzusehen, um ihre Verteidigung vorzubereiten. Das bedeutet, daß z.B. in einem Prozeß mit 50 000 bis 60 000 Folios ein Rechtsanwalt, ein Rechtsanwalt, der sechs, sieben oder acht Personen verteidigt, sich nur drei Stunden mit den Akten befassen kann. Es ist noch nicht einmal physisch möglich, in drei Stunden auch nur die Papiere zu ordnen, geschweige denn zu lesen.

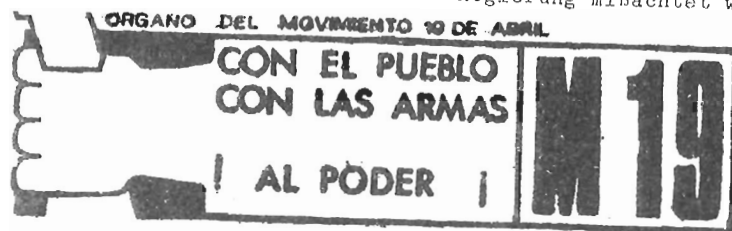
Das Recht der Verteidigung wurde in diesem Prozeß nach und nach weiter eingeschränkt. Kürzlich hat beispielsweise der Vorsitzende Richter einem Anwalt die Übertragung der Vollmacht verweigert, obwohl dies nicht rechtmäßig ist ... Man hat Maßnahmen physischer Art ergriffen, die notwendigerweise auf die Verteidigung der Mandanten Einfluß haben, nämlich die ISOLIERUNG DES RECHTSANWALTS VON DEN ANGEKLAGTEN. Es ist unglaublich, daß die Rechtsanwälte in diesem Prozeß nicht mehr den eigentlichen Verhandlungssaal betreten dürfen, sondern daß sie im Atrium der Kapelle isoliert sind. Dieses Kriegsgericht wird ja in einer Kirche durchgeführt, einer Kirche, die hohen religiösen Handlungen dienen sollte, und die nun zur Anwendung der Militärgerichtsbarkeit auf politische Gefangene benutzt wird. Den Rechtsanwälten werden einige Besuche bei ihren Mandanten erlaubt. Diese Besuche können montags, mittwochs und freitags von 12 bis 2 Uhr mittags stattfinden. Aber von 12 bis 2 haben die Wärter Mittagspause. Folglich finden die Besuche faktisch nicht statt.

Zu allem kommt noch hinzu, daß der ZEITPLAN des Verfahrens verlängert wurde. Gegenwärtig finden die Sitzungen von 7.30 bis 12 Uhr und von 13.30 bis 17.30 Uhr und von 19.30 Uhr bis 23 Uhr oder gar bis Mitternacht statt. In den Nachtstunden sind nicht einmal die Angeklagten präsent, sondern nur der Angeklagte, der gerade interveniert und der Rechtsanwalt, der mit seiner Verteidigung befaßt ist. Dieser Zeitplan führt natürlich bei allen Beteiligten - Militärs oder nicht - zu starker Ermüdung - wenn man länger als 12 Stunden in einer kalten Kapelle ausharren muß, in einer Kapelle, wo man bei Regen nicht einmal ruhig bleiben kann, weil das Wasser während der Sitzung hereinkommt.

MEHRERE der verteidigenden RECHTSANWÄLTE in der PICOTA wurden VERHAFTET. So die Rechtsanwälte J. Franco und F. Martinez, die länger als 3 Monate inhaftiert waren unter der Beschuldigung, mutmaßliche Mitglieder von M-19 zu sein. Danach hat sich unzweifelbar herausgestellt, daß das nicht stimmt ... Andere Rechtsanwälte sind feigen anonymen Kugeln zum Opfer gefallen, wie z.B. der Verteidiger Jorge Enrique Cipagauta Galvis. (5)

Frage: Welche sozialen und politischen Ereignisse haben auf den Prozeß Einfluß genommen?

Umaña: Ich denke, es gab drei oder vier entscheidende Ereignisse. Erstens, die Besetzung der Botschaft der Dominikanischen Republik (April 1980 - LN); zweitens das sog. Gesetz über die bedingte Amnestie (Gesetz 37 vom 23.3.81 - LN), das kürzlich von der Regierung erlassene Amnestiedekret (19.2.82 - LN) und viertens die aktuelle repressive Situation ... Im Fall der Botschaftsbesetzung wurden in den Verhandlungen zwischen der Regierung und der Guerrilla eine Reihe von Abkommen erreicht, ... z.B. daß die Kommission der OAS beim Verfahren anwesend war, daß alle juristischen Schriftstücke, die Ergebnisse von Folter, von physischem und psychischem Zwang sind, einer Revision unterzogen würden ... Dann die Verpflichtung, die nationale und internationale öffentliche Meinung über den Verlauf des Prozesses zu informieren, und zuguterletzt, daß die positive kolumbianische Strafgesetzgebung berücksichtigt würde... Alle diese Punkte, die ein Verhandlungsergebnis waren, sind von der Regierung mißachtet worden.



MIT DEM VOLK - MIT DEN WAFFEN - AN DIE MACHT

ANMERKUNGEN

- 1) Kolumbien befindet sich seit über dreißig Jahren fast durchgehend im Ausnahmezustand. Der derzeit gültige Ausnahmezustand wurde 1976 verhängt. P.S. Er wurde gerade aufgehoben.
- 2) Im Prozeß wird nicht nur über den Waffenraub vom Januar '79 verhandelt, sondern unabhängig davon weitere politische Delikte der Angeklagten.
- 3) Einer der Streitpunkte ist, ob in dem Verfahren das berühmte "Sicherheitsstatut" (Dekret 1923 von 1978) oder die normalen Strafgesetze Anwendung finden. Die Strafen, die das neue Strafgesetzbuch von 1981 für die gleichen Delikte festlegt, sind weitaus niedriger als die, die das Sicherheitsstatut verfügt.
- 4) Mitglieder von M-19 besetzten im April 1980 die Botschaft der Dominikanischen Republik in Bogota und nahmen eine Reihe von Botschaftern als Geiseln.
- 5) Der Verteidiger politischer Gefangener, J.E. Cipagauta Galvis wurde im März 1982 von der paramilitärischen Terrorgruppe MAS auf offener Straße erschossen. Seit Beginn des Jahres haben sich die Aktivitäten dieser Bande in erschreckender Weise ausgebreitet.

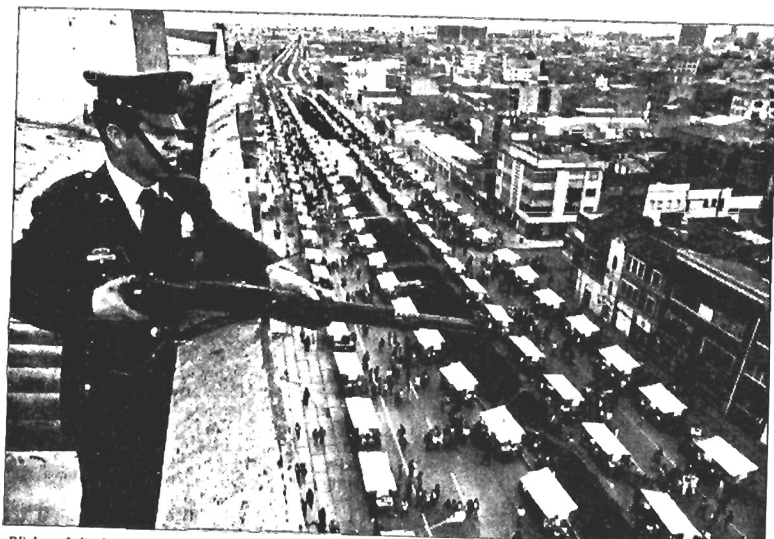
Sieg der Konservativen

Aus den Präsidentschaftswahlen am 30. Mai 82 in Kolumbien ist der Kandidat der Konservativen Partei BELISARIO BETANCOURT als Sieger hervorgegangen. Mit klarem Abstand hatte er seinen schärfsten Rivalen, den liberalen Kandidaten und Ex-Präsidenten Lopez-Michelsen hinter sich gelassen. Am 7. August 82 wird er das Amt des jetzigen Regierungschefs und Vertreter der Liberalen Partei übernehmen.

Die Wahlergebnisse

Somit wird er der erste konservative Präsident seit dem Auslaufen eines 16jährigen Parteienpaktes. Dieser Parteienpakt beinhaltete, daß liberale und konservative Partei alle 4 Jahre abwechselnd den Präsidenten stellten. Die somit entmündigte Wählerschaft hatte über viele Jahre mit Wahlenthaltung reagiert. Doch dieses Mal ist die Grenze der durchschnittlichen Wahlbeteiligung von 30% überschritten worden. Ca. 50% der wahlberechtigten Bevölkerung nahm an der Präsidentschaftswahl teil.

Das Wahlergebnis verdeutlicht zunächst die starke Stellung beider traditioneller Parteien, die der Konservativen und die der Liberalen. Dennoch der konservative Kandidat Belisario Betancourt 47% aller Stimmen auf sich vereinigen konnte, steht er einer absoluten Mehrheit der Liberalen gegenüber: Der liberale Ex-Präsident Lopez-Michelsen erhielt 40% der Stimmen und der zweite Kandidat der liberalen Partei, der links-liberale Senator Luis-Carlos Galán erreichte 12%. In diesem Zusammenhang erkennen die Kommentatoren des Wahlergebnisses in Kolumbien einen der wesentlichen Gründe des konservativen Wahlsieges: Die liberale Partei hat sich gespalten und dies mit der Aufstellung zweier Kandidaten dokumentiert. Während Lopez-Michelsen innerhalb seiner Partei die großen Finanzgruppen des Landes repräsentiert und eine weitgehende Öffnung der kolumbianischen Wirtschaft und eine monetaristische Politik vertritt, aber auch die Angliederung an die Sozialistische Internationale und eine Generalamnestie propagiert, ist



Blick auf die langen Reihen von Wahlständen in einer der Hauptstrassen Bogotás. Die Stände, die im ganzen Land aufgestellt waren, wurden von Armee- und Polizeieinheiten stark bewacht. Am Wahltag ist es trotz Drohungen der Guerilla-Organisation M-19 zu keinen Zwischenfällen gekommen.

Luis-Carlos Galán der Hauptrepräsentant einer Strömung innerhalb seiner Partei, die sich "der neue Liberalismus" nennt. Sein Programm beinhaltet eine Anzahl weitgehender sozialer Forderungen und die Kampfansage an die Korruption und an das Klientelsystem der traditionellen Parteien. Von Galán heißt es, er sei während der Wahlkampagne von konservativen Kräften gefördert worden, die damit die Spaltung der Liberalen betreiben konnten.

Bleibt noch Gerardo Molina, der Kandidat der linken, unabhängigen "Demokratischen Front", die aus der 78 entstandenen Bewegung "Firmes" hervorgegangen ist, aber fast zur Bedeutungslosigkeit verurteilt ist. Ein großer Teil der Linken, der sich nicht der Kommunistischen Partei oder anderen kleinen Splitterparteien zurechnet, hatte seine Stimmen auf einen der beiden liberalen Kandidaten verteilt.

Vermutlich konnte Belisario auch deshalb siegen, weil die kolumbianische Wählerschaft nicht bereit war, noch ein zweites Mal die Präsidentschaft Lopez-Michelsen's über sich ergehen zu lassen, der 1974 sehr radikal angetreten war und im Laufe seiner Amtsperiode große Reallohnsenkungen und einsetzende politische Repression hervorgebracht hatte.

Das Programm des konservativen Präsidenten

Was unterscheidet den Konservativen Politiker von seinem liberalen Kontrahenten und die hinter ihm stehenden Interessen- und Machtgruppen? Fundamentale Gegensätze gibt es nicht. Die kolumbianische Geschichte lehrt, daß die großen Interessengegensätze nicht entlang der Parteigrenzen verlaufen, daß die Interessen der Mächtigen gegenüber den besitzlosen Klassen immer durch den Parteiengegensatz verwischt worden sind, und daß durch geschickte Koalitionspolitik, Protektion und Korruption es den traditionellen Herren des Landes, vertreten in beiden Parteien und durch das Militär, bisher gelingt, ihre Macht durchzusetzen.

Wer steht hinter Belisario Betancourt? Während der Wahlkampagne konnte man ihn häufig in Begleitung zweier Herrschaften sehen: Einer ist Alvaro Gómez-Hurtado, mit der reaktionärste Vertreter seiner Partei, Besitzer der überregionalen, rechtsorientierten Tageszeitung "El Siglo" und Angehöriger des Finanzkapitals. Der andere ist der berühmte Ardila Lule, mit der größte Kapitaleigner des Landes, Teilhaber der Getränkeindustrie angefangen bei der Zuckerrohrverarbeitung bis zur Flaschenherstellung und Verteilung und bis hin zum Besitzanteil von "avianca", der kolumbianischen Fluggesellschaft und großer kolumbianischer Banken.

Hier kann sich zeigen, daß von Belisario Betancourt keine andere Wirtschaftspolitik zu erwarten sein wird, als die, die seine liberalen Vorgänger betrieben. Wenn er auch eine Reihe von sozialen Maßnahmen im Wohnungsbau und im Bildungswesen vorschlägt, so kann dies doch nur zu den Erfordernissen einer Eingliederung in die monetarische Ordnung im lateinamerikanischen Raum, die von konservativen Kräften vertreten wird, in Widerspruch geraten.

Belisario — »ein Friedenshelfer«

Außenpolitisch reiht sich Belisario in die Reagan-Front ein. Er wünscht gute Kontakte mit den venezolanischen Christdemokraten und möchte einen Beitrag dazu leisten, die Konflikte in Mittelamerika zu befrieden. Dies geht aus seinen Äußerungen in der kolumbianischen Presse hervor.

Es scheint wichtig, zu beobachten, daß Belisario sich als "nationaler Kandidat" aufstellen lassen hat. Dies diene vielleicht dazu, das Schreckensbild eines Konservativ-reaktionären, das der kolumbianische Wähler aus der Zeit der Bürgerkriege im Gedächtnis behalten haben mag, etwas verblaßen zu lassen. Angepasst sind solche Worte aber auch an die Strategie der nationalen Sicherheit. Belisario spricht viel von dem Frieden, der im Lande wieder hergestellt werden müsse, angesichts der operierenden Guerillas. Dieser Frieden sei weder konservativ, noch liberal, der Frieden sei national. Die politischen Karikaturisten in Kolumbien haben sich dazu so geäußert: Im Laufe der kommenden Amtsperiode des konservativen Präsidenten wird sich bald herausstellen: Der Frieden, "La Paz", von dem er spricht, ist nicht konservativ, "La Paz" ist aber auch nicht kolumbianisch, "La Paz" ist die Hauptstadt von Bolivien. Die Kolumbianer mögen nicht mehr an die Erfüllung von Frieden und sozialer Gerechtigkeit durch die Regierungsvertreter glauben. Dies bleibt auch noch so, nachdem der amtierende Präsident in Übereinstimmung mit seinem Nachfolger Belisario den Ausnahmezustand einstweilen aufgehoben hat.

Quellen :TAZ

Neue Zürcher Zeitung
El País, Madrid
El Espectador
El Tiempo

BRASILIEN

Indianerpolitik und indianischer Widerstand

Mitarbeiter der LATEINAMERIKA - NACHRICHTEN hatten die Gelegenheit Renato Athias zu interviewen. Athias arbeitete drei Jahre lang für den Conselho Indigenista Missionário (CIMI) bei indianischen Gruppen im Amazonasgebiet. Zu dieser Zeit war er Mitherausgeber der Zeitschrift PORANTIM _ Em defesa da causa Indígena. Er lebt gegenwärtig in Paris und arbeitet dort im Comité International de Defense de l'Amazonie*

LN: Wieviele Indigenas gibt es heute in Brasilien und wo leben sie?

R.A.: Die Situation der indigenen Bevölkerung Brasiliens ist von den anderen lateinamerikanischen Ländern sehr verschieden. Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung Brasiliens sind sie eine Minderheit. Es gibt 200.000 Indigenas bei einer Gesamtbevölkerung von 120 Mio. Brasilianern. Sie machen also nur 0.2% der Bevölkerung aus. Zudem leben diese Indigenas selbst noch in sehr unterschiedlichen Verhältnissen. Die Indigenas im Süden und Südwesten sind seit vielen Jahren in sehr engem Kontakt mit der nationalen Gesellschaft, während andere Gruppen aus dem Amazonasgebiet nur in einem punktuellen, nicht dauerhaften Kontakt mit der brasilianischen Bevölkerung stehen. Die größten Gruppen sind die Guarani mit ca. 30.000, die Tükuna im Amazonasgebiet mit ca. 15.000, die Yanomami mit 8.000 und die Terena im Mato Grosso. Von diesen größten Gruppen waren bspw. die Tükuna über einen langen Zeitraum hinweg einem ungeheuren Landraub durch Haciendas, Viehfarmen, Kautschukausbeutung etc. ausgesetzt.

LN: Du sagtest, daß es heute 200.000 Indigenas gibt. Die staatliche Indianerbehörde Fundação Nacional do Índio (FUNAI) sagte vor einigen Jahren, es gäbe etwa 120.000 Indigenas und bis zum Jahr 2000 gäbe es überhaupt keine Indigenas mehr. Was 'Indígena' ist, ist also auch eine Frage der Definition. Wie ist Deine Definition und wie die von FUNAI?

R.A.: Die FUNAI hat - wie alle staatlichen Organe - das Interesse, die Indigenas zu beseitigen, weil sie an deren Land interessiert ist. Die Nationen der Indigenas sollten beseitigt werden, da sie ein Störfaktor innerhalb des brasilianischen Staates seien. Demgegenüber hat der CIMI (Conselho Indigenista Missionário) zwischen 1978 und 1980 eine eigene Statistik erstellt, aus der hervorgeht, daß es gesichert 182.000 Indigenas gibt. Darüberhinaus gibt es Gruppen, die nur indirekt bekannt sind, von denen man nur durch andere Indigenas gehört hat. Die Schätzungen über diese Indigenas, die man grupos arredios nennt ('flüchtige Gruppen'), belaufen sich auf 15.000. Und nun zur Definition: Indigenas sind Völker in Brasilien, die nicht Brasilianer sind. Die Völker der Indigenas haben eine eigene Sprache, eigene Sitten, und sie selbst identifizieren sich mit ihrer Gruppe. Das Wort 'Indígena' ist ein von den Weißen ihnen übergestülptes Wort. Sie selbst nennen sich nie Índio. Índio bedeutet für sie überhaupt nichts. Aber es gibt Tükuna, Yanomami, Terena usw. Die Identifikation eines Indígena ist seine Identifikation mit seiner ethnischen und kulturellen Gruppe, mit einer eigenen Sprache und einer eigenen Wirtschaft; dies ist das Wichtigste.

LN: Du meinst also, es gibt Brasilianer und Indios. Aber Brasilien hat doch den Ruf ein multiethnisches Land zu sein. Ihr selbst bezeichnet die Indigenas nicht als Brasilianer?

R.A.: Es stimmt, daß Brasilien ein multiethnisches Land ist. Es gibt in Brasilien 26 Mio Schwarze.

LN: Aber alle Schwarzen sind Brasilianer. Und die Indigenas nicht?

R.A.: Nein, die Indigenas nicht! Denn die Schwarzen und die anderen Gruppen bilden zusammen eine neo-brasilianische Kultur. Sie sind Teile einer Kultur, die man brasilianisch nennen kann. Es gibt bei ihnen Gemeinsamkeit vom Rio Grande do Sul bis zum Norden, die man als brasilianisch identifizieren kann. Aber hinsichtlich der Indigenas gibt es nichts, was man als brasilianisch bezeichnen könnte. Die Schwarzen kamen aus den verschiedensten Teilen Afrikas und entwickelten in Brasilien das, was wir die afro-brasilianische Kultur nennen. Diese hat nichts mehr mit der afrikanischen Kultur zu tun. Die Indigenas hingegen leben auf der anderen Seite einer Grenze.

LN: Einer Kolonisationsgrenze?

R.A.: Mehr noch. Für alle Gruppen der Indigenas, insbesondere aber für die, die beidseitig der brasilianischen Staatsgrenzen leben, hat das Wort Brasilien keinerlei Bedeutung. Die Yanomami z.B., die in Venezuela und Brasilien leben, kannst Du die brasilianische Indigenas nennen? Nein, denn sie leben auch in Venezuela und könnten genauso gut venezolanische Indigenas genannt werden. Für die Indigenas bedeutet dies überhaupt nichts. Der Brasilianer und der Indigena, das sind zwei verschiedene Gesellschaften. Die Indigenas haben eine ganz andere Lebensweise. Brasilien ist ein Staat und keine Nation. Es umfaßt eine Vielzahl von Völkern. Es gibt sehr große Gruppen in Brasilien, wie z.B. die Japaner, die viel von ihrer japanischen Kultur bewahrt haben. Aber sie fühlen sich auch als Brasilianer. Der brasilianische Staat jedoch wurde auf den Massakern an Indigenas aufgebaut, an den Indigenas, die seit ewigen Zeiten dort lebten. Anfangs gab es 7 Mio Indigenas - vielleicht etwas mehr, vielleicht etwas weniger - und heute gibt es gerade noch 200.000. Um diesen Staat, den wir Brasilien nennen, zu schaffen, war es notwendig, das, was wir Indigenas nennen, zu beseitigen, zu vernichten.

LN: Kannst Du die Formen der Vernichtung und Unterdrückung der Indigenas etwas genauer ausführen? Welche Rolle spielen hierbei die armen Kleinbauern, die im Amazonasgebiet siedeln wollen, die transnationalen Konzerne, die Armee des Staates, die verschiedenen Institutionen?

R.A.: Als der brasilianische Staat gegründet wurde, mußte er zuerst mit den Indigenas aufräumen. Die Brasilianer kannten nicht die Realität des Lebens der Indigenas. Sie machten Gesetze, die diese Bevölkerung beschützen sollten. Die juristische Situation der Indigenas innerhalb des brasilianischen Staates ist folgende: Man betrachtet sie als minderwertig, als nicht erwachsen. Aus diesem Grund gründete der Staat eine Institution zum Schutz der Indigenas, wobei Schutz in Führungszeichen zu setzen ist. Sie sollten die Indigenas beschützen, die häufig noch nie portugiesisch gehört hatten, obwohl sie innerhalb des Territoriums des brasilianischen Staates leben. Als man mit großen Straßenbauten, der Transamazonica, der Perimetra Norte und der Straße, die Manaus mit Boa Vista verbindet, begonnen hatte, stießen die Bauarbeiter auf Indigena-Völker. Diese standen denen, die ihre Territorien zerschnitten, fassungslos in einem ungleichen Kampf gegenüber. Es gab Völker, die drei- oder viermal blutig angegriffen und vertrieben wurden. Die Parakara an der Transamazonica wurden dreimal von einem Ort zum anderen umgesiedelt. Sie konnten überhaupt nicht begreifen, was vor sich ging. Ich habe eine Gruppe an der Transamazonica getroffen, deren Mitglieder mir erzählten: "Wir saßen eines Tages an einer Stelle im Wald, als wir die Traktoren kommen sahen, die riesengroß waren. Die Frauen rannten in die eine Richtung und die Männer in die andere." Dies war der 'Kontakt'. Und dann fingen die Arbeiter die Indigenas ein und zwangen sie, zusammen mit ihnen Bäume zu fällen und die Trasse zu öffnen. Und dann die ganzen Krankheiten, die über die Indigenas gebracht wurden. Ja, dies ist das Massaker

dieses Jahrhunderts, das Massaker dieses Jahrzehnts. Die Massaker nach der portugiesischen Eroberung waren anders, trugen ganz andere Züge. Die Massaker heute sind forciert durch die Regierung, die Straßen durch das Gebiet der Indigenas bauen will. Dann gibt es einen zweiten Typ von Massaker. Es gab in den 60er Jahren drei große, vorbereitete Massaker, die international bekannt wurden. Das waren die eiskalt vorbereiteten Massaker.

LN: Mir scheint, daß aufgrund der weltweiten Proteste gegen die Massaker der 60er Jahre die brasilianische Regierung ihre Politik geändert hat. FUNAI soll heute die Indigenas beseitigen, indem sie sie integriert mittels einer "weichen", schwer sichtbaren Vorgehensweise: Ihre Kultur zerstören, einen Teil integrieren und den anderen Teil in ein Reservat, einen touristischen Zoo zu stecken.

R.A.: Ja. Der weltweite Protest gegen die Vorgehensweise der Regierung in den 60er Jahren und Anfang der 70er Jahre hatte in Brasilien viel bewirkt. Die Regierung mußte den "Serviço de Proteção aos Índios" (SPI) schließen und seine Mitarbeiter verurteilen. Sie gründete dann die FUNAI. Diese ist aufgrund der weltweiten Proteste gegen die Indianerpolitik entstanden und war zunächst ein äußerst positiver Schritt der Regierung. Das erste, was die Regierung tat, war die Eingliederung der Konvention 77 von Genf in die brasilianische Verfassung. Es wurde das "Indianerstatut" im Jahre 1973 geschaffen, ein wirklicher Sieg. Aber, dies alles ist Papier. Das Indianerstatut von 1973 besagt, daß bis 1978 alle Territorien der Indigenas vermessen und ihnen legal zugesprochen sein sollten. Aber bis heute sind nicht einmal 60% der Ländereien der Indigenas durch das Gesetz garantiert. Es gibt eine Praxis auf dem Papier und es gibt eine Praxis in der Wirklichkeit. Es gibt eine Praxis, die in den Zeitungen erscheint, und eine Realität, die davon völlig verschieden ist.

LN: Diese Praxis erscheint in ihrer Gesamtheit nach außen hin als sehr demokratisch.

Die Regierung will was gutes unternehmen, aber in der Realität gibt es halt noch immer einige Probleme. Deshalb gibt es keine weltweite Solidaritäts- und Protestbewegung mehr gegen diese Politik. Kannst Du die gegenwärtige Haltung der FUNAI gegenüber den Indigenas noch präzisieren?

R.A.: Die Politik der FUNAI wie die aller Regierungsinstitutionen in Lateinamerika ist eine integrationalistische Politik. D.h., der Indio muß sich innerhalb der jeweiligen nationalen Gesellschaft integrieren. Und der erste Artikel im "Indianerstatut" lautet: "Die harmonische Eingliederung des Indigena in die nationale Kultur". Dies ist das Ziel aller Regierungen in Lateinamerika. Es darf keine Gruppen von Indigenas mit einer anderen als der nationalen Kultur mehr geben. Doch: Den Indigena in eine Gesellschaft wie die brasilianische zu integrieren, was heißt das? Auf welcher Ebene wird der Indigena sich integrieren? Wo die Reichen sind? Wo die Mittelklasse ist? Bei der Klassengesellschaft, um die es sich ja handelt, werden sich die Indigenas automatisch auf der untersten Stufe integrieren müssen. Darüberhinaus gibt es noch eine ungeheure Verachtung gegenüber den Indigenas, und Vorurteile. Die Integration, die FUNAI will, ist eine Integration in die nationale Gesellschaft, in der sich die Indigenas zu dem verwandeln sollen, was die überwiegende Mehrheit der brasilianischen Bevölkerung bereits ist: Arbeitskraft für die Bourgeoisie.

LN: Aber eine Arbeitskraft, die sie nicht werden verkaufen können. Also werden sie marginalisiert.

R.A.: Genauso ist es. Sie werden völlig marginalisiert. Das ist die Politik der FUNAI in ihren Grundzügen. Wie will sie diese Politik durchsetzen? In verschiedenen Formen: 1977 wollten sie das in einer sehr rücksichtslosen und gewaltsamen Form tun. Sie wollten ein Gesetz durch den Kongress bringen, um das "Indianerstatut" abzuändern; und zwar den Artikel, der von der Emanzipation der Indios handelt. Dieser Artikel besagt, daß der Indigena, der sich vom Schutz des Staates emanzipieren will, dies tun kann. Und dieses Gesetz nun, das FUNAI 1977 verabschiedet sehen wollte, besagte, daß FUNAI bestimmen könne, welche Indigenas bereits integriert seien und 'emanzipiert' werden sollten. FUNAI wollte z.B. definieren, daß die Tükuna bereits in die Gesellschaft integriert seien, sie demzufolge emanzipiert werden sollten. D.h., FUNAI hat nichts mehr mit ihnen zu tun und ihre Län-



Tükuna, die auf einer Hazienda zum Zuckerrohrschneiden verpflichtet worden sind

dereien sind freigegeben! In der öffentlichen Meinung in Brasilien gab es Druck gegen diesen Vorstoß, es gab eine Menge Veranstaltungen etc. Denn im Endeffekt bedeutete das die Abschaffung des Gemeinwesens der Indigena. Solange sie nämlich eine Gruppe sind, haben sie auch ihr Land kollektiv. Sind sie aufgesplittet, so haben sie wie auch die anderen Brasilianer nur Anrecht auf eine Parzelle, das Gemeinwesen wäre dann aufgelöst. Jetzt - in diesem Jahr - versucht die FUNAI wieder, das Problem 'Indigena' dadurch zu lösen, indem sie neu definiert: was ist ein 'Indio' und was ist kein 'Indio'. Denn jetzt wollen alle wieder Indios sein. Viele, die sich seit Jahren nicht mehr als Indios verstanden hatten, wollen heute wieder Indios sein. Deshalb sagt FUNAI, wir werden neu definieren, wer Indio ist und wer nicht. So stellten sie eine Reihe rassistischer und unwissenschaftlicher Kriterien auf, die bestimmen sollten, wer Indio ist und wer nicht.

LN: Man spricht heute in Brasilien viel von der "Öffnung", der allmählichen Liberalisierung und Demokratisierung der Gesellschaft Brasiliens. Gibt es diese "Öffnung" auch für die Indigenas?

R.A.: Diese "Öffnung", die in Brasilien viel propagiert wird, ist auch in Anführungszeichen zu setzen. So werden wir in diesem November Wahlen haben. Aber diese Wahlen sind keine demokratischen Wahlen. Sie dienen nur der Legitimation der gegenwärtigen Herrschaft. In allen wichtigen Bereichen gibt es keine Öffnung, nur in kleinen Dingen. So gibt es Pressefreiheit, man kann alles sagen, man kann alle Bücher kaufen. Aber man darf sich nicht frei organisieren. Die Gewerkschaften sind noch immer in der Hand des Staates. Also, was für eine Öffnung ist das? Du kannst nicht frei Parteien gründen. Alle Parteien, die erlaubt sind, wurden von der Regierung als Parteien vorgesehen. Die einzige Partei, die nicht vorgesehen war, ist die PT (Partido dos Trabalhadores), und die kam nur mit großen Schwierigkeiten zustande. Die "Öffnung" ist nur sehr peripher, die zentrale Achse der Diktatur ist weiterhin stabil. Hinsichtlich der Indigenas ist die "Öffnung" die Öffnung ihres Landes, ansonsten verändert sich nichts für sie. Seit 1967, der Gründung der FUNAI, bis heute waren deren gesamte Handlungen gegen die Indigenas

gerichtet. Dies ist mit Tausenden von Dokumenten belegbar. Die FUNAI wird von 15 Hauptleuten aus dem Militär geleitet, die keine Anthropologen sind, und die von den Indigenas nichts verstehen. Während einer Säuberung der FUNAI im letzten Jahr wurden 40 Mitarbeiter entlassen, darunter die Anthropologen. Diese Säuberung wurde anlässlich des Versuchs der Indigenas sich auf nationaler Ebene zu organisieren durchgeführt. Die FUNAI arbeitet gegen diese Organisation. In der konkreten Politik hat sich also in den letzten Jahren nichts geändert. Ziel ist nach wie vor die Beseitigung der Indigenas bis zum Jahr 2000. Und schlimm ist, daß es dagegen heute keinen internationalen Protest mehr gibt.

LN: Wie steht es nun mit dem von Dir erwähnten Versuch der Indigenas, sich national zu organisieren?

R.A.: Ein großes Problem ist die Schwierigkeit zu reisen, des Kontakts über größere Distanzen. Denn Brasilien umfaßt 8 Mio km². Und die Indigenas leben z.T. sehr weit voneinander entfernt. Trotz dieser Schwierigkeit gab es bereits mehr als 18 Versammlungen der Indigenas auf nationaler Ebene, zu denen gewählte Vertreter der jeweiligen Gruppen kamen. Diese Versammlungen begannen im Jahre 1974 und hatten zum Ziel, die Probleme der benachbarten Gruppen kennenzulernen. Bis zu diesem Zeitpunkt wußten sie sehr wenig voneinander. Deshalb waren diese Versammlungen sehr wichtig und eine Voraussetzung für die kommenden Zusammenschlüsse. Z.B. waren die Bororos Feinde der Xavante, das ist heute vorbei, denn es gibt einen gemeinsamen Feind.

LN: Wer ist dieser gemeinsame Feind? Ist es der Staat, die nationale Gesellschaft oder ihre Kultur, die transnationalen Konzerne, die Großgrundbesitzer oder die kleinen Siedler?

R.A.: Nun, man kann sagen, daß immer derjenige der gemeinsame Feind ist, der nicht will, daß die Indigenas als Indigenas weiterleben. Das ist in der Regel der Staat, aber auch die transnationalen Konzerne und die Großgrundbesitzer. Man kann sagen, daß diese Feinde der Indigenas identisch mit den Feinden der großen Mehrheit der brasilianischen Bevölkerung sind, die Feinde der Marginalisierten und Unterdrückten. Wir glauben, daß die indianische Bevölkerung nur überleben kann, wenn sie Bündnisse schließt mit allen Ausgebeuteten.

LN: Erscheint das nicht schwierig angesichts der Tatsache, daß vielen Indigenas die direkte Bedrohung durch den kleinen Siedler, der ja auch Ausgebeuteter ist, viel realer erscheinen muß als die häufig komplexere Bedrohung durch ein so abstraktes Gebilde wie den Staat?

R.A.: Ich bin von der Notwendigkeit dieses Bündnisses überzeugt. Die Zahl der Indigenas liegt um 200.000. Allein werden sie nichts erreichen. Die nationale Gesellschaft dagegen ist sehr stark. Eine Lösung wäre das Bündnis mit den anderen Ausgebeuteten. Beklagenswerterweise werden die kleinen, armen Siedler von den Großgrundbesitzern und den Großunternehmern aus ihren Heimatregionen vertrieben, und so suchen sie Land auf indianischem Territorium. Ich möchte Euch ein Beispiel geben, das vor 2 Jahren in Acre passierte. Arme Siedler ließen sich auf indianischem Land nieder und die Indigenas wollten diese Siedler töten. Die Indigenas aber verstanden schließlich, daß der Feind nicht der kleine Siedler, sondern die Großgrundbesitzer waren. Die Siedler begannen, gemeinsame Versammlungen abzuhalten, um zu entscheiden was zu tun ist. Man schuf ein Komitee zum Dialog zwischen ihnen und den Indigenas. Oder der Fall der Ilha do Bananal, wo die Karaja wohnen, wo es 15.000 kleine Siedler und 2000 Indigenas gibt. Jeder von ihnen beanspruchte das Land für sich. Die Indigenas forderten, daß die Siedler das Land verlassen, aber woanders von der Regierung Land zugewiesen bekämen. Ja, das ist eine sehr schwierige Situation. Die Bündnisse ergeben sich aus konkreten Kontakten, es sind keine großen Bündnisse, eher kleine Bündnisse an bestimmten Orten in bestimmten Situationen. Natürlich ist das ein großes Problem. Das wäre anders, wenn die Indigenas zahlreicher wären. Was in Peru oder Guatemala geschieht, ist anders wegen der großen Zahl der dortigen Indigenas. Dort müssen die Campesinos Bündnisse mit den Indigenas schließen.

LN: Das Problem ist aber wohl doch nicht ein Problem zwischen Indigenas und Nicht-Indigenas. In Peru z.B. sind die kleinen Siedler, die von der Sierra in die Selva kommen, in der Regel doch auch Indigenas. Dann ist es wohl doch eher ein sozialer als ein interethnischer Konflikt?

R.A.: Ja, das ist die entscheidende Frage. Darüber gibt es auch in Brasilien heftige Auseinandersetzungen.

LN: Wie sieht die Unterstützung der Indigenas durch Teile der brasilianischen Bevölkerung aus? Welche Institutionen und soziale Gruppen leisten Unterstützung?

R.A.: Die Unterstützung der indianischen Völker hat in Brasilien eine lange Tradition. 1910 begannen die Positivisten, die den SPI bildeten und die Marshall Rondon unterstützten, die Interessen der Indigenas zu verteidigen. Später gab es dann aber über eine längere Zeit wenig organisierte Unterstützung. 1972 wurde schließlich CIMI gegründet. Damals war CIMI keine offizielle Institution. Er war ein Organ der Priester, die neue Formen der Arbeit mit den Indigenas suchten. Das Wichtigste war zu Anfang nicht so sehr die Arbeit mit den Indigenas, sondern eine Veränderung der traditionell reaktionären Haltung der Priester in Brasilien. Auch heute gibt es immer noch Priester, die im Prinzip die Arbeit der Regierung in den Zonen der Indigenas betreiben. Deshalb bleibt diese Aufgabe auch nach wie vor wichtig. 1975 hatte CIMI seine erste Generalversammlung. In den vorhergehenden 3 Jahren bestand die Aufklärungsarbeit darin zu zeigen, daß die traditionelle Mentalität falsch ist, die sagt: Der Indigena lebt in einem Nichts, er muß evangelisiert werden. Das ist falsch, denn der Indigena hat seine Religion. Ihr könnt Euch kaum vorstellen, wie hart diese Arbeit der Mentalitätsveränderung war, denn der Missionar sah seine traditionelle Arbeit als gerechtfertigt. Die Arbeit des CIMI war sehr umfangreich, nämlich wissenschaftliche anthropologische Werke in eine einfachere Form für kleine Kurse für Missionare zu übersetzen. Mit der Generalversammlung begann 1975 die offizielle Existenz von CIMI, der aber nicht an die offizielle Kirche gebunden war.

LN: CIMI bestand aber hauptsächlich aus Priestern?

R.A.: Er setzte sich zusammen aus Priestern, Nonnen und Laien. Vor 1975 war der CIMI nur eine kleine Gruppe, seitdem ist er eine nationale Organisation. Er setzte seine Bewußtseinsarbeit unter den Missionaren fort und verbreitete national und international Enthüllungen über das Schicksal der Indigenas. Seitdem gibt es drei allgemeine Bereiche der Arbeit von CIMI: 1. die Verteidigung des Landes der Indigenas, 2. die Verteidigung ihrer Kultur und der Integrität ihrer Sitten, und 3. die Selbstbestimmung der Indigenas. Wer dem Indigena sagen darf, was für ihn gut ist, das ist nur der Indigena selbst. Werder CIMI noch irgendein anderer. 1977 gab es einen großen Konflikt mit der offiziellen Kirche, die sich gegen den CIMI stellte. Damals startete CIMI eine große Kampagne gegen die Politik von FUNAI und geriet in Konfrontation mit dem Staat. Die Nationale Bischofskonferenz Brasiliens forderte daraufhin CIMI auf, sich entweder der offiziellen Kirche unterzuordnen oder aber auf ihren Schutz zu verzichten. Nur der progressistische Teil der Kirche unterstützte die Anklagen von CIMI. In dieser Situation unterstellte sich CIMI der institutionellen Kirche. Heute ist er ein offizieller Teil der Kirche.

LN: Gibt es zwischen den beiden Zielen von CIMI, die Integrität von Kultur und Sitten zu verteidigen und das Selbstbestimmungsrecht der Indigenas zu fordern, nicht einen Widerspruch? Steht hinter dem Konzept nicht eine paternalistische Haltung? Häufig sind die Organe der Selbstbestimmung den indianischen Kulturen ja fremd und von außen hereingetragen, und es sind die Schüler der Missionare, die die Sprecherrolle übernehmen. Kommt es so nicht zu starken indirekten, manchmal auch direkten Einflüssen der Missionare in die Selbstbestimmung?

R.A.: Manchmal ist es so, aber es gibt auch viele Gegenbeispiele. Oft sind es die Indigenas, die die Missionare zwingen, ihre Mentalität zu ändern. Was den Widerspruch angeht, so stimme ich mit Dir überein. Ich bin kein Indigena, ich bin ein Indigenista, der für die Rechte der Indigena kämpft, besonders für ihre Landrechte, was eine sehr konkrete Sache ist. Wenn die Indigenas Landgarantien erhalten, dann können sie auch ihre kulturelle Integrität wahren. Denn das Land trägt

eine Vielzahl mythologischer Objekte, etwa einen Baum, einen Fels, einen Wasserfall etc. Viele indianische Völker wurden durch eine Umsiedlung vernichtet.

LN: Wie ist die Beziehung zwischen den indianischen Organisationen und CIMI? Gibt es eine Manipulation durch CIMI?

R.A.: Neben CIMI gibt es andere Organisationen, die nicht an die Kirche gebunden sind, z.B. Kommissionen in den Städten, deren Ziel eine Verbreitung der indianischen Sache ist, und die ebenso die Mentalität der Brasilianer gegenüber den indianischen Angelegenheiten ändern wollen. Es gibt andere Typen von Organisationen in Brasilien, die Enthüllungen publizieren, wie z.B. die Kommission Pro Indio, die nationale Vereinigung zur Unterstützung der Indios. Das Problem ist die Existenz von Meinungen in der brasilianischen Bevölkerung wie "man sollte mit ihnen Schluß machen", "Scheißindios" etc. Nach brasilianischem Recht können die Indigenas keine eigenen Organisationen gründen. Denn sie sind 'Schutzbedürftige', 'Minderjährige'. Trotzdem entstand 1980 eine "Union der indianischen Völker", die verschiedene Gruppen umfaßt, mit eigenen Statuten usw. FUNAI versuchte vergeblich, ihre Gründung zu verhindern. Anerkannt wird sie von der FUNAI nicht. Es gibt noch eine weitere nationale Organisation, die der indianischen Studenten. CIMI und die anderen nicht-indianischen Organisationen unterstützen alle Formen der Suche nach Selbstbestimmung. Sie stellen z.B. Örtlichkeiten für Treffen der Indigenas zur Verfügung, unterstützen solche Treffen mit Geld. Es sind aber die Indigenas selber, die in solchen Organisationen arbeiten. Ende Juni wird es eine sehr wichtige Versammlung geben. Denn die beiden indianischen Organisationen wollen sich zusammentun, gemeinsam diskutieren und neue Formen der Arbeit finden. Einige nichtindianische Personen, z.B. Anthropologen, sind dazu eingeladen, aber sie haben natürlich kein Stimmrecht.



Diese Versammlung ist nach vielen Jahren ein wichtiger Schritt vorwärts, um gegen das Gesetz eine indianische Organisation zu gründen. Auch für uns, die wir seit Jahren Unterstützungsarbeit machen, ist das ein sehr wichtiges Ereignis, zu sehen wie alles wächst. Aber es ist eine Versammlung der Indigenas selbst, auf der CIMI nichts an Verantwortung zu übernehmen hat. CIMI hilft materiell und stellt seine organisatorische Hilfe zu Verfügung, leistet Transporthilfe. Noch einmal: Diese Versammlung ist ein sehr wichtiger Schritt in dem Zusammenschluß der Indigenas. Es gibt Gruppen, die sprechen kein Portugiesisch, die wissen nichts von Brasilien. Es gibt Gruppen, die stehen in permanentem Kontakt mit der nationalen Gesellschaft, es gibt Gruppen im Amazonasbecken, die in einem hartnäckigen Kampf erreicht haben, daß man ihnen viel Geld gezahlt hat, und die deshalb wenig Interesse für andere indianische Gruppen haben. Es ist also eine schwere Arbeit, alle Gruppen zu vereinen. Diese Versammlung ist das Produkt der Initiative der Indigenas selbst.

*CIDA, c/o van der Linden, 51, Bd. du 25 Aout, 94120 Fontenay sous Bois

MEXIKO

Modernisierung und Hunger – Die mexikanische Landwirtschaft

Die Entwicklungsstrategie der mexikanischen Regierungspartei PRI, die auf eine verstärkte Einordnung in den Weltmarkt und eine forcierte kapitalistische Entwicklung aller Wirtschaftsbereiche hinausläuft, ist in den letzten Jahren zunehmend unter Druck geraten. Die erhofften Riesengewinne aus dem Erdölgeschäft, die die Finanzierung einer sprunghaften Entwicklung ermöglichen sollten, sind ausgeblieben. Es ist heute in Mexiko sogar umstritten, ob die staatliche Erdölgesellschaft PEMEX überhaupt Gewinne macht. Riesenhafte Ausmaße hat dagegen die mexikanische Auslandsverschuldung angenommen. Die gesamten Devisen aus dem Ölexport reichen gerade für den Schuldendienst.

Auch im Agrarsektor ist diese Entwicklungsstrategie in eine Sackgasse geraten: Anfang der 70er Jahre verlor die mexikanische Landwirtschaft die Fähigkeit, die eigene Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln zu versorgen. Gleichzeitig büßte der Agrarsektor seine traditionelle Funktion als Devisenbringer ein. Seit 1980 war die Agrarhandelsbilanz defizitär.

Zur Geschichte der landwirtschaftlichen Entwicklung in Mexiko

Perspektiven der weiteren Entwicklung

Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts erlebte die mexikanische Landwirtschaft eine sprunghafte kapitalistische Entwicklung. Besonders unter der Diktatur des (wirtschaftlich)liberalen Generals Porfirio Diaz (1876 - 1911), dessen Entwicklungsstrategie darin bestand ausländischem Kapital freien Zugriff auf die Bodenschätze und Arbeitskräfte des Landes zu gewähren, erfolgten grundlegende Veränderungen der Wirtschafts- und Sozialstruktur Mexikos. Durch den schnellen Ausbau des Eisenbahnnetzes fanden große Teile der mexikanischen Landwirtschaft den Anschluß an den Weltmarkt, wo besonders in den USA und anderen Industrieländern die Nachfrage nach tropischen Produkten um ein Vielfaches gestiegen war. Gleichzeitig hatte die beginnende Industrialisierung den inneren Markt für Mais, Getreide, Zucker und Baumwolle erheblich erweitert. Die Folge war, daß Teile der mexikanischen Landwirtschaft zur Marktproduktion übergingen und dadurch ihren vorwiegend naturalwirtschaftlichen Charakter verloren.

Das profitträchtige Geschäft mit dem Grund und Boden war ein großer Anreiz für die herrschende Großgrundbesitzeroligarchie sich durch beschleunigte Enteignung der indianischen Ejido-Bauern (Ejido = gemeinschaftlicher Landbesitz der Indianerdörfer) zu bereichern. Die Ejido-Bauern, die am Ende der Kolonialzeit noch ca. 25% des gesamten Bodens besaßen hatten, wurden bis 1911 fast völlig enteignet und in die Schuldknechtschaft auf die großen Haciendas und Plantagen getrieben.

Das Bestreben der indianischen Bauern, die alten Besitzverhältnisse wieder herzustellen wurde zu einer der wichtigsten sozialen Triebkräfte, die zur mexikanischen Revolution führten. Die radikale Bauernbewegung unter Zapata wurde im Laufe der Kämpfe zwar militärisch geschlagen, doch sahen sich die neuen, bürgerlich-bürokratischen Machthaber gezwungen, Zugeständnisse an die landfordernden Campesinos zu machen. Nach sehr zögernden und widerwilligen Ansätzen der ersten Revolutionspräsidenten, die sich selbst Großgrundbesitzungen in Nord-Mexiko gesichert hatten, wurde unter der Präsidentschaft von Lázaro Cárdenas (1934 - 40) eine große Agrarreform durchgeführt in deren Verlauf 47% des gesamten kultivierten Bodens umverteilt wurden. Das neuverteilte Ejido-Land blieb Eigentum des Staates, den Bauern wurde nur ein vererbbares Nutzungsrecht überlassen, sie durften und dürfen bis heute ihr Land also weder verpachten noch verkaufen. Diese rechtliche Regelung wirkt als Bremse für eine kapitalistische Entwicklung und bedeutet einen begrenzten Schutz der Agrarreformsektors. Die Bildung bäuerlicher Genossenschaften wurde stark gefördert.

1936 gründete die Regierung Cárdenas die staatliche Kreditbank der Ejidos (Banco Ejidal), die die vielfältige Aufgabe haben sollte, die Verteilung von Krediten und technischen Hilfsmaßnahmen im Agrarreformsektor zu lenken, in Zusammenarbeit mit einer hierarchischen Struktur der bäuerlichen Interessengruppen, die bei den lokalen Erzeuger- und Verbraucherorganisationen beginnen und bei den regionalen Organisationen enden sollte. Diese regionalen Organisationen sollten in der Lage sein, landwirtschaftliche Produktionsmittel in großen Mengen zu kaufen, Produktion auch in großem Umfang zu verkaufen, Lager und Maschinenzentralen zu verwalten, Darlehen zu vermitteln, Versicherungsgesellschaften zu gründen, ebenso wie eigene ländliche Industrien. Bis 1940 investierte die Banco Ejidal 300 Mio. Pesos in den kommunalen Agrarreformsektor der mexikanischen Landwirtschaft.

1940 brachte der Ejido-Sektor 52% des gesamten Wertes der landwirtschaftlichen Produktion des Landes hervor.

Die Auflösung des Agrarreformsektors

Bevor das Agrarreformprogramm von Cárdenas richtig zu greifen begann, brachte ein politischer Machtwechsel unter dem Präsidenten Ávila Camacho (1941 - 46) und Alemán (1947 - 52) eine entgegengesetzte Entwicklungsstrategie zum tragen, die den Interessen der städtischen Mittel- und Oberschichten und Privatunternehmern und nicht den Kleinbauern und Landarbeitern diente. Die neue Entwicklungsstrategie bedeutete die Unterordnung der Landwirtschaft insgesamt unter das Ziel einer möglichst raschen Industrialisierung einiger weniger städtischer Zentren, wobei innerhalb des Agrarsektors der privatunternehmerische Bereich auf Kosten des Reformsektors gefördert wurde.

Das Kreditvolumen der Ejido-Bank wurde von 1940 - 1952 eingefroren, während im gleichen Zeitraum die private kommerzielle Landwirtschaft durch massive öffentliche Investitionen in die ländliche Infrastruktur, durch Kredite und Mechanisierung unterstützt wurden. Zwischen 1941 und 1952 wurden 90% des Landwirtschaftshaushaltes für große Bewässerungsprojekte ausgegeben, die einige Staaten in Nord-Mexiko in hochentwickelte Oasen verwandelten. Der bei weitem größte Teil dieser neuen Bewässerungsgebiete wurde als Privatbesitz verkauft - häufig an die Familien prominenter Politiker und Geschäftsleute, sowie an die Angestellten der Regierungsbehörden.

Die »Grüne Revolution«

Ab 1943 wurden in einem gemeinsamen Forschungsprogramm der Rockefeller-Foundation und der mexikanischen Regierung ein Paket neuer technologischer Inputs (d.h. verbessertes Saatgut, Düngemittel, Herbizide und Maschinen usw.) entwickelt, deren Anwendung in den frühen 50er Jahren und in den 60er als "Grüne Revolution" bekannt geworden ist. Grundgedanke der "Grünen Revolution" war die Überlegung durch eine große Produktivitätssteigerung der Landwirtschaft das soziale Elend zu beseitigen, und dadurch eine soziale Revolution zu verhindern. Mexiko war hierbei der Modellfall für eine weltweite Anwendung dieser Strategie, die in den auf Kleinbauern zugeschnittenen Kreditprogrammen der Weltbank ab 1973 weitergeführt wurden.

Gerade für die Kleinbauern hatte und hat die Anwendung des Technologie - Pakets der "Grünen Revolution" verheerende soziale Folgen. In den 50er und 60er Jahren waren die Inputs der "Grünen Revolution" noch ganz für private Großgrundbesitzer bestimmt, die in den nötigen Größenordnungen über die Ressourcen Boden, Wasser und Kapital verfügten, und die entsprechenden Investitionen leisten konnten. So wurden mit großem Aufwand an staatlichen Mitteln und dem Einsatz modernster, arbeitssparender Technik in einigen zentralen Gebieten, z.B. in Yaqui-Tal nach Einführung des hochleistungsfähigen Zwergweizens zum Teil spektakuläre Ertragssteigerungen erzielt. Nutznießer dieser Entwicklungsstrategie sind a) die privaten Großgrundbesitzer, und b) die transnationalen Agrarkonzerne, die die benötigten Inputs liefern und im Falle der Exportproduktion auch die industrielle Verarbeitung und die internationalen Vermarktungskanäle kontrollieren und somit größtenteils die der eigentlichen Agrarproduktion vor- und nachgelagerten Bereiche beherrschen. Für die ärmsten Teile der mexikanischen Bevölkerung, die landlosen Saisonarbeiter, die Kleinbauern und die Bewohner der Slums hat diese Entwicklung nur negative Auswirkungen gehabt.

- Die Konzentration staatlicher Unterstützung auf relativ wenige Zentren der Modernisierung kapitalistischer Großgrundbesitzungen hat dem großen Bereich der Kleinbauern, Ejidatarios und den bäuerlichen Genossenschaften dringend benötigte Mittel entzogen.
- Der Einsatz arbeitssparender Technologie hat die ohnehin große dauerhafte Massenarbeitslosigkeit weiter gesteigert.
- Die Kleinbauern gerieten zunehmend in die Schere zwischen steigenden Produktions- und Lebenshaltungskosten und steigenden Pachtpreisen einerseits, und rapide sinkender Preise für die traditionell vom Kleinbauernsektor produzierten Grundnahrungsmittel Mais und Bohnen andererseits.

Kleinbauernfeindliche Preispolitik der PRI

Der Preisverfall für die Grundnahrungsmittel liegt jedoch nicht in einer steigenden Produktivität begründet, sondern in der Preispolitik der Regierungspartei PRI. Die staatliche Zwischenhandelsgesellschaft CONASUPO, die in Mexiko fast den gesamten Zwischenhandel mit Grundnahrungsmitteln kontrolliert, ist hierzu das zentrale Instrument. Sie setzt Garantiepreise fest, zu denen die Grundnahrungsmittel aufgekauft werden. Weiterhin wird ein großer Teil der Gesamtproduktion durch sie vermarktet. Ihre Preispolitik sah in den letzten Jahren so aus, daß die Aufkaufpreise für die Grundnahrungsmittel ab 1960 nicht einmal mehr den Verlust durch die hohen Inflationsraten für die Kleinbauern und Ejidatarios auffingen, so daß für diese nicht einmal mehr die Produktionskosten gedeckt waren. Die Folge



Kleinbauern bei der Ernte

dieser Entwicklung war zwangsläufig ein Aufgeben vieler Kleinbauern und Ejidatarios. Allein im Zeitraum von 1960 bis 1970 mussten 47% der Ejidatarios ihre Parzellen verlassen. Die staatlichen Garantiepreise für Grundnahrungsmittel sanken in der Zeit von 1960 bis 1980 real um 34,4%.

Die sinkende Rentabilität der Grundnahrungsmittelproduktion führt dann zu Beginn der 70er Jahre für Mexiko zum Verlust der Fähigkeit, sich selbst mit Grundnahrungsmitteln zu versorgen. Seit 1973 müssen große Mengen an Mais importiert werden, obwohl Mexiko in den 60er Jahren bis zu 15% seiner Produktion an Mais ausführen konnte. Im Durchschnitt der Jahre 1972 bis 1978 wurde etwa 1/7 des Verbrauches von Mais durch Importe gedeckt. Bei der Versorgung mit Weizen ist Mexiko sogar noch stärker abhängig von Importen, als dies bei Mais der Fall ist. Zwischen 1972 und 1978 mussten durchschnittlich 18,2% des Verbrauches importiert werden.

Das Zurückbleiben des Maisanbaues ist wegen seiner großen Verbreitung besonders bedeutsam, betrug doch 1978 sein Konsum das Vierfache des Weizenverbrauches. Zusammen mit den eiweißreichen Frijol (braune Bohnen) stellt Mais das wichtigste traditionelle Nahrungsmittel der einkommensschwachen Schichten dar. Selbst das traditionelle Exportgut Zucker, von dem bis 1964 noch jährlich 0,5 Mio. Tonnen (ca. 25%) ausgeführt wurden, deckte zwischen 1976 und 1980 gerade noch die Nachfrage, und musste seitdem massiv eingeführt werden. Diese zunehmenden Importe von Grundnahrungsmitteln überstiegen 1980 zum erstenmal die Gesamtausfuhr von Agrarprodukten, nachdem sie noch 1965 lediglich 1% ausmachten. Der Agrarsektor erfüllt also auch nicht mehr seine traditionelle Rolle als Exportsektor und trägt nicht mehr zur Verringerung des Handelsbilanzdefizits bei.

Die traditionellen Exportgüter für den Agrarsektor, nämlich Kaffee und Baumwolle verloren durch den Verfall der Weltmarktpreise zunehmend an Bedeutung. Für diese Produkte ging die Anbaufläche insgesamt sogar zurück.

Für die Finanzierung diese Handels -und Agrarbilanzdefizites mussten nun Mittel aus anderen Bereichen und Sektoren der mexikanischen Wirtschaft herangezogen werden, was angesichts der Gesamtentwicklung der mexikanischen Wirtschaft zunehmend schwieriger wurde. Gerade der Erdölsektor mit seinen Ver- und Zuarbeitungsbetrieben, von dem lange Zeit angenommen worden war, er könne mit seinen vermuteten hohen Gewinnen einen Großteil anderer Projekte finanzieren, erwies sich als Sackgasse. Heute müssen bereits alle Einkünfte aus dem Erölggeschäft für die Tilgung der aufgenommenen Schulden und den dazugehörigen Zinsen aufgewandt werden.

Die wachsende Bedeutung der Viehwirtschaft

Paralell zu den oben beschriebenen Tendenzen veränderte sich der Schwerpunkt der Agrarproduktion. Statt Getreide für die Versorgung der Menschen anzubauen, zogen es viele Investoren vor, in die Fleischproduktion, d.h. in die Viehwirtschaft einzusteigen. Die diesem Prozeß zugrundeliegende steigende Nachfrage nach Fleisch ist vor allem zurückzuführen auf die relativ weit fortgeschrittene Industrialisierung, den damit verbundenen Einkommenssteigerungen vor allem der städtischen Schichten und der Arbeiterschaft in den Industriezentren, den weiterumschgreifenden amerikanischen Konsum -und Verhaltensmuster und den damit einhergehenden Veränderungen der Ernährungsgewohnheiten.

So wird ein zunehmend größer werdender Teil der zur Verfügung stehenden Ressourcen in den Viehwirtschaftssektor gelenkt. Mexikanische Kritiker sprechen bereits von einer "ganaderización del agro" (in etwa übersetzt: Verviehwirtschaftlichung der Landwirtschaft). Das bedeutet, daß sich ein Großteil der mexikanischen Landwirtschaft bezieht, auf die Viehwirtschaft zu orientieren.

Die Investitionen in die Fleischproduktion sind enorm, aber auch folgenreich: allein in der Zeit von 1973 - 75 erhielt Mexiko 484 mio Dollar an Krediten von der Weltbank - ausschließlich zur Förderung der Fleischproduktion. Da aber diese Weltbankverträge auch eine Eigenbeteiligung Mexikos vorsehen, muß davon ausgegangen werden, daß der Staat Mexiko selber noch einmal die gleiche Summe hat aufwenden müssen. Diese fehlen dann natürlich anderswo (z.B. bei der Produktion von Grundnahrungsmitteln).

Mithilfe dieser Förderung stieg der Anteil der Viehwirtschaft an der gesamten Agrarproduktion von 45,4% im Jahre 1962 auf 54,7% im Jahre 1978. Dabei ist bei diesen Zahlen noch zu beachten, daß sie nicht die Werte enthalten, die der Futtermittelsektor noch dazu beiträgt. Nicht mitgerechnet ist ebenfalls der Anteil an der Mais -und Weizenproduktion, der nicht für den menschlichen Konsum bestimmt ist, sondern ausschließlich für die Viehfütterung mißbraucht wird.

Das diese Tendenz eine gewollte und nicht zufällige ist, wird daran erkennbar, daß der mexikanische Staat über seine Zwischenhandelsgesellschaft CONASUPO indirekt die Fleischproduktion auf Kosten der Grundnahrungsmittelproduktion subventioniert, indem er die Viehfuttermittel unter dem Selbstkostenpreis an die Vieh -und Fleischwirtschaft verkauft.

Transnationale Konzerne

Mit ihrer marktwirtschaftlich orientierten Entwicklungsstrategie folgt die PRI-Politik notwendigerweise der Logik und den Interessen der Transnationalen Konzerne, bzw. der transnationalen Agrarkonzernwirtschaft. Besonders begünstigt wird dabei das US - amerikanische

Agribusinesskapital, das zunehmend die zentralen Wachstumsbereiche der mexikanischen Landwirtschaft durchdringt und beherrscht. Besonders deutlich wird dies in den 'neuen' Agrarexportsektoren, die hochwertiges Gemüse und Obst (Tomaten, Paprika, Erdbeeren, Ananas) vor allem für den Export in die USA produzieren. Wie E.FEDER in seiner Studie über die 'mexikanische Erdbeerindustrie' nachgewiesen hat, handelt es sich in Wirklichkeit um eine Verlagerung US-amerikanischer Landwirtschaft nach Mexiko: Setzlinge, chemische Spritz -und Düngemittel, die Landmaschinen und praktisch die kompletten Verarbeitungsanlagen werden von US-amerikanischen, teilweise auch von anderen Transnationalen Konzernen, gestellt. Die Konzerne, die die wichtigsten Verarbeitungsfabriken besitzen, kontrollieren auch die Vermarktung und sind so in der Lage, den mexikanischen Erzeugern die Abnahmepreise zu diktieren. In dem Maße, in dem die Erdbeerindustriellen daran gehen, die Agrarproduktion zur Versorgung ihrer Verarbeitungsfabriken selber in die Hand zu nehmen, verwandelt sich dieser Sektor de facto in eine US-amerikanische Enklavenwirtschaft in Mexiko.

Den Mexikanern bleibt bei diesem Prozeß nur noch, die Ressourcen Boden, Wasser, die Infrastruktur und die Arbeitskräfte billig zur Verfügung zu stellen. Frauen -und Kinderarbeit unter skandalösen Bedingungen sind in den Verarbeitungsbetrieben weit verbreitet.

Der Konzern DEL MONTE im Bajío-Tal

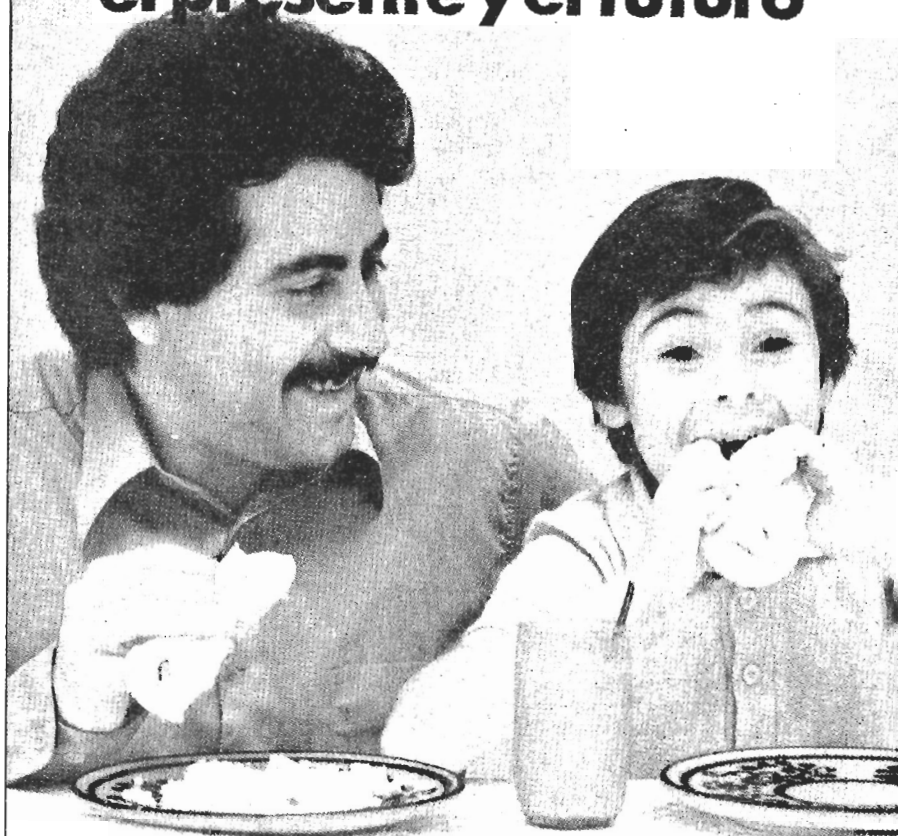
Exemplarisch für die Praktiken der Transnationalen Konzerne ist die Tätigkeit des DEL MONTE- Konzern im Bajío-Tal.

Vor ungefähr zwei Jahrzehnten begannen US-Unternehmen, sich für dieses etwa 200 KM nördlich von Mexiko-City gelegene Tal zu interessieren. Die Konzerne DEL MONTE, CAMPBELL und GENERAL FOOD errichteten Konserven -und Verpackungsfabriken.

Bis dahin wurden im Bajío-Tal Mais, Getreide und Bohnen angebaut. Überwiegend für den lokalen Markt. Ein Großteil des Landes war in Ejidobesitz, also unverkäuflich. Dies war sicherlich zunächst ein Hindernis für den Konzern DEL MONTE. Doch gerieten die Kleinbauern und Ejidatarios sehr schnell unter den Druck der oben beschriebenen Mechanismen: niedrige Aufkaufpreise durch den mexikanischen Staat, hohe Steigerungsraten der Lebenshaltungskosten usw. Diese Situation machte sich DEL MONTE zunütze, indem sie den Kleinbauern und Ejidatarios einen vermeintlichen Ausweg aus diesem Dilemma anbot: das Erzeugervertragssystem. Der Kleinbauer und/oder Ejidatario verpflichtet sich, eine bestimmte Sorte anzubauen und erhält dafür finanzielle Unterstützung durch den Konzern (Kredite) zu günstigen Konditionen. Angesichts der geringen Möglichkeiten der Kleinbauern und Ejidatarios überhaupt Kredite zu bekommen, war dies für die Bauern ein äußerst günstiges Angebot. Damit verschaffte sich DEL MONTE jedoch einen erheblichen Einfluß auf die Gesamtstruktur des Bajío-Tales. Der Konzern bestimmte die Saatsorten, die anzuwendenden Düngemittel, den Einsatz von chemischen Mitteln aller Art (Unkrautvernichter, Wachstumsverbesserer). Weiterhin sind die wichtigsten Landmaschinen Eigentum des Konzerns, so daß ohne DEL MONTE die Ernteeinbringung kaum möglich wäre. Mit der Hilfe dieses Potentials an Steuerungsmöglichkeiten, der Kredit -und Zinsschraube, die immer mehr kleinere Betriebe zur Aufgabe ihrer Parzellen zwingt, gelang es DEL MONTE, sich eine ihm genehme Struktur zu schaffen: möglichst großflächige, einheitliche Anbaugelände, auf denen der Konzern dann seine kapitalintensiven Anbaumethoden massiv anwenden konnte. In dieser vom Konzern bewußt herbeigeführten Landkonzentration liegt auch der Schlüssel für die relativ hohen Produktivkraftsteigerungen für den Anbau hochwertiger Agrargüter wie Obst und Gemüse.

Die Landkonzentration nahm im Bajío-Tal enorme Ausmaße an: 1964 hatte DEL MONTE 21 Erzeuger (zumeist Kleinbauern) mit einer durchschnittlichen Betriebsgröße von ca. 20 ha unter Vertrag. 1974 waren

Alimentos para el presente y el futuro



Text: "Lebensmittel für die Gegenwart und für die Zukunft"

rbung für die Agrarpolitik der Regierung in der mexikanischen
wochenzeitschrift "Proceso")

es bereits 110 mit durchschnittlich 45 ha großen Betrieben, und 1977 schließlich waren es 150 Erzeuger mit durchschnittlichen Betriebsgrößen von über 50 ha. Folgende Gründe sind ausschlaggebend für die Zusammenarbeit DEL MONTE's mit möglichst großen Betrieben:

1. Die Überwachung und Kontrolle lässt sich besser und rationeller organisieren.
2. Der vertraglich geforderte Eigenbeitrag der Erzeuger bei der Kreditvergabe ist von den größeren Betrieben leichter aufbringbar, so daß das Kreditgeschäft sich für DEL MONTE sicherer gestalten lässt.
3. Große Betriebe lassen sich kostengünstiger mit modernen Maschinen bearbeiten, die ja auch von DEL MONTE gestellt und/oder betrieben werden.

Selbstverständlich bauen die 'Vertragspartner' von DEL MONTE nicht mehr Grundnahrungsmittel an, da ja dafür nur niedrige Preise erzielt werden würden, sondern das wesentlich gewinnträchtigere Luxusgemüse, wie z.B. Zuckermais, Spargel und Erbsen. Alles Produkte für den gehobenen städtischen Markt oder den Export in die USA. Fazit: Verlust der Anbaufläche für Grundnahrungsmittel, Verlust der Beschäftigungsmöglichkeiten für viele Kleinbauern und Ejidatarios, und die damit verbundene Verringerung der Einflußnahme des mexikanischen Staates auf seine Landwirtschaft.

Mißt man/frau den Erfolg der Entwicklungsstrategie der mexikanischen Regierungspartei PRI an der Versorgungslage insbesondere der ärmsten Teile der Bevölkerung, so kann nur festgestellt werden, daß sie versagt hat. 35 Mio. Mexikaner, also etwa die Hälfte der Bevölkerung sind unterernährt. In den ländlichen Regionen liegen knapp 90% der Bevölkerung (21 Mio. Menschen) im Verbrauch unter dem notwendigen Minimum von 2750 Kalorien und 80g Proteine pro Tag. Fast die Hälfte davon (9,5 Mio. Menschen) leidet an schwerer Unterernährung. In den 'traditionellen Hungergebieten', also im Zentrum, im Süden und im Südosten des Landes, hat sich die Ernährungslage seit 1959 noch erheblich verschlechtert, obwohl der durchschnittliche Kalorienverbrauch schon damals erheblich weit unter dem notwendigen Minimum lag. Offensichtlich hat die Orientierung an von internationalen Entwicklungsorganisationen wie der Weltbank initiierten Programmen und die Zusammenarbeit mit dem Agrobusiness-Kapital diese verheerenden Tendenzen nicht nur nicht verhindert, sondern sie sogar noch verstärkt.

Ein neues Lebensmittelprogramm

Auch das 1980 in Kraft getretene neue Programm zur Förderung der Produktion von Grundnahrungsmitteln SISTEMA ALIMENTARIO MEXICANO (SAM) erscheint vor diesem Hintergrund als ein wenig erfolgversprechendes Instrument. Zwar ist dieses Programm das offizielle Eingeständnis der PRI, daß sie ihre eigene Entwicklungsstrategie zumindest als in Teilen gescheitert ansieht, doch welche Schlüsse zieht sie daraus? Die Logik des SAM scheint der bisherigen Strategie einer massiven und raschen "Modernisierung" der Landwirtschaft unter Einbeziehung ausländischen Kapitals, internationaler Kredite von z.B. Weltbank oder IWF und der engen Zusammenarbeit mit der Agroindustrie weiter zu folgen. Und auch das offensichtliche Kernstück des SAM, die teilweise massive Erhöhung der garantierten Abnahmepreise für Grundnahrungsmittel

weist in diese Richtung. Hohe garantierte Abnahmepreise sind quasi garantierte Höchstgewinne für das Agrobusiness, denn es ist durch seine Flexibilität, durch die großen von ihm kontrollierten Anbaugebiete und seiner modernen Produktionsmethoden sehr schnell in der Lage, die Produktion entweder ganz umzustellen auf Grundnahrungsmittel, oder aber die bislang schon von ihm erzielten Ergebnisse durch höheren Technisierungsgrad und forcierten Einsatz von Düngemitteln noch zu erhöhen. Ein Wechsel der angebauten Produkte wird vor allem dann wahrscheinlich, wenn der durch den hohen festgelegten Abnahmepreise erzielbare Gewinn höher sein wird, als er bei anderen Produkten, gleich welcher Art, zur Zeit ist oder in absehbarer Zeit sein wird.

Ist das Geschäft mit den Grundnahrungsmitteln so lukrativ für das Agrobusiness, wie es den Anschein hat (hohe Ernteerträge 1981), so wird es sicherlich, und dies liegt in der Logik des Systems, versuchen, weiteren Boden für den Anbau dieser jetzt gewinnträchtigen Produkte unter seine Kontrolle zu bekommen. Dies bedeutet dann wiederum einen weiteren Angriff auf die Kleinbauern und Ejidatarios, wobei die Agrokonzerne hier wieder ihre ganze Palette ihrer Möglichkeiten (s.o.) anwenden können - diesmal auf einer erweiterten Stufenleiter.

Selbst eine bevorzugte Versorgung der Kleinbauern und Ejidatarios mit billigen Krediten wird aller Voraussicht nach nichts an dieser Entwicklung ändern, denn a) sind das Saatgut und die meisten anderen Güter die zu einer intensiveren Produktion notwendig sind in den Händen oder der Kontrolle der Transnationalen Konzerne (Agrobusiness), und b) besagt ein erhaltener billiger Kredit noch nichts über die damit erreichbare Produktivitätssteigerung, den hierzu müssen Faktoren wie Beschaffenheit des Bodens oder die Verfügbarkeit von Bewässerungsanlagen beachtet werden, die ja bekanntlich aber im wesentlichen bevorzugte Objekte des Agrobusiness waren und sind. Und sicherlich ist auch zu fragen, ob die nun erhöhten garantierten Abnahmepreise und die billigen Kredite überhaupt ausreichen, den Kleinbauern und Ejidatarios einen Gewinn zu ermöglichen und somit sowohl den Lebensstandard erhöhen und eine weitere Landflucht verhindern.

Andersherum ist zu fragen, ob denn nun höhere Abnahmepreise nicht in direkt auch die Kosten der Kleinbauern und Ejidatarios steigern: durch verteuerte Lebensmittel könnten sich auch z.B. die Löhne, dann viele andere notwendige Produkte verteuern, die dann auch die Kosten der Kleinbauern und Ejidatarios so weit erhöhen, daß selbst bei optimalster Nutzung und größtmöglicher Produktivitätssteigerung der Garantiepreis nicht ausreicht.

Fazit: Das SAM versucht Symptome zu kurieren, weigert sich jedoch fundamentale und strukturelle Probleme mit der notwendigen Radikalität anzugehen.

Der neue Präsident

Vom kommenden mexikanischen Präsidenten Miguel de la Madrid, der gegen Ende dieses Jahres sein Amt antreten wird, darf man/frau wenig Neues und damit wenig Gutes in dieser Richtung erwarten. Vor kurzer Zeit sprach er in einer programmatischen Erklärung zur Agrarpolitik davon, daß er den bisherigen Weg der Modernisierung weitergehen wolle - allerdings mit erhöhten Sozialausgaben. Letztere werden unter diesen Umständen dann auch sicherlich dringender!



Ein Opfer der "Modernisierung"

JAMAICA

Was wurde aus Manley's Landreform?

Der folgende Bericht über das Landreformprogramm der Peoples National Party unter Michael Manley stammt von Gernulf Augustin, der in der Zeit von 1979 bis 1981 im Agrarministerium von Jamaica als Agrarsoziologe mitgearbeitet hat. Am Beispiel der Landreform in Jamaika wird der Widerspruch deutlich, in dem sich die PNP mit ihrem demokratischen reformsozialistischen Konzept befand, der schließlich zum Wahlsieg der konservativen Jamaican Labour Party unter Edward Seaga führte.

Zweifelsohne war Michael Manley ein progressiver Politiker, ein Sprecher für die Dritte Welt und ein Freund Kubas, während Seaga ein Freund der USA und ein Feind Castros ist. Es wäre aber falsch, die letzten Wahlen in erster Linie im Lichte des Ost-West-Konflikts zu sehen. Es stimmt zwar, daß die USA in Jamaica intervenierten, mit dem Ziel, das System zu destabilisieren und die PNP Regierung zu stürzen, aber es ist unwahrscheinlich, daß dies der Hauptgrund für Manleys Wahlniederlage war. Dieser liegt vielmehr in den Widersprüchen von Manleys Politik des demokratischen Sozialismus, der ein Kompromiß zwischen Kapitalismus und Sozialismus sein wollte, ein Kompromiß, der bereits von Nkrumah und Allende angestrebt wurde und scheiterte. Als Sozialist führte Manley kostenlose Schulbildung für alle ein, übernahm ausländische Investitionen in Staatshand und verteilte Land. Aber als Demokrat war Manley nicht in der Lage, den "brain-drain" und die Kapitalflucht zu verhindern. Als Demokrat konnte er ausländischen Besitz nur kaufen, nicht enteignen. Als Demokrat konnte er genausowenig das für die Landreform benötigte Land enteignen, sondern mußte nehmen, was nicht im Besitz der Großgrundbesitzer war bzw. was diese bereit waren, zu verkaufen oder zu verpachten.

Vom Zeitpunkt der Sklavenbefreiung (1838) an war die Landverteilung für den jamaikanischen Kleinbauern erster und wichtigster Konfliktstoff. Fast 100 Jahre war er in seinem Kampf um das seinen Lebensunterhalt sichernde Produktionsmittel 'Boden' der Macht und Willkür der Großgrundbesitzer und der ihre Interessen vertretenden Regierungen vollkommen ausgeliefert. Ab 1929 sollte ein "Land Settlement"-Programm diesem permanenten Druck aus der ländlichen Bevölkerung (zum damaligen Zeitpunkt ca. 70% der Bevölkerung) Erleichterung verschaffen. Eine qualitative Verbesserung sollte ein Verpachtungsprogramm bringen, das unter der PNP-Regierung im Jahr 1972 begann. Im Laufe von 7 Jahren wurden ca. 4% der landwirtschaftlichen Nutzfläche verteilt. Dies waren Ländereien, die bereits im Besitz des

Staates waren oder von Privatbesitzern als wirtschaftlich nicht mehr rentable Flächen an den Staat verkauft oder verpachtet wurden. Die riesigen, fruchtbaren und damit rentablen Flächen der Großgrundbesitzer und Agro-Konzerne wurden nicht angetastet. Aber auch die anderen Komponenten, des Landreformprogramms, einschließlich der starren und unfähigen Verwaltung enttäuschten den Kleinbauern.

Permanente Versorgungsschwierigkeiten, zunehmende Landflucht und damit Verstärkerungsprobleme, steigende Arbeitslosigkeit, politische und kulturelle Unterdrückung waren die Hauptursachen für den Regierungswechsel in Jamaica im Jahr 1972. Die Ankündigung von sozialen Reformen durch die sozialdemokratische PNP erweckte hohe Erwartungen der Unzufriedenen, insbesondere in der Landbevölkerung und unter den arbeitslosen Jugendlichen. Der Klassegegensatz im landwirtschaftlichen Sektor Jamaicas wurde als Hauptgrund für einige der brennendsten sozialen und ökonomischen Probleme des Landes gesehen. Ein relativ modernisierter Sektor, wo auf großen Plantagen hauptsächlich Zucker und Bananen für den Export produziert wurden, stand dem kleinbäuerlichen Bereich gegenüber, in dem auf Mini-Flächen Nahrungsmittel für die Eigenversorgung angebaut wurden. Die Auswirkungen sind bekannt: geringe landwirtschaftliche Produktivität, die Notwendigkeit, Nahrungsmittel zu importieren und damit Belastung des Staatshaushaltes, extreme Armut und ungleiche Einkommensverteilung.

ZIELE DES LANOREFORMPROGRAMMES

Unter den angekündigten Sozial-Programmen der PNP sollte das Landreformprogramm einen der Schwerpunkte bilden. Man erhoffte sich durch dieses Programm, die Nahrungsmittelproduktion zu erhöhen und damit die Nahrungsmittelimporte zu senken, ungenutzten Boden wieder in Produktion zu stellen, Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen und somit die Landflucht zu mindern.

Unter dem Slogan "Operation GROW" begann ein weitgefächertes Programm. Einzelne Programmteile waren:

"Food Farms": Auf staatseigenem Land sollten mit modernen Methoden Nahrungsmittel angebaut werden, deren Anbau bisher vernachlässigt worden war oder die eingeführt werden mußten (z.B. Reis, Zwiebeln);

"Pioneer Farms": Jugendlichen Arbeitslosen aus gefährdeten ländlichen und städtischen Gebieten (Slums) sollte die Möglichkeit geboten werden, landwirtschaftliche Kenntnisse in gemeinsamer Arbeit zu gewinnen, um später (nach ca. 1 Jahr) auf kooperativer Basis den eigenen Lebensunterhalt sichern zu können;

des weiteren gab es Aufforstungsprogramme, Bewässerungs- und Bodenkonservierungsprogramme;

Der wichtigste Teil des Landreformprogrammes war "Project Land Lease" (Landverpachtungsprogramm). Im Gegensatz zu seinen Vorgängern, den "Land Settlement"-Programmen, die das sog. "Freehold System", d.h. Möglichkeit des Landerwerbs für Kleinbauern aus Staatsbesitz, bevorzugten, stand nun das "Leasehold System", d.h. Landzeitpachtmöglichkeit von Staatsland, im Mittelpunkt.

Ein Pachtvertrag auf 49 Jahre mit Verlängerungs- und Vererbungs-möglichkeit, allerdings mit Bebauungsverpflichtung, sollte drei Ziele verfolgen:

- Verhinderung von Bodenspekulation;
- Bebauungsgarantie von vorher brachliegenden Flächen;
- Steuerungsmöglichkeiten für bestimmte Anbauprodukte über Regierungsprogramme;

Im Folgenden soll nun versucht werden, den Schwerpunkt des Landreformprogrammes, das 'Project Land Lease', darzustellen.

Zielgruppen und Inhalte des Reformprogramms

Ubergreifende, aber auch als gleichwertig zu betrachtende Ziele waren Produktionssteigerung von Nahrungsmitteln und Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten. Im Sinne der PNP-Sozialreformen sollte dabei hauptsächlich die große Gruppe der Kleinbauern und landlosen Farmarbeiter angesprochen werden (ca. ein Drittel der Bevölkerung Jamaicas).

Hauptursache für die ökonomischen, sozialen und sozialpsychologischen Probleme dieser Gruppe ist die ungerechte Landverteilung. In Jamaica werden ca. 60% der Anbaufläche von ca. 2% der Landbesitzer bewirtschaftet, wohingegen sich alle Kleinbauern (knapp 80% der Landbesitzer) zusammen mit 15% der bebaubaren Fläche zufriedengeben müssen. Oder mit anderen Worten; der jamaikanische Kleinbauer muß mit der Bearbeitung von meist weniger als 2 ha Boden den Unterhalt für seine Familie sichern, während der Großgrundbesitzer zum selben Zweck im Durchschnitt 2000 ha zur Verfügung hat.

Um möglichst vielen Kleinbauern möglichst schnell zu einem Stück Land zur Bewirtschaftung zu verhelfen, wurde 1974 das "Project Land Lease"-Programm in drei Phasen unterteilt:

Phase I: Der Staat pachtet von Privatbesitzern brachliegendes Land für einen Zeitraum von 5 bis 10 Jahren. An in der Nachbarschaft dieser jeweiligen Länderei lebende Kleinbauern werden Landstücke als zusätzliche Fläche zur Bewirtschaftung zu einem niedrigen Zins weiterverpachtet. In erster Linie ist an den Anbau von Produkten zur Versorgung des lokalen Marktes gedacht;

Phase II: Land in Staatsbesitz wird an Kleinbauern für einen Zeitraum von 49 Jahren als Ergänzung zu dem von ihnen bereits bewirtschafteten Land verpachtet. Der Vertrag kann verlängert werden, das Pachtrecht vererbt werden. Es soll ein Langzeitpachtverhältnis entstehen. Um es zusätzlich attraktiv zu machen, unterhält der Staat die Zufahrtswege auf den Ländereien;

Phase III: Land aus Staatsbesitz, dessen Größe und Güte einen angemessenen Lebensunterhalt garantiert, wird in wenig erschlossenen Gebieten zur Pacht auf 49 Jahre angeboten. Es sollen neue ländliche Siedlungen entstehen. Hierzu stellt der Staat neben dem Land auch infrastrukturelle Einrichtungen wie Straßen, Häuser, Wasser- und auf längere Sicht auch Stromversorgung bereit;



Jamaica Daily News

Pächter aller drei Phasen, besser gesagt Landreformtypen, da sie zwar hintereinander eingeführt wurden, aber dann nebeneinander existierten, haben zusätzlich die Möglichkeit, Sachmittelkredite für Kunstdünger, Saatgut, Unkraut- und Insektenbekämpfungsmittel in Anspruch zu nehmen. Wenn nötig, wird vom Staat die Rodung übernommen, und es werden Bodenkonservierungsmaßnahmen durchgeführt. Auch ein landwirtschaftlicher Beratungsdienst wird aufgebaut. Der Pachtzins ist so bemessen, daß die finanzielle Belastung für den Pächter erträglich ist.

Ziele, Programmphasen und Durchführungsbestimmungen sollten Fehler und Unzulänglichkeiten der schon 1929 eingeführten 'Land Settlement'-Programme vermeiden..

Programmdurchführung

Politisches Ziel war, in den ersten zwei Jahren Land an 10 000 Bauern zu verteilen. Sobald danach die finanziellen Mittel im Haushalt gesichert und das notwendige Personal bereitgestellt seien, sollten pro Jahr weitere 10 000 Bauern in den Genuß des Programmes kommen.

Mitte 1973 wurde der erste Pachtvertrag unterzeichnet, und in der amtlichen Statistik wurde gemeldet, daß bis Mitte 1974 1 198 Tonnen

Nahrungsmittel mit einem Wert von J\$ 1.4 Mio. geerntet wurden (zum Vergleich: im Jahre 1974 wurden Nahrungsmittel im Wert von J\$ 182.3 Mio. eingeführt). In diesem ersten Jahr wurden ca. 24 000 Acres Land an über 3 000 Bauern verteilt. In ähnlichem Rythmus ging es bis zum Wahljahr 1976 weiter, wenn auch das Jahresziel, an 10 000 Kleinbauern Land zu verteilen, nicht erreicht wurde.

Die Gesamthöhe der aufgewandten Kosten während der Laufzeit des Programmes hatte am Ende des Finanzjahres 1979/80 die Summe von über J\$ 3 1/4 Mio. erreicht. Ca. ein Drittel davon entfiel auf Löhne und Gehälter der Projektverwaltung, ein Drittel auf Kredite an die Bauern und ein Drittel auf Infrastrukturmaßnahmen und anderes. Nicht in den Kosten enthalten sind Ausgaben für den Ankauf von neuen Ländereien sowie Zinsen für das Pachten von Ländereien aus Privatbesitz durch den Staat.

Der für die Durchführung des Projektes notwendige Verwaltungsapparat war bald aufgebaut und hatte in den letzten Jahren einen festen Kostenanteil von ca. J\$ 4 Mio. D.h., daß im jährlichen Budget ab 1977 nur noch ungefähr J\$ 1 Mio. für Kredite und Infrastrukturmaßnahmen zur Verfügung standen. Dies spiegelt die finanziellen Schwierigkeiten wider, unter denen das Projekt von Anfang an litt. Großzügige Kreditmöglichkeiten zu Beginn sollten den Kredittopf nach einer Anlaufphase immer wieder füllen und das Projekt somit selbst tragen ('Revolving Fund'). Wie die Untersuchung von Preston¹⁾ zeigt, stand die Rückzahlungsmoral bzw. die Rückzahlungsmöglichkeiten der Bauern nicht in Einklang mit dieser Idee.

Enttäuschung über die Unfähigkeit der Verwaltung (z.B. Saatgut wurde zu spät geliefert), das Nichteinhalten von Versprechen (z.B. Infrastrukturmaßnahmen wie künstliche Bewässerung wurden nicht durchgeführt), das Versagen des neu aufgebauten Vermarktungssystems (z.B. Produkte verrotteten auf den Feldern, Verarbeitungsbetriebe konnten nicht rechtzeitig fertiggestellt werden), aber auch schlechte Ernten (extreme Trockenheit in den Jahren 1973 und 1974) ließen den hoffnungsfrohen

Kleinbauern und Pächter immer passiver werden. Hand in Hand mit dem Nichtzurückzahlen der erhaltenen Kredite ging ein Brachliegenlassen der gepachteten Flächen. Waren zum Ende des Finanzjahres 1978/79 weniger als 10% der Kredite zurückgezahlt, so wurde auch nur noch ein Drittel der bebaubaren Fläche bearbeitet.

Nach der Anfangsphase (1973/74) hatte das Programm im Jahre nach der erfolgreichen Wiederwahl der PNP (1976) in Bezug auf die Landumverteilung einen erneuten Höhepunkt. Die Landvergabe an knapp 10 000 Bauern in diesem Jahr ist jedoch eher als landesübliches Wahlgeschenk an Anhänger und Sympathisanten der erfolgreichen Partei zu sehen, denn zum Erreichen der Programmziele fehlte das Geld in der Kasse. Auswirkungen der Weltwirtschaftsordnung (Energieverteuerung), Abhängigkeit vom Weltmarkt (Sinken des Zuckerpreises), Einflußnahme der Bauxit-Konzerne (Reduzierung des Fördervolumens in Jamaica bei gleichzeitiger Verlagerung der Produktion nach Australien), sowie innerwirtschaftliche Probleme (Kapitalflucht ins Ausland, Investitionsunlust ausländischen Kapitals) führten zu einem Sinken der Staatseinnahmen und erschwerten gleichzeitig Kreditaufnahmemöglichkeiten auf dem internationalen Kapitalmarkt (Einflußnahme der USA, Bedingungen des Internationalen Währungsfonds).

Soziale Programme wie das Landreformprogramm bekamen diese Entwicklung als erstes zu spüren. Dennoch gelang es für ein regional begrenztes Gebiet einen Weltbankkredit zu bekommen. Allerdings wurden die Programmrichtlinien entsprechend der Vorstellungen der Weltbank (Förderung der 'progressive' Farmer, Infrastrukturmaßnahmen) umgeschrieben. Für das nun lautende 'First Rural Development Project' konnten US\$30 Mio. bereitgestellt werden. Für eine andere Region konnte die finanzielle und personelle Hilfe von US-AID gewonnen werden. Mit ebenfalls neuen Schwerpunkten, hier im technischen Bereich (Bodenerhaltungsmaßnahmen, künstliche Bewässerung) standen dem 'Second Integrated Rural Development Project' US\$20 Mio. zur Verfügung.



Vorliegende Untersuchungen²⁾ zeigen, daß das Landreformprogramm der PNP vom jamaikanischen Kleinbauern von Anfang an zwar wohlwollend aufgenommen wurde, er es letztlich aber nicht als sein Programm und von oben her aufgesetzt empfand. Ein Stück Land vom Staat zur Bewirtschaftung zu bekommen, wurde allgemein begrüßt. War das Land aber für den geplanten und geförderten Anbau nicht geeignet, wurde es brach liegen gelassen und dem Staat auch der Pachtzins verweigert. Ebenso wurden die Möglichkeiten, Sachmittelkredite oder Barkredite zu bekommen, in

Anspruch genommen. Gab es aber keine zufriedenstellenden Ernten, und war dies auch noch auf Versagen der Verwaltung zurückzuführen, wurden erhaltene Kredite nicht als Rückzahlungsverpflichtung angesehen. Die negative Zahlungsmoral der Pächter wurde noch bestärkt durch parteiliche Maßnahmen bei der Auswahl der Bewerber oder der Vergabe von Krediten. Ebenso wurden andere Programmteile, wie die Arbeitsaufnahme der 'Pioneer Farms' (1978) und das Aufleben der 'Food Farms' (1979/80), die trotz leerer Kassen augenscheinliche finanzielle Förderung erhielten, als Konkurrenz empfunden und als innerparteiliche Maßnahme verstanden.

Am Ende der Regierungszeit der PNP waren ca. 65 000 Acres bebaubares Land (2.5% der landwirtschaftlichen Nutzfläche) an über 30 000 Kleinbauern (ca. 20% dieser Bevölkerungsgruppe) verteilt und über J\$ 34 Mio. an Haushaltsmitteln ausgegeben worden. Die Tatsache, daß nach ca. 7-jähriger Laufzeit des Landreformprogrammes nur ein Drittel der bebaubaren Fläche noch genutzt und weniger als 10% der Kredite zurückgezahlt wurden, ist als Resonanz der Zielgruppe auf Programminhalte und die Durchführung der Programmteile zu verstehen.

Grenzen des Programms

Die letztlich ablehnende Haltung der Bauern ist als Indikator für die engen Grenzen des Landreformprogrammes der PNP zu sehen.

Das Land, das zur Umverteilung bzw. Verpachtung vorgesehen war, war bereits im Staatsbesitz oder wurde vom Staat von den Plantagenbesitzern, den Zucker- und Bauxitgesellschaften zu Marktpreisen gekauft. Es war meist von minderwertiger Qualität und für den vorgesehenen Anbau von Nahrungsmitteln kaum geeignet. Die fruchtbaren, ertragreichen Böden blieben weiterhin in Privatbesitz.

Zur Umsetzung des Programmes wurde neben die bestehende Agrarverwaltung eine eigene Programmverwaltung gesetzt und vorwiegend mit Anhängern und Freunden der PNP besetzt. Meist der Mittelschicht angehörend, oft unerfahren und inkompetent und in vielen Fällen desinteressiert entwickelten die Verantwortlichen ein autoritäres und paternalistisches Verhalten den Pächtern gegenüber.

Die zur Durchführung des Programmes notwendigen Kreditmöglichkeiten für die Pächter waren zu knapp bemessen, ebenso wurden die geplanten und versprochenen Infrastrukturmaßnahmen oft nicht ausgeführt.

Der Kleinbauer, als Zielperson von Anfang an an der Formulierung und Gestaltung des Programmes nicht beteiligt, fühlte sich von den Programmzielen nicht sonderlich angesprochen, verfiel durch die augenscheinliche Unfähigkeit und Korruptionanfälligkeit der Verwaltung mehr und mehr in Frustration, und ließ nach kurzer Zeit der Bearbeitung das Land wieder brach liegen oder arbeitete in der für den jamaikanischen Kleinbauern bekannten individualistischen Weise weiter.

So ist es auch nicht verwunderlich, daß von Seiten der Pächter - von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen - keine Anregungen zum Aufbau einer Bauernorganisation, Genossenschaft oder Kooperative oder eine Forderung nach Einbeziehung in die Entscheidungen der Programmumsetzung kam. Im PNP-Programm war dies auch nicht vorgesehen, ebenso wie das gesamte Programm nicht angelegt war, die alten ererbten ländlichen Strukturen zu ändern.



Die Haltung der JLP zur Landreform

Neben der berechtigten Kritik an der Durchführung der PNP-Landreform grenzte sich die konservative JLP (Jamaican Labour Party) in ihrem Wahlprogramm auch inhaltlich klar dazu ab. Um keinen der ca. 36 000 betroffenen Pächter allzusehr zu verschrecken, wurde zwar nicht vom Ende des 'Leasehold System' gesprochen, aber deutlich herausgestellt, daß das 'Freehold System' bevorzugt werde und man eine Fortsetzung, Verbesserung und Erweiterung der von der JLP-Regierung der Sechziger Jahre begonnenen 'Land Settlement'-Politik denke. Jeder eingetragene

Pächter werde sich entscheiden können, ob er kaufen oder zunächst die Pacht fortsetzen wolle. Wie in anderen Bereichen machte hier die JLP ihre Verpflichtung gegenüber dem Privateigentum deutlich. Und sie gewann die Wahl mit überraschend hohen Stimmengewinnen im ländlichen Bereich.

Ein neues Konzept für die Entwicklung des ländlichen Raumes in Jamaica hat die JLP bisher nicht vorgelegt. Jedoch war bald nach der Wahl an einigen, nicht großartig angekündigten Aktivitäten und Instruktionen abzusehen, wie die neue Strategie aussehen wird:

- den 'Pioneer Farms', die arbeitslose Jugendliche beschäftigen und zu späteren Mitgliedern von Kooperativen ausbilden sollten, wurden zunächst die finanziellen Mittel gestrichen (Nov.80) und später wurden sie ganz geschlossen (Jan.81);
- eine auf Eigeninitiative entstandene 'Pre-Cooperative' die sich auf einer Länderei (Phase II) gebildet hatte, wurde wegen "sozialistischer Tendenzen" aufgelöst (Jan.81);
- die 'Project Land Lease'-Verwaltung wurde angewiesen, daß Pachtverträge zwischen der Regierung und Großgrundbesitzern für Projekte der Phase I grundsätzlich nicht mehr verlängert werden (Dez.80);
- Ländereien in Regierungsbesitz, die für Projekte der Phase II und der Phase III vorgesehen waren, wurden als Ganzes zum Kauf angeboten (Dez.80);

Im neuen Haushalt (1981/82) sind für die Fortführung der Landreformprogramme nur noch J\$ 2.5 Mio. vorgesehen. Dies dürfte gerade ausreichen um den finanziellen Verbindlichkeiten (Pachtzinsen, Kaufraten) nachzukommen und etwa die Hälfte der bisherigen Verwaltungskosten zu begleichen. Ein Personalabbau der ländlichen Beratungsdienste und ein Ende der Sachmittelkredite sind die Folge. Und es darf angenommen werden, daß das Landreformprogramm mehr und mehr ausgetrocknet wird.

Quellen: Arthur Lewin, The Fall of Michael Manley, in: Monthly Review, London, Febr. 1982

H. Preston, Project Land Lease Report, Kingston 1979

C. Stone, Tenant Farming under State Capitalism, in: Essays on Power and Change in Jamaica, ed. by Stone and Brown, Kingston, 1977

M.u.G. Augustin, A Pre-study on Project Land Lease in St. Thomas (Jamaica), Kingston, 1980

Die FDCL-Frauengruppe stellt sich vor



Während der Lateinamerika Tage hatten sich etwa 50 Frauen zu einer Frauengesprächsrunde mit dem Thema "Lernprozesse in der Solidaritätsarbeit und Frauenkampf" zusammengefunden. Aus dieser Veranstaltung heraus haben etwa zehn Frauen eine Lateinamerika - Solidaritätsfrauengruppe gegründet. Unsere Parole soll nun aber nicht sein: Alle Frauen raus aus der Solidaritätsbewegung, wir machen jetzt nur noch unsere Frauenarbeit. Nein, wir verstehen uns als eine im Rahmen des FDCL arbeitende Gruppe.

Wir erfahren die Solidaritätsarbeit oft als männerdominiert, sowohl hier als auch in Lateinamerika über die Köpfe der Frauen hinweggehend. Die Frauen Lateinamerikas haben in der hiesigen Solidaritätsbewegung keine Lobby! Viele von uns haben auf ihren Lateinamerikareisen die Erfahrung gemacht, daß die Frauen dort in einer spezifischen Situation der Unterdrückung leben, aber es auch eine Vielzahl von Initiativen gibt und Widerstand, der besonders von Frauen ausgeht.

Weil wir uns diesen Frauen und ihren Kämpfen verbunden fühlen, wollen wir eine Solidaritätsarbeit machen, die solche Frauenkämpfe u.a. auch konkret und materiell unterstützt.

Unseren Arbeitsbereich haben wir, soweit wir das bisher überhaupt diskutieren konnten, auf folgende Punkte abgesteckt:

- Informationen über die allgemeine Situation, Kämpfe und Selbsthilfeprojekte von Frauen in Lateinamerika sammeln und austauschen
- Das FDCL - Archiv zum Themenschwerpunkt Frauen ausbauen
- Entwicklungspolitische Bildungsarbeit für Frauen in den verschiedensten Zusammenhängen: Gewerkschaften, kirchliche Gruppen, Parteien und Stadtteilgruppen

Um uns besser kennenzulernen wollen wir unsere Energie und Fähigkeiten erst einmal an einer praktischen Aktivität erproben. (Siehe unseren Spendenaufruf für Nicaragua)

Uns ist sehr wohl klar, daß sich Solidarität nicht darin erschöpfen kann, caritative Hilfe für die Armen der unterentwickelten Länder zu leisten und Spenden nicht die Funktion von Ablaßkäufen haben dürfen.

Andererseits scheint uns abgehobene politische Aufklärungsarbeit alleine - angesichts der allgemeinen Informationsüberflutung - auch nicht die beabsichtigten Veränderungen zu bewirken.

In diesem Sinne: Wir haben noch viel vor. Noch sind wir wenige Frauen und fänden es ganz toll, wenn sich noch andere Frauen entschließen könnten, bei uns mitzumachen!

Wir treffen uns Montags um 19.30 in der Küche (!) des FDCL.

* Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile/Lateinamerika, Savignyplatz 5, 1 000 Berlin 12

Nicaragua braucht jetzt schnelle Hilfe

Durch anhaltende Regenfälle, Sturmfluten und Überschwemmungen sind in Nicaragua in den Regionen an der Pazifikküste große Schäden entstanden: Tausende von Menschen sind obdachlos geworden, 270 Menschen umgekommen, große Teile der Ernte sind verwüstet... Ein schwerer Schlag für Nicaragua.

Vor einigen Tagen erreichte uns ein Brief aus Corinto, der größten Hafenstadt Nicaraguas an der Pazifikküste, in dem Vertreterinnen der nationalen Frauenorganisation (AMLAE) und eines Frauenprojektes uns um Hilfe bitten. Das Projekt bietet seit zwei Jahren Prostituierten und anderen Frauen, die sich in einer schlechten ökonomischen Situation befinden durch Alphabetisierungs- und Ausbildungskurse (Kunsthandwerk, Schreibmaschinen- und Nähkurse) alternative Möglichkeiten für ihren Lebensunterhalt zu sorgen. Das Haus, das Wohnmöglichkeiten für die Frauen bietet und dem Werkstätten, Ausbildungsräume und ein Kindergarten angegliedert sind, liegt direkt am Meer und wurde wie viele seiner Nachbarhäuser durch Sturmfluten total zerstört.

Wir - als Lateinamerika-Frauengruppe - wollen die Weiterarbeit dieses Projektes unterstützen sowie die Situation der durch diese Katastrophe Geschädigten helfen zu verbessern.

Aus diesem Grund bitten wir Euch, möglichst schnell um viele viele Spenden. Die Frauen brauchen dringend Babywäsche, Kinderkleidung, Kleidung für Erwachsene (nicht zu warme Kleidung, da tropisches Klima), Schuhe, Bettwäsche, Decken und vor allem Geld!

Die Sachspenden bitten wir Euch ins FDCL, Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12 zu bringen oder (wem der Weg aus Westdeutschland zu weit ist) an medico international, Homburger Landstr. 455, 6000 Frankfurt 50. Geldspenden bitten wir auf das Konto des FDCL, Postscheckkonto Berlin-West Nr. 176966-104 unter dem Stichwort "Nicaragua".

Wir werden Eure Spenden umgehend an die Frauenorganisation AMNLAE in Corinto schicken, die die Spenden verteilt wird.



Die FDCL-Frauengruppe

Ehemalige Prostituierte in der Hafenstadt Corinto während der Arbeitspause vor ihrer Nähwerkstatt, die zum "Haus für Ausbildung und soziale Kommunikation" gehört.

Corinto, 31. Mai 1982

Liebe Freunde,

in diesem ersten Informationsbrief über die Situation in unserem Zentrum nach den großen Regenfällen und Sturmfluten, die sich zwischen dem 23. und 24. Mai ereigneten, möchten wir Euch mitteilen, daß die Aktivitäten der gesamten Bevölkerung des Barrios und der Frauen dieses Projektes bei den Evakuierungsarbeiten besonders positiv waren.

Unsere aktuelle Situation sieht so aus:

Das Zentralhaus und das Kinderhaus sind völlig zerstört. Die beiden Werkstätten, die von dem Programm eingerichtet wurden, dienen als Notunterkünfte. Die Kurse in den 3 Werkstätten können zur Zeit nicht stattfinden. Die Frauen und Kinder sind wohlbehalten und gesund. 35 Frauen haben materiellen Schaden erlitten: Verlust von Kleidung, Bettwäsche, Matratzen, Küchengeräte. Das alles wurde zerstört oder durch das Wasser und die Feuchtigkeit beschädigt. Außerdem haben wir große Verluste erlitten an Arbeitswerkzeugen und Material, die bei dem übereilten Umzug, der Räumung, verloren gingen oder durch das Wasser beschädigt wurden.

Vom ersten Moment an haben sich die Frauen beeilt, die wertvollsten Gegenstände des Projektes zu retten und so gelang es ihnen, alle Maschinen zu retten. Das neu zusammengeschlossene Gesundheits- und Sozialministerium (INSSBRI) hat uns unverzügliche Hilfe zugesichert, uns ein zentraler gelegenes Gelände zu übergeben und kümmert sich um den Aufbau eines geeigneten Zentralhauses und die Installation der Werkstätten, so daß das Programm als Ganzes verlegt werden wird.

Wir gehen davon aus, daß wir schon im Juli das Zentralhaus soweit hergerichtet haben und hoffen, am 10. Juli die normalen Aktivitäten wieder aufnehmen zu können, so daß die Frauen trotz der sehr beengten Verhältnisse die Aufträge, die sie haben erledigen können.

Wir fügen eine Liste mit den am dringendsten benötigten Sachen bei.

Mit schwesterlichen Grüßen

Hogar de Capacitación
Juana Rojas
Corinto

Hier die Liste der am dringendsten benötigten Sachen:

Babywäsche, Wäsche für Kinder, Wäsche für Frauen, Bettwäsche, Decken, Handtücher, Schuhe für jedes Alter.

Ferner eine Aufstellung der für die Werkstätten (Nähwerkstatt, Schreibmaschinenkurse, Kunsthandwerk) dringend benötigten Arbeitsmaterialien:

Scheren, Stoffe, farbiger Filz, 3 Schreibmaschinen, Farbbänder, Kohlepapier, Typenreiniger, Radiergummis, Tipp-ex, Hefte, Bleistifte, Blöcke, Farbstifte, Kugelschreiber, Stickgarn, Nähfaden, Stofffarben, Drahtzangen, Pinzetten, Pinsel, Farben, 2 Stopuhren, Hammer.

*Partnerschaftsaktion für Angehörige von politischen Gefangenen
und Verhafteten/Verschwundenen in Argentinien*

Die Evangelische Studentengemeinde Essen, die schon seit einigen Jahren gute Kontakte zu den Müttern der Plaza de Mayo und der Kommission der Familienangehörigen hat, erhält viele Hilferufe von den Angehörigen, deren wirtschaftliche Situation erbärmlich ist. Die ESG schlägt deshalb die Einrichtung eines Spendenfonds für die Angehörigen der politischen Gefangenen und der Verschwundenen vor, der gemeinsam mit den 'Madres' und der Kommission der 'Familiares' gerecht verwaltet werden soll. Dafür stellt die ESG ihr Sammelkonto mit dem Stichwort 'argentinische Familien' zur Verfügung. Die in einer ersten Aktion eingehenden Spenden will die ESG durch einen eigenen Betrag von etwa DM 1000,-- aufstocken.

Damit es nicht bei einer einmaligen Aktion bleibt, sucht die ESG Kontakt mit anderen Gruppen, die die Aktion unterstützen wollen, um ein gemeinsames Konzept zur Fortsetzung und Verbesserung der Arbeit zu entwickeln und eine Gruppierung, die bereit ist, die Federführung für diese Aktion zu übernehmen.

Die ESG/Essen bittet alle angesprochenen Gruppen dringend, sich zu den Vorschlägen zu äußern, damit bald klar wird, wie die Aktion weiterlaufen kann.

Kontaktadresse: Walter Zielke, Evangelische Studentengemeinde Essen
Universitätsstraße 2
4300 Essen 1

Spendenkonto: Stadtparkasse Essen 8 354 797
(BLZ 360 501 05)
Stichwort: "argentinische Familien"

Palästinensische Ärztevereinigung
in der BRD (e. V.)
Friedrich-Wilhelm-Str. 2a
5300 Bonn



اتحاد الاطباء الفلسطينيين
في ألمانيا الاتحادية
- بون -

Aufruf

Seit sechs Tagen ist die palästinensische und libanesische Bevölkerung in Libanon einem bitteren Dauerkrieg ausgesetzt.

Angeichts dieser Situation bitten wir alle Menschen sowie die humanitären, sozialen und medizinischen Organisationen darum, das Leiden der palästinensischen und libanesischen Zivilbevölkerung, das eine schreckliche Folge dieses Krieges ist, zu mildern.

Damit alle helfen können, bitten wir Sie um Spenden;
Bankkonto Nr. der PÄV bei:

Dresdner Bank - Bonn
2536900
BLZ: 37080040

Medizin und andere Hilfsgüter an folgende Adresse:

Palästinensische Ärztevereinigung
in der BRD (e. V.)
Friedrich-Wilhelm-Str. 2a
5300 Bonn 1

Für Ihre Hilfsbereitschaft danken wir im Voraus

Palästinensische Ärztevereinigung in der BRD (e.V.)

i.A. Dr. Nabil Deeb

Ihre Spende ist steuerlich abzugsfähig.
Wir sind durch die Bescheinigung des Finanzamtes Bonn-Innenstadt vom 8. 4. 1982, St. Nr. 205/026/P/27 wegen Förderung der Flüchtlingshilfe und mildtätiger Zwecke vorläufig als gemeinnützigen und mildtätigen Zwecken dienend und zu in §5 Abs. 1 Ziff. 9 KStG bezeichneten Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen gehörig anerkannt worden.
Die PÄV ist unter der Nr. VR 4510 im Amtsgericht Bonn registriert.

Zeitschriftenschau

MITTELAMERIKA MAGAZIN Nr.20, Juni 82 c/o Magazin Verlag, Königsweg 7,23 Kiel 1

Interna/ Die lange Tradition der US-Intervention/ Militärische Präsenz der USA in der Karibik - eine Karte/ Front gegen die Reagan-Politik: Die Solidaritätsbewegung in den USA/ Philip Agee: "Die Nicaraguaner werden sehr hart kämpfen", Interview über US-Politik und die Situation in Nicaragua/ Vom Rufmord zum Mord: Psychologische Kriegsführung des CIA in den Medien Lateinamerikas/ Miguel Torres: "Der Frieden ist das wichtigste Ziel der Revolution" Interview/ Ein Sender für Guatemala/ Wann trittst du endlich zurück? offener Brief an den salvadorischen Botschafter in Bonn/ Kurzmeldungen: El Salvador, Honduras, Nicaragua, Guatemala/ Flutkatastrophe/ zeitschriftenübersicht

2,50 DM, Abo (6 Hefte) 15,00/20,00 DM

FORUM Nr. 56, Juni 82, c/o Magazin Verlag, Königsweg 7, 23 Kiel 1

BUKO: BUKO-Vorbereitung läuft/ Ideenwettbewerb/ Anti-Interventionskampagne: Neuerscheinungen/ El Salvador in der Bielefelder Innenstadt/ Frieden: Streit in der Friedensbewegung, sieben kritische Bemerkungen/ Frieden ist mehr: Kommentierungsmomente/DKP-efälle, Auf uns gemünzt? Halbe Wahrheit/ Waffen für El Salvador: Zwei Stellungnahmen/ Prozeß gegen AAB-Geschäftsführerin/ Das ist der Gipfel/ Dem-Vorbereitung/ Termine

3,00DM Abo (12 Hefte) 36,00/50,00DM

BLÄTTER DES IZ3W Nr.101 Mai 1982, Postfach 5328, 78 Freiburg i.B.

Schwerpunkt Internationalismus: Blinde Flecken in unserem politischen Weltbild/ Nicaragua zwischen Stabilisierung und Transformation/ Zwischen Wunsch und Wirklichkeit/ Fragen zu Kuba und Internationalismus/ Im Schatten der Krise der Solidaritätsbewegung/ Widerspricht die Emanzipation der Dritte-Welt-Länder unseren Interessen?/ Nachrichten und Berichte zu: El Salvador, Argentinien, Mosambik, Brandanschlag auf Dritte Welt-Laden/ Aufruf: Friedensdemonstration am 10. Juni in Bonn

4,00DM Abo 25,00DM
SAGO Informationsblatt Bolivien Nr 36, Mai/Juni 82, Friedrich-Ebert-Anl. 51e, 69 Heidelberg

Politische Lage: Ergänzenden Wirtschaftsmaßnahmen/ Die Antwort der Opposition/ Dialog ja, aber ohne Knüppel/ Friedlicher Übergang oder neuer Putsch/ Hintergrund: Über den "Machismo" in Bolivien/ Dokumente. Aufruf der Minenarbeiter von San José/ Anzeige der UDP in der Tageszeitung, La Paz/ Gedicht: Diario de exilio - agebuch des Exils/ Zeitschriften

2,00DM, Abo 12,00DM

ila-info 56, Juni 82, Römerstr.88, 53 Bonn 1

Schwerpunkt: Der Nord-Süd-Krieg im Atlantik: Wenn Filialleiter selbständig werden wollen, wird der Chef grob (Argentinien im Krieg um die Malvinen)/ Der Amazonas-pakt: Das Amazonasgebiet für die Amazonasländer/ "Gingen die Streiks etwa weiter, weil die Arbeiter ein wilder Haufen sind?" (Ein Bericht über den Gewerkschafts-prozeß in Brasilien aus der Sicht eines brasilianischen Prozeßbeobachters)/ Liquidación Chilena (Ein Bericht zur Wirtschaftslage in Chile)/ Ausbeutung unter dem Deckmantel der Hilfe - Deutsche Farmen in Paraguay/ Briefverkehr Grenada -USA (Grenadas Premier Maurice Bishop schreibt an US-Präsident Reagan)/ Ländernachrichten zu El Salvador, Guatemala/ Solidaritätsbewegung: Salvadorianisches Flüchtlings-elend: Das Lager "Mesa Grande"/ Aufstehn! Für den Frieden (Stand der Vorbereitungen zur Demo in Bonn am 10.6.)/ Brasilien: Erschießungsmord an den Waimiri und Atoari Indianern/ Buchbesprechungen: "El Salvador: Massaker im Namen der Freiheit"/ Sondernummer zur Friedensdemo: "Frieden und Selbstbestimmung" / Medien und Dritte Welt

2,50DM

PERIPHERIE Nr.8, Frühjahr '82 c/o CON Vertrieb Westerdeich 38,28 Bremen

Schwerpunkt Kultur: Außereuropäische Kulturen und Kolonialismus/ "Provinz". Thesen zur kulturellen Unterentwicklung auf dem Lande / Kultur, Unterdrückung und Widerstand. Ein peruanischer Bauer erzählt / "Flaschenpost". Literatur aus Afrika und deren Rezeption im deutschsprachigen Raum / Auf der Suche nach dem Goldenen Flies. Literarische Berichte afrikanischer Studenten in Europa und Amerika / Rama. Die sterbende "Sprache der Tiger". Ethnische Identität, indianische Sprache und sandinistische Revolution im nicaraguanischen Tiefland/ Buchbesprechung/ Neuerscheinungen/ Zusammenfassungen / Zeitschriftenschau

SOLIDARITÄT Nr.68, Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika SKAAL, Postfach 2009, 4001

Interview mit dem ANC-Vertreter Neo Mnumzana/ Aus einem Gespräch von Waltraud Haas mit einem südafrikanischen gewerkschafter / Rentenstreik in Südafrika / Südafrika verhindert Unabhängigkeit Südafrikas / Der Kampf um die Zukunft Südafrikas/ Interview von Martin Schäfer mit Didi Pukwana/ Ciba-Geigy im Sudan/ Nestlé in Madagaskar / Dossier Schweiz-Trikont / Bücher, Blick über den Zaun

AIB - Antiimperialistisches Informationsbulletin Nr 5 /82, Liebigstr.46,355 Marburg

AIB-aktuell: Breiter Empfang für Reagan / El Salvador: Die Märzahlen - ein "Akt der Selbstbefreiung"? FMLN/FDR erklärung zum Ausgang der Wahlen / Guatemala: Interview mit M.A. Albizurez, Die Wahlschlappe der Militärs - Ausdruck des Volkswiderstands/ Nikaragua: Die US-Intervention hat viele Gesichter, Sonderheft 2/1982: Nachbetrachtung, Resolution und Reden des Antiinterventionskongresses in Münster vom 18. - 21.3.1982/Libanon: Grünes Licht für Israels neuen Angriff?/USA-Dritte Welt: CIA - Fesselung und Entfesselung nach Vietnam II/ Südafrika-BRD: Anti-Apartheid-Bewegung, Rüstungsgüter an Südafrika/Rückblick: 80 Jahre Beendigung des Burenkrieges/Rezensionen: Medienpaket zur Dritten Welt/Info-Dienst/Kurzmeldungen / Kommentar: Wie hoffähig ist Buthelezi?

AIB - Antiimperialistisches Informationsbulletin Nr. 6/82

AIB-Aktuell: Im Jahr der Sanktionen gegen Südafrika/Argentinien-Großbritannien: Krieg um Falkland/ Großbritannien-Großmacht ohne Empire?/ Guatemala: Interview mit M.A. Albizurez, Das Volk hilft der Guerilla/Südafrika: Widerstand gegen Bothas "totale Strategie"/ Südliches Afrika: Gespräch mit J.Chissano, Aus der Abhängigkeit von Südafrika befreien, Kommuniqué des Frontstaatsengipfels vom 6./7.März 1982 in Maputo/ Die Kontaktgruppe blockiert Namibia-Verhandeln, Der Krieg wird Angola aufgezwungen/ Guinea-Bissau: Die Reaktivierung des PAIGC/Kampuchea: Vom Widerstand zum Aufstand - Die Geschichte der zweiten Befreiung I/ Palästina: Rebellion in der Westbank/Türkei: Interview mit F. Rezan, Der doppelten Unterdrückung der Kurden vereint begegnen / USA-Dritte Welt: CIA-Fesselung und Entfesselung nach Vietnam III/ Rückblick: 20 Jahre FRELIMO/ Rezensionen: Bücher zum Apartheitsstaat / Infodienst-Kurzinformationen / Kommentar: Mittelamerikapolitik der USA - Lügen will gelernt sein